

Beginn: 09:01 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zur 116. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung die Abgeordneten Professor Dr. Robert Northoff und Sebastian Ehlers zu Schriftführern.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19: Befragung der Landesregierung**.

Befragung der Landesregierung

– Drucksache 8/5356 –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die von den Abgeordneten gemäß Paragraf 65 unserer Geschäftsordnung eingereichten Themen sind der Drucksache 8/5356 zu entnehmen. Gemäß unserer Geschäftsordnung ist zu jeder Frage eine Nachfrage zulässig. Die Fragen sollen nicht länger als zwei Minuten dauern und kurze Antworten ermöglichen.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz. Ich bitte die Abgeordnete Ann Christin von Allwörden, die Frage zum **Thema Nummer 1** zu stellen.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin!

Der Innenstaatssekretär ist offensichtlich wieder arbeitsfähig, und der Leiter des LPBK Dr. Walus ist weiterhin im Dienst. Besteht durch die staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren wegen Untreue nicht zumindest auch der Verdacht auf ein schweres Dienstvergehen, das zur Entlassung von Dr. Walus führen kann,

beziehungsweise können durch die jeweilige Anwesenheit der Dienstbetrieb oder die Ermittlungen nicht erheblich beeinträchtigt werden?

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrte Frau von Allwörden, vielen Dank für Ihre Frage, die ja in zwei Teile gegliedert ist. Bezuglich des schweren Vergehens, was oder wo Beweise eventuell nicht gesichert werden könnten, da haben die Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft Schwerin aufgrund eines Amtsgerichtsbeschlusses von Schwerin stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass die Staatsanwaltschaft alles Notwendige an Beweismaterial gesichert hat, was für den Fall notwendig ist. Da habe ich das vollste Vertrauen in die Staatsanwaltschaften. Aus unserer Sicht der Fachaufsicht haben wir das Verhalten auch der Staatsanwaltschaft nicht zu beanstanden.

Bezuglich des ersten Teils Ihrer Frage liegt das nicht in der Zuständigkeit meines Ministeriums. Die Staatsanwaltschaft ermittelt strafrechtliche Verfahren. Das macht sie in zwei Fällen wegen des Vorwurfs des Betruges beziehungsweise der Untreue und der Beihilfe zur Untreue. Entschuldigen Sie! Und sollte das ausgeweitet werden, weitere Verdachtsmomente sich ergeben, dann gehe ich davon aus, dass die Staatsanwaltschaft das dann auch entsprechend erweitert. Fachaufsicht, da habe ich davon keine Kenntnis.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Ann Christin von Allwörden, CDU: Meine Nachfrage würde sich eigentlich schon über die Fachaufsicht oder auf die Fachaufsicht beziehen. Ich glaube, die Frage ist auch berechtigt, warum eine Suspendierung des Beamten Walus nicht erfolgt ist, so wie es bei jedem anderen Beamten erfolgt ist. Nun sind Sie diejenige, die für meine Fragen hier zur Verfügung steht. Es ist trotzdem meine Frage, die ich an dieser Stelle habe. Vielleicht können Sie doch dazu ausführen.

Ministerin Jacqueline Bernhardt: Ich bin nicht der entsprechende Dienstherr, der zuständige. Bei mir liegt tatsächlich nur die Fachaufsicht der Staatsanwaltschaften.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Insofern würde ich mich bei der Beantwortung auch darauf begrenzen.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Finanzen und Digitalisierung. Ich bitte den Abgeordneten Martin Schmidt, die Frage zum **Thema Nummer 2** zu stellen.

Martin Schmidt, AfD: Schönen guten Morgen, Frau Landtagspräsidentin! Guten Morgen, Herr Finanzminister!

Es wurde ja schon einiges mitgeteilt gegenüber der Presse und Öffentlichkeit, was den Landesteil des sogenannten Sondervermögens über 100 Milliarden Euro in M-V betrifft. Aber die Öffentlichkeit ist noch im Unklaren darüber, was den 300 Milliarden Euro schweren Bundesteil und den 100 Milliarden Euro schweren sogenannten Klima- und Transformationsfonds betrifft.

Da wäre meine Nachfrage: Was hat sich in den Verhandlungen bisher ergeben? Wie viel Geld davon bekommt Mecklenburg-Vorpommern insgesamt über welchen Zeitraum? Und welche Projekte sind vielleicht schon in trockenen Tüchern und können wir erwarten in den kommenden Jahren?

Minister Dr. Heiko Geue: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wie Sie schon sagen, das sind verschiedene Säulen, mit denen wir es zu tun haben bei den 500 Milliarden. Wir hatten zu dem Anteil, unser Anteil an den 100 Milliarden, die an Länder und Kommunen gehen sollen, ja schon einen Investitionsgipfel vor der Sommerpause mit Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Kommunen, mit Wissenschaft. Da haben wir uns schon mal prinzipiell verständigt, welche Schwerpunkte wir im Land umsetzen wollen. Und jetzt fragen Sie zu Recht nach den beiden anderen Säulen, 300 Milliarden, die noch der Bund selber zu

verantworten hat, wo es eine feste Liste von Investitionsmöglichkeiten gibt, und die 100 Milliarden des Klima- und Transformationsfonds.

Wir warten auch sehr gespannt darauf, was aus diesen beiden Säulen kommt, weil wir ja mit dieser dritten Säule uns auch daran orientieren wollen, wie viel Gelder, welche Gelder kommen aus den ersten zwei Säulen noch nach Mecklenburg-Vorpommern. Weil wir uns ja einig sind, der Bund wird die Gelder, 300 und 100 Milliarden aus dem KTF, dann ja nicht auf dem Mond oder sonst wo investieren, sondern in Deutschland und damit auch anteilig Mecklenburg-Vorpommern.

Die Herausforderung ist, dass wir noch keine konkreten Projekte kennen seitens des Bundes. Der Bund ist gerade dabei, seinen Bundeshaushalt für 2026 aufzustellen. Das ist ja dort wie hier. Wir haben ja auch nicht nur das Geld aus dem Sondervermögen für Investitionen, sondern wir investieren ja auch aus dem Landeshaushalt. Und genauso macht der Bund das auch. Und da ist das noch nicht entschieden, welche Projekte, welche Maßnahmen umgesetzt werden, insgesamt noch nicht, also nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern insgesamt in Deutschland noch nicht. Wir sind weiter mit unserem Anteil, 1,92 Milliarden, da wissen wir genauer, was wir machen wollen, als der Bund mit seinen beiden Bereichen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?
(Zustimmung)

Bitte!

Martin Schmidt, AfD: Ja, bitte!

Meine Frage ist halt: Wie haben Sie denn bisher verhandelt? Oder welche Anregungen oder Wünsche hat denn die Landesregierung dem Bund mit auf den Weg gegeben? Und was ist denn zu erwarten für ein Anteil für Mecklenburg-Vorpommern? Königsteiner-Schlüssel-Verteilung oder ein bisschen mehr, ein bisschen weniger? Wie sind Sie da in die Verhandlungen reingegangen?

Minister Dr. Heiko Geue: Also wir sind noch nicht in der Situation, konkret bezogen auf die Sondervermögensäulen mit dem Bund verhandeln zu können. Ich weiß auch nicht, ob so eine Situation sich da einstellen wird. Es sind die jeweiligen Fachressorts auf der Bundesebene, die dafür verantwortlich sind. Zum Beispiel beim KTF weiß ich, dass der Landwirtschaftsminister intensiv mit den Bundesministerien, den zuständigen, im Austausch ist. Aber wir haben noch keine konkreten Maßnahmen. Auch bezogen auf Verkehr und andere Bereiche, die für uns zentral sind, haben wir noch keine konkreten Maßnahmenpakete.

Wir machen sehr viel Druck in Richtung Bundesebene, dass wir neben der Geldverteilung Beschleunigungsgesetze bekommen. Weil ich kann das hier auch nur noch einmal wiederholen, ich sage das überall: Wenn wir keine Beschleunigungsgesetze bekommen, dann werden wir nicht 10 bis 12 Jahre brauchen, um das Geld zu investieren, sondern 30 Jahre. Wir brauchen also diese Beschleunigungsgesetze.

Ich war jetzt letzte Woche beim Bundesverteidigungsminister, da gibt es schon ein konkretes Beschleunigungsgesetz, das jetzt im parlamentarischen Verfahren ist. Das ist auch sehr gut für diese Investitionen für die Bundeswehr, da müssen wir ja auch schnell sein. Das sind ja auch noch mal ganz viele Mittel, die auch nach Mecklenburg-Vorpommern kommen. Da kann ich Ihnen sagen, da ist für die nächsten 10 bis 15 Jahre ein Betrag von über 3 Milliarden, kann auch 5 Milliarden werden, geplant. Das kommt auch noch zusätzlich dazu.

Also gute Nachrichten für die Bauwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und auch gute Nachrichten insgesamt für die Wirtschaft. Das werden Konjunkturimpulse werden, und wir werden ganz sicher jetzt im Herbst dann auch konkret wissen, was gemacht werden kann, aber das kann eben noch ein/zwei/drei Monate auch dauern.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte den Abgeordneten Marc Reinhardt, die Frage zum **Thema Nummer 3** zu stellen.

Marc Reinhardt, CDU: Ja, guten Morgen, Frau Präsidentin, Herr Finanzminister!

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland seit dem 1. Januar 2025 die gesamte nordrhein-westfälische Steuerfahndung mit rund 1.200 Experten auf dem Gebiet der Bekämpfung von Steuerbetrug, Geldwäsche und Cybercrime in einem Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität gebündelt. Das LBF NRW war die erste Landesbehörde dieser Art in der Bundesrepublik, die den professionellen Steuerbetrug bei in sozialen Medien generierten Einkommen strukturiert bekämpft und Expertise in der Aufklärung aufgebaut hat.

Ich frage daher: Wendet die Finanzverwaltung Mecklenburg-Vorpommern die in Nordrhein-Westfalen entwickelte Methode an, beziehungsweise in welcher Weise und in welcher Organisationsform wird in Mecklenburg-Vorpommern professionalisierter Steuerbetrug bei in sozialen Medien generierten Einkommen bekämpft?

Minister Dr. Heiko Geue: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben schon vor Jahren eine Strukturreform innerhalb der Finanzämter vorgenommen, und manche Finanzämter sind für alle anderen zuständig bei bestimmten Themen. So ist es auch hier bei dem Thema „Steuerstrafsachen und Steuerfahndung“. Da haben wir die Steuerstrafsachen-/Steuerfahndungsstelle für Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin im Finanzamt ansässig. Die machen das zentral für alle. Also da sind wir schon bisschen vor den Nordrhein-Westfalen, die ich ansonsten auch sehr schätze.

Diese Steuerstrafsachen-Ermittlungseinheit, die ermittelt natürlich auch bezogen auf Influencerinnen und Influencer. Das ist ja ein eher neueres Phänomen, dass diejenigen so viel Erfolg haben und damit dann auch Werbeeinnahmen erzielen, insgesamt Einnahmen erzielen, und da doch aufgefallen ist, dass systematisch die Besteuerung nicht so funktioniert wie in anderen Bereichen. Also da muss man hinschauen.

Und unsere Steuerstrafsachenstelle arbeitet eng mit denen der anderen Bundesländer zusammen, weil logischerweise das ja nicht bundesländerspezifisch im Social-Media-Bereich dann tätig wird. Und deswegen haben wir da frühzeitig schon reagiert und haben da auch den Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Bitte!

Marc Reinhardt, CDU: Ja, den einen Teil haben Sie schon beantwortet, die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern. Aber gerade bei dem Thema ist das ja virulent. Kommt dabei auch bereits Künstliche Intelligenz zum Einsatz?

Minister Dr. Heiko Geue: Ja, vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Sie wissen, ich bin ein Vertreter der Einführung des Kollegen KI als Zuarbeitung. Das ist aus meiner Sicht sehr richtig und wichtig. Wir sind aber im Steuerbereich noch nicht so weit, KI auch einsetzen zu können. Da haben wir den Dienstleister der norddeutschen Bundesländer Dataport. Mit Herrn Bizer habe ich auch demnächst ein Gespräch dazu.

Aus meiner Sicht in diesem Bereich, aber auch in anderen, muss viel zügiger auch Kollege KI eingesetzt werden. Im Moment machen wir das noch mit den digitalen Methoden, die uns zur Verfügung stehen. Das heißt, vor allen Dingen werden Datenpakete zu diesen Social-Media-Akteuren entsprechend von den Plattformbetreibern abgefordert, ausgewertet, im Zusammenhang mit den anderen Strafverfolgungsbehörden der anderen Bundesländer, dann die Ermittlungsverfahren durchgeführt.

Jetzt ist es nicht so, also wir haben Influencerinnen und Influencer, aber wir sind jetzt nicht der Hotspot in Deutschland dafür. Ich glaube, das können auch alle hier nachvollziehen. Trotzdem ist es für uns auch ein wichtiges Thema. Wir arbeiten deswegen da gut zusammen. Und perspektivisch ist das auch ein Thema, Kollegen KI auch in diesem Bereich einzuführen. Mal sehen, wie schnell wir das hinkriegen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Bevor ich den nächsten Geschäftsbereich aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Fachschule für Agrarwirtschaft „Johann Heinrich von Thünen“. Herzlich willkommen im Landtag! Schön, dass Sie heute hier sind!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit und bitte den Abgeordneten Michael Meister, die Frage zum **Thema Nummer 4** zu stellen.

Michael Meister, AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Dr. Blank!

Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterhält zum wiederholten Male ein Kontaktbüro in Vietnam. Das erste Kontaktbüro, das wurde eingestampft und hatte den Steuerzahler 437.000 Euro gekostet, soweit ich das jetzt erinnere, ohne wirklich nennenswerte Erfolge.

Insofern die Frage: Wie schaut es mit den Kosten und den Erfolgen des zweiten Kontaktbüros in Vietnam aus?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, erst mal auch guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Abgeordneter!

Ganz herzlichen Dank für die Frage! Die Beziehungen zu Vietnam sind traditionell gut und wichtig. Ich durfte selber in den 2005er-/2007er-Jahren unten sein, basierend auf einer langen Geschichte, nicht zuletzt darauf, dass in der ehemaligen DDR, ja, glaube ich, knapp 150.000/200.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen ja hier im Land waren. Insofern ist es, glaube ich, ein langes, ein Thema, das die Landesregierung und das Land in verschiedenen Konstellationen begleitet.

Das Projekt, von dem wir sprechen, ist im Jahr 2023 ausgelaufen. Es ist in diese Gesamtkette hier einzuordnen. Wir stellen auch fest, dass es inzwischen private Aktivitäten gibt. Es gibt, kenne ich in Greifswald, einen privaten Dienstleister. Es geht ja um die Vermittlung von Arbeits- und Fachkräften, die hier unterwegs sind. Also

vonseiten des Wirtschaftsministeriums haben wir derzeit kein Projekt im Land Vietnam laufen. Das Projekt, das Sie ansprechen, ist von 2019 – Sie haben die Zahlen genannt – bis 2023 gewesen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Meister, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Michael Meister, AfD: Ja, ja klar!

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte!

Michael Meister, AfD: Ich spreche vom Einzelplan 03, Ministerpräsidentin -Staatskanzlei-, Titel 535.02 „Präsentationen des Landes Mecklenburg-Vorpommern im In- und Ausland“.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und soweit ich weiß, Herr Dahlemann, ist da auch irgendwie ein Kontaktbüro in Vietnam mit subsumiert. Und insofern hätte ich da gerne Ausführungen zu.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Minister Dr. Wolfgang Blank: Da würde ich auch dann vorschlagen, dass wir die Frage gerne noch mal beantworten, den Mittelabruf anschauen. Ich glaube, dann kriegen wir das konkret hin, dass wir jetzt nicht über zwei Dinge reden. Das ist ...

Michael Meister, AfD: Deshalb führte ich ja aus, dass es zwei Kontakte ...

Minister Dr. Wolfgang Blank: Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Paul-Joachim Timm, die Frage zum **Thema Nummer 5** zu stellen.

Paul-Joachim Timm, AfD: Schönen guten Morgen, Frau Landtagspräsidentin! Schönen guten Morgen, Herr Wirtschaftsminister!

Wie Sie ja sicherlich wissen, sind unsere Landkreise zunehmend in finanzieller Schieflage, besonders die Bereiche Jugend und Soziales schlagen da leider negativ zu Buche, aber auch die Aufrechterhaltung des Nahverkehrs, worum es heute gehen soll. Neben dem regulären Linienverkehr gilt es natürlich auch, den Rufbus zu stemmen. Und nun ist es so, dass viele Landkreise das Rufbus-System evaluieren.

Und für den Landkreis Nordwestmecklenburg kann ich sagen, dass das geschehen ist. Und dort trat zutage, dass es sich nicht lohnt, manche Linien zu betreiben, insbesondere sonntags oder auch um die Mittagszeit manche Linien einfach nicht befahren werden und demzufolge auch nicht aufrechterhalten werden müssen. Hier würden sich die Nahverkehrsgesellschaften, so habe ich das in Gesprächen erlebt, gerne verschlanken. Das ist aber Stand jetzt nicht möglich, da die Förderrichtlinie des Landes unterlaufen werden würde.

Meine Frage dahin gehend: Plant die Landesregierung, die Förderrichtlinien im Hinblick auf den Rufbus zu flexibilisieren, damit auch die Nahverkehrsgesellschaften passgerecht in Zukunft steuern können, ohne im schlimmsten Fall damit rechnen zu müssen, die Fördermittel, die sie dafür bekommen, zurückzahlen zu müssen?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ganz herzlichen Dank für die Frage!

Es ist in der Tat so, dass die Inanspruchnahme der Rufbusse in den einzelnen Regionen unterschiedlich ist. Das betrifft alle Landkreise. Die Konstellation der Verkehrsbetriebe ist auch jeweils dort ja eine andere.

Ich will noch mal kurz den Gesamtrahmen darstellen. Das sind ja 14,15 Millionen, die wir 2025 hier eingeplant haben und die auch vergeben werden, aufgeteilt in 75 Prozent Sockelbetrag und dann 25 Prozent eines, wie sagt man, leistungsabhängig oder in Anspruch genommenen Personenkilometer abhängigen Betrages.

Unser Haus, auch gerade die VMV, ist ständig dabei, sich Gedanken zu machen, wie wir Systeme optimieren können, nur wählen wir jetzt immer einen bestimmten Zeitraum. Das ist dieses Jahr, wo wir sagen, wir werden nach diesem Jahr die Evaluation dann vornehmen. Wir werden das auch auf die Landkreise noch mal runterbrechen beziehungsweise uns die Zahlen anschauen. Insofern, natürlich reflektieren wir intern und auch dann mit den Landkreisen die Inanspruchnahme und sind durchaus offen, dann auch die Richtlinie anzupassen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Paul-Joachim Timm, AfD: Ja, das möchte ich, Frau Landtagspräsidentin.

Herr Minister, die Kosten laufen uns davon. Wann können wir denn mit einem Ergebnis Ihrer Anpassung rechnen?

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, ich hatte Ihnen ja gesagt, wir werden jetzt nach Ablauf des Jahres – Gespräche haben ja schon begonnen, wir bekommen ja auch laufend Feedback –, nach Ablauf dieses Jahres uns die Zahlen anschauen und dann mit einem Vorschlag dann in die Gespräche, die Gespräche fortsetzen und dann das umsetzen.

Paul-Joachim Timm, AfD: Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten René Domke, die Frage zum **Thema Nummer 6** zu stellen.

René Domke, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Die Pfahlbohrmuschel oder auch der Bohrwurm verursacht ja massive Schäden an Kaianlagen, insbesondere in der Hansestadt Wismar, der Westkai ist inzwischen kaum noch nutzbar. Auf der einen Seite meine Frage: Welche Strategie verfolgt das Land? Können Sie insgesamt zu den Schäden, die schon aufgetreten sind, was sagen? Denn

die Kaianlagen wurden ja auch mit millionenschweren Hilfen des Landes gefördert. Und welche Strategie verfolgen Sie, um diese Millioneninvestitionen auch zu schützen, vor allem frühzeitig zu schützen? Weil das ist ein fortschreitender Prozess.

Minister Dr. Wolfgang Blank: Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter!

Die Schiffsbohrmuschel betrifft ja zunächst mal ausschließlich Holzkonstruktionen, und das ist der Kern des Themas. Das heißt, bei allen Maßnahmen, die in den Hafenbereich gehen und die bisher Holzinfrastruktur beinhalteten, wird man auf andere Träger oder andere Materialien ausweichen, andere Hölzer, Harthölzer, die imprägniert werden, Stahlbeton, Kunststoffe gehen auch. Insofern ist es die grundlegende Strategie, da ranzugehen.

Wenn Sie Wismar ansprechen, dann werden die Maßnahmen ja durchaus schon durchgeführt. Ich kann darauf hinweisen, das Brunkowkai wird ja derzeit ertüchtigt. Am Westkai sind Maßnahmen schon von 2012 bis 2016 durchgeführt worden. Da gehen wir dann in enger Abstimmung mit denen vor, die die Maßnahmen durchführen. Es ist ja nicht das Wirtschaftsministerium, das die Baumaßnahme durchführt, sondern es sind dann jeweils die Häfen beziehungsweise die Baulasträger vor Ort.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP: Ja unbedingt, weil das Brunkowkai ist nicht belastet, Westkai schon, aber es ist genau die Maßnahme, die Sie beschreiben. Die ist jetzt schon wieder so zerstört, dass die Kaianlage gesperrt ist.

Insofern meine Frage: Wie viel Mittel hat die Landesregierung denn vor bereitzustellen in den nächsten Haushalten, um dieser Lage Herr zu werden? Weil wir können ja nicht zuschauen, wie die Kaianlagen nacheinander zerfressen werden. Es reicht auch nicht mehr, irgendwas fortzusetzen. Das ist ein fortschreitender Prozess, und wir können unsere Kaianlagen nicht einfach dem Bohrwurm zum Fraß vorwerfen.

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Klimaschutz!)

Minister Dr. Wolfgang Blank: Ja, ich glaube, das Thema ist in der Hansestadt Wismar bekannt. Deshalb sind sie in Kontakt mit unserem Referat 250, wo Imprägniermittel dann zum Beispiel für solche Maßnahmen zur Verfügung stehen. Die Gespräche dauern hier an oder sind jetzt im Gange, und insofern kann ich auch nur darauf verweisen, die Stadt ist aktiv, kommt auf uns zu. Unsere Kollegen stehen dafür bereit und wir schauen, wo wir die Gelder herbekommen. Da sind wir im engen Austausch. – Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt und bitte den Abgeordneten Thomas Diener, die Frage zum **Thema Nummer 7** zu stellen.

Thomas Diener, CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Ich habe eine Frage zum Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei, abgekürzt LALLF – es ist eine schwierige Abkürzung mit drei Ls in einem Namen –, und zwar vor dem Hintergrund der geplanten Schließung der Labore in Neubrandenburg: Inwieweit trifft es zu, dass der Kurierdienst des LALLF aus Kostengründen mit weniger Stützpunkten oder weniger Fahrten pro Woche betrieben werden soll?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Diener! Also erstens möchte ich mal festhalten, das Labor in Neubrandenburg wird aktuell nicht geschlossen. Die Aussage, die Sie da treffen, ist schlicht und ergreifend unwahr. Dass wir in einem Diskurs sind, was die Modernisierung, die Optimierung der Verwaltungsstrukturen anbetrifft, ist, glaube ich, ein Gebot der Stunde. Was die Kuriere anbetrifft, wir haben innerhalb des LALLF – mit drei Ls – insgesamt vier Kurierfahrer, sodass tatsächlich innerhalb des Landes das auch optimiert worden und auch sehr genau überprüft worden ist, können wir es outsourcen. Andere Einrichtungen haben das gemacht, aber wenn Sie sich die Komplexität ansehen – insofern ist es auch interessant, dass ja Interessierte aus der Landwirtschaft heute hier mit dabei sind und

aus dem Lebensmittelbereich –, dann will ich mal ausdrücklich sagen, die Komplexität innerhalb von 24 Stunden, die Proben bei solchen, bei anderen Problemen – EHEC, die Diskussion, die wir aktuell haben –, da will ich nur mal sagen, welche Probenarten die wichtigsten aus meiner Sicht sind: Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Kosmetika, Pflanzen, Kartoffeln, im Übrigen Rüben, Futtermittel, Blut, Milch, Tupferproben, Kotproben, Spülproben, Abortmaterialien und, und, und, von Fischen über Schweine, Geflügel, die gesamte Palette. Und deswegen sind wir zu der Erkenntnis gekommen, auch durch externen Sachverstand, dass das, was wir heute haben im Kurierbereich, dass das sehr richtig ist.

Wir haben insgesamt drei Vollzeitstellen, und die Fahrzeuge, die vier, die wir haben, machen im Übrigen im Jahr wie viele Kilometer? 270.000 Kilometer. Also das ist gesetzt. Und Optimierungen werden wir immer wieder vornehmen. Und insofern kann ich feststellen, dass aktuell auch in Neubrandenburg ausdrücklich für den östlichen Landesteil des Landes diese Kurierdienste zwingend notwendig sind.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Thomas Diener, CDU: Gerne, vielen Dank!

Es gibt ja gerade aktuell eine Stellungnahme des Landkreistages zu den geplanten Einschnitten bei den Kurierfahrten und den Übertragungswünschen an die Landkreise, die das hier nicht generell ablehnen. Trotzdem muss ich fragen, Sie haben es ja zu Recht gesagt: Welchen Einfluss hätte diese Einschränkung gerade im Bereich Afrikanische Schweinepest, Maul- und Klauenseuche, Vogelgrippe, also im Bereich der Tierseuchen und auch bei der Lebensmittelüberwachung?

Sie haben EHEC angesprochen. Es gab kürzlich ein paar vertauschte Proben im Bereich Ludwigslust-Parchim. Ich will das nicht weiter ausführen, weil es ist jetzt schon Druck auf dem Kessel. In Wirklichkeit ist das schon ausgereizt. Wenn man also einen Qualitätsanspruch hat, und es geht ja um Stunden, nicht um Tage, hier alle drei Tage eine Tour, sondern es geht darum, ständig eine Tour zu machen, EHEC ist das beste Beispiel ganz aktuell: Wie lässt sich der Qualitätsanspruch mit Einschnitten oder

Einsparungen – Strukturveränderung heißt ja regelmäßig Einsparung –, wie lässt sich das vereinbaren?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich will noch mal ausdrücklich festhalten, eine Auslagerung wurde durch den externen Sachverständigen, den wir bewusst auch in anderen Fragen haben – also ich bin ein Mensch, der sachorientiert, fachorientiert, wissensbasiert arbeitet –, eine Auslagerung dieser Kurierdienste wurde nicht empfohlen, und damit ist eigentlich alles gesagt. Es bleibt bei uns und wird nicht outgesourct. Haben Sie das jetzt gut verstanden?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Thomas Diener, CDU: Ja, vielen Dank! Und dann ist die Stellungnahme des Landkreistages auch belegt. – Danke schön!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Hannes Damm, die Frage zum **Thema Nummer 8** zu stellen.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin!

Herr Minister, ich befrage die Landesregierung zum Verbot von neuen Öl- und Gasbohrungen in der Ostsee, denn nicht nur die Proteste gegen die Gasförderung vor Borkum und in Reichling, sondern auch die Entdeckung eines umfangreichen Öl- und Gasvorkommen vor der polnischen Ostseeküste gegenüber der Insel Usedom durch das kanadische Unternehmen Central European Petroleum hat die deutsche Debatte um die Erschließung neuer fossiler Lagerstätten in Zeiten dringend notwendigen Klimaschutzes neu angefacht.

Eines der erkundeten Felder reicht laut Unternehmenskarte direkt bis an die deutsche Grenze heran, möglicherweise sogar darüber hinaus. Nach Angaben des Unternehmens umfasst das Vorkommen rund 22 Millionen Tonnen Öl und 5 Milliarden Kubikmeter Gas, was einem CO₂-Emissionspotenzial von etwa 324 Millionen Tonnen

CO₂-Äquivalenten entspricht, mehr als selbst für das 2-Grad-Ziel in M-V insgesamt verbleibendes CO₂-Budget besteht. Die Ostsee ist zudem ein ökologisch hochsensibles Binnenmeer, das schon jetzt unter massiven Belastungen durch Überdüngung, Altlasten und Schiffsverkehr leidet.

Das Bundesumweltministerium erwägt aktuell, Öl- und Gasbohrungen in der ausschließlichen Wirtschaftszone der Nord- und Ostsee zukünftig vollständig zu verbieten. Die Küstengewässer stehen jedoch unter Landeshoheit. Hier könnte die Landesregierung nach Aussagen von Umweltschützern durch Raumordnung und Naturschutzrecht ein faktisches Verbot erreichen.

Ich frage die Landesregierung: Stellt die Landesregierung in Abrede, dass sich durch Raumordnung und Naturschutzrecht landeseitig neue Gas- und Ölbohrungen im Küstengewässer Mecklenburg-Vorpommern ausschließen lassen?

Minister Dr. Till Backhaus: Also, sehr geehrter Herr ...

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Damm, Sie wissen, wie wir uns verhalten haben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern lehnt ausdrücklich dieses Projekt ab. Ich habe mich im Übrigen mehrfach, ich ...

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, aber tun Sie auch was dagegen?)

Ja, na selbstverständlich! Hören Sie mir erst mal zu! Nicht einfach losplappern, wenn ich das mal so sagen darf! Einfach mal zuhören!

So, ich habe mich im Übrigen mehrfach an das Bundesumweltministerium, an die Bundesregierung gewandt, das ist auch dokumentiert, mit der dringenden Bitte, sich der Sache anzunehmen und im Übrigen auch mit den polnischen Ministerien. Und Sie wissen vielleicht auch, dass wir als Bundesland keine Außenvertretung haben, sondern dafür ist die Bundesregierung zuständig.

Ich habe mich im Übrigen schon an Steffi Lemke gewandt – vielleicht können Sie sich noch erinnern, dass das mal die Bundesumweltministerin war –, als es darum ging, den Ausbau des Hafens oder auch der Gesamtentwicklung auch im Bereich der Bohrung, sich dagegen auszusprechen. Und für uns ist klar, dass wir davon ausgehen, dass diese Probebohrung ohne Vorankündigung stattgefunden hat. Das fanden wir schon nicht so ganz angenehm.

Aber es ist zugesichert worden jetzt – und das ist die konkrete Antwort –, dass im Übrigen im Zusammenhang, wenn es dann einen Antrag gibt auf Erschließung dieses Gas- und Ölfeldes, Gas- und Ölfeldes, dass es dann tatsächlich auch eine übergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung geben wird. Und ich finde, dass das auch ein Gewinn schon mal erst mal ist. Und für die Erteilung der Genehmigung ist erneut eine vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Das haben wir durchsetzen können.

Und ich gehe fest davon aus, dass im Übrigen auch die einzelnen Nationen – und Polen ist ein souveräner Mitgliedsstaat der Europäischen Union, das sage ich ausdrücklich, und wir haben ja auch gute Beziehungen nach Polen –, dass man sich der Verantwortung, auch was die CO₂-Neutralität, Sie wissen es sehr genau, Herr Damm, da schätze ich Sie ausdrücklich, dass die Europäische Union festgelegt hat, bis 2050 CO₂-neutral zu werden. Und das gilt dann auch für Polen. Insofern gehe ich fest davon aus, dass sie sich ihrer Verantwortung da auch stellen werden.

Und ich sage noch mal, für uns in Mecklenburg-Vorpommern lehnen wir dieses Projekt insgesamt ab.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist keine Antwort auf die Frage.)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das möchte ich sehr gerne.

Herr Minister, ich habe Sie ja jetzt, Sie haben ja sehr schön gesagt, was Sie Richtung Bundesregierung getan haben, was die Verantwortung Polens ist. Mir ging es aber um das, was Mecklenburg-Vorpommern tun kann und tun sollte.

Und deswegen formuliere ich noch mal die Nachfrage: Plant die Landesregierung, auf einen entsprechenden Ausschluss neuer Gas- und Ölbohrungen in Küstengewässern Mecklenburg-Vorpommerns – und das ist das, wo wir die Hoheit haben – hinzuwirken, oder soll nach Willen der Landesregierung zukünftig so was weiterhin möglich bleiben? Also wollen Sie eigene Schritte unternehmen, darauf hinzuwirken, dass das in Zukunft ausgeschlossen wird?

Minister Dr. Till Backhaus: Also wir in Mecklenburg-Vorpommern schließen das aus, weil wir davon ausgehen müssen, dass im Übrigen auch aufgrund der Erkenntnisse, wenn man ein bisschen Erfahrung mit diesem Gebiet hat, dann weiß man, dass die ehemalige DDR nach allen Rohstoffen gesucht hat. Im Übrigen ist ja auch das kanadische Unternehmen nicht umsonst darauf gekommen, sich diese Unterlagen noch mal sehr genau anzuschauen. Und da wird auch klar, wir wissen ja auch, auf Usedom wird ja auch immer noch ein bisschen Öl gefördert, wie Sie sicherlich auch wissen. Das sind die alten Rechte, die dort existieren. Aber wir schließen diese Erschließung eines Gas- und Ölfeldes aus, weil wir setzen, Herr Damm, und das wissen Sie auch sehr genau, das Land Mecklenburg-Vorpommern setzt nicht auf die fossilen Energien, sondern auf die erneuerbaren.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen, vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und bitte den Abgeordneten Hannes Damm, die Frage zum **Thema Nummer 9** zu stellen.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sobald die Ministerin am Mikrofon ist, mache ich das gerne.

So, guten Morgen, Frau Martin, auch noch mal!

Ich befrage jetzt die Landesregierung zur Zukunft des Kinokulturpreises M-V, denn mit großem Unverständnis und wachsender Sorge nehmen viele Kinobetreiberinnen und Kinobetreiber in Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis, dass die Position des strategischen Kinoplaners im Land gestrichen und die Organisation des Kinokulturpreises M-V der Filmland MV gGmbH entzogen wurde. Über die Gründe hatten Sie ja bereits im Kulturausschuss berichtet, das ist auch nicht Gegenstand der Frage. Denn unbenommen droht diese Entscheidung jahrelang erfolgreiche Aufbauarbeit zunichte zu machen. Gerade die Filmland MV hat es ja geschafft, die Kinolandschaft im Land zu stabilisieren, zu vernetzen und die kulturelle Bedeutung des Kinos als Ort der gesellschaftlichen Diskussion zu stärken.

Zugleich besteht jetzt noch völlige Unklarheit darüber, ob und wann der Kinokulturpreis 2025 überhaupt ausgeschrieben wird. Während im vergangenen Jahr die Einreichungsfrist bereits im Februar begann, gibt es in diesem Jahr noch keinerlei Informationen. Im Ausschuss haben Sie sogar die bisher vom Land dafür vorgesehenen Mittel infrage gestellt. Der Kinokulturpreis ist aber ein zentrales Instrument, um anspruchsvolle, gesellschaftlich relevante Kinoprogramme zu fördern und das kulturelle Leben im Land zu verstärken. Eine Schwächung oder gar Abschaffung wäre nicht nur ein fatales Signal für die Film- und Kulturszene, sondern auch für Demokratieförderung in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Bestehen in Ihrem Ministerium Absichten, auf die Streichung der Förderung oder gar die Abschaffung des Kinokulturpreises MV abzuzielen, und, wenn nein, wann wird das diesjährige Prozedere für die Antragstellung bekannt gegeben?

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Herr Damm, die Ausschreibung ist bereits draußen. Sie ist veröffentlicht. Das wissen auch die Kinos. Die Bewerbungen laufen ein und die Einladung und das „Save the Date“ für die Vergabe des Kinokulturpreises ist auch bereits versendet worden,

und zwar am 17.12. wird die für die Vergabe und die feierliche Vergabe – das ist auch eine Veranstaltung, die dazu veranstaltet wird – stattfinden.

Und vielleicht noch einen Zusatz ...

Also da müssten Sie noch mal sich informieren, bitte, das ist öffentlich auch auf allen Websites zu finden.

Und vielleicht noch mal ein abschließender Satz: Die Veränderung, was den Kinokulturpreis angeht, nämlich dass der jetzt durch die Filmfördergesellschaft vergeben wird, ist keine Schwächung des Kinokulturpreises, sondern eine Stärkung. Wir haben es nämlich damit gesichert und verstetigt, diesen Kinokulturpreis. Das heißt, der ist jetzt für die Zukunft verstetigt und wird jährlich sicher ausgegeben.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?
(Zustimmung)

Bitte!

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr gerne.

Es muss ja dann eine relativ aktuelle Entwicklung sein, weil im Juli haben ja die Verbände noch kommuniziert in genau diese Richtung und dann war die Anhörung im Ausschuss. Da jedenfalls, nach Protokolllage, war das nicht abzusehen.

Aber dann bleibt sozusagen meine Nachfrage: Wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, ist der Förderpreis gesichert für die nächsten Jahre und das Geld in gleicher Höhe – also mindestens gleicher Höhe, wir haben ja noch Inflation –, das ist jetzt dauerhaft auch im Haushalt vorgesehen und bleibt vorgesehen?

Ministerin Bettina Martin: So ist das. Wir haben, wie Sie wissen, in der Corona-Zeit – früher betrug der Kinokulturpreis insgesamt 30.000 Euro –, wir haben den ja in der Corona-Zeit auf 100.000 Euro angehoben, um die Kinos eben in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen, und haben uns entschlossen, diese angehobene, in der Corona-

Zeit, in der Krisenzeit angehobene Preissumme auch weiter fortzuführen. Und die ist jetzt fest eingeplant im Budget im Haushalt und dann eben auch im Budget der Filmfördergesellschaft.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten David Wulff, die Frage zum **Thema Nummer 10** zu stellen.

David Wulff, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin!

Wir hatten ja vor Kurzem gerade die schöne Veranstaltung im Theaterzelt zur Einheitsfeier, und da gab es auch ein kleines plattdeütsches Ständchen in der neuen Variante eines Mecklenburg-Vorpommern-Liedes. Und da kam mir doch die Frage auf: Was ist denn eigentlich aus der Landeshymne für Mecklenburg-Vorpommern geworden? Passiert da noch was?

Ministerin Bettina Martin: Also in der Tat hat das Land Mecklenburg-Vorpommern keine Hymne als offizielles Landessymbol. Die Einführung einer Hymne wäre ein Rechtsakt. Das ist, glaube ich, klar. Ich glaube, Sie sprechen auf das „Wo die Ostseewellen trecken an den Strand“ an, was wir dort ja gehört haben, das wird öfter gesungen, oder das „Pommernlied“, beides bekannt und beliebt im Land.

In der Tat gab es seit 1990 einige Initiativen, um eine Hymne irgendwie einzuführen, ein gemeinsames Landeslied, ein offizielles. Und Sie stellen jetzt, glaube ich, ab auf das 2016 vom Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf den Weg gebrachte Programm „Meine Heimat – Mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“. Und da war in der fünften Säule ja die Prüfung der Einführung einer Hymne für alle Mecklenburger und Vorpommern vorgesehen.

Daran anknüpfend gab es dann vom Heimatverband e. V. in 2017 und 2018 einen Wettbewerb „So klingt MV“. Und da gab es etwa 150 Einsendungen und eine Jury hat nach einem bestimmten Kriterienkatalog dann auch eine Entscheidung getroffen und 2019 in Zusammenarbeit mit dem Landesfunkhaus Schwerin unter dem Publikum vom

NDR MV eine Abstimmung gemacht. Und da wurde dann der beliebteste Titel von Karl-Heinz Darm (Kally), „Mein Mecklenburg-Vorpommern“ ausgewählt und am 10.04.2019 gekürt.

Und danach gab es dann Vorwürfe, Plagiatsvorwürfe, und eine ziemlich bunte und längere Debatte, öffentliche Debatte. Es gab auch eine Anzeige wegen Plagiatsvorwürfen. Die Ermittlungen wurden aber dann zurückgezogen, also eingestellt. Und insofern ist, seitdem hat sich der Herr Darm zwar dafür entschieden, die Nutzungsrechte an den Heimatverband abzutreten, aber der Heimatverband hat in der Folge auf Aufführung des Titels verzichtet und stellt jetzt stattdessen sukzessive die beim Wettbewerb eingereichten Beiträge auf seiner Internetseite vor. Und weitere Bemühungen darüber hinaus beim Heimatverband sind mir nicht bekannt.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

David Wulff, FDP: Ja, wenn beim Heimatverband keine Bemühungen weiter bekannt sind, gibt es denn Ideen oder Planungen im Ministerium, da noch mal das Thema aufzugreifen, oder ist das jetzt erst mal ad acta?

Ministerin Bettina Martin: Wir haben im Moment keine weiteren Ambitionen, dieses Thema weiterzuverfolgen.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport und bitte die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel, die Fragen zum **Thema Nummer 11** und dann in der Folge auch bitte zu **Nummer 12** zu stellen.

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin!

Ich habe noch einmal Fragen zum ELKI in Rostock. Und ich habe es so verstanden, dass mit der Anhörung/Expertengespräch, was wir hatten, ich davon ausgehen kann,

dass hier wirklich jetzt ein Punkt gemacht wurde, und meine Frage ist: Wie hoch sind die bislang angefallenen und voraussichtlich insgesamt entstehenden Kosten für den Bau und die Ausstattung des Eltern-Kind-Zentrums am Universitätsklinikum Rostock?

Ministerin Stefanie Dresse: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Abgeordnete!

Das Eltern-Kind-Zentrum wird mit zwei Baumaßnahmen begleitet: zum einen an der Universitätsmedizin Rostock – da haben Sie eben gefragt –, da geht es um die Errichtung des dort befindlichen, der dort befindlichen Kinder- und Jugendmedizin mit 50 Millionen Euro, und um eine zusätzliche Möglichkeit und Modernisierung der Geburtsstation beim Südstadt Klinikum mit ebenfalls 50 Millionen.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Ja, gerne.

Welche konkreten Verbesserungen ergeben sich eigentlich für die kleinen Patienten und den dazugehörigen Eltern, wenn das alles jetzt umgesetzt wurde?

Ministerin Stefanie Dresse: Die Transporte, die vorher notwendig waren, wenn eine Geburt eines Frühchens in der Uni in der Südstadt stattfand und das Kind weiterbehandelt werden musste in der Kinder- und Jugendmedizin, die entfallen, denn es wird jetzt Wand an Wand zur Geburtshilfe auch eine Operationsmöglichkeit am Standort Südstadt geben.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, jetzt die Frage zum **Thema Nummer 12** zu stellen.

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Ja, es hat mich und, ich glaube, auch andere Abgeordnete in den Sommermonaten ein Brief erreicht zur Ausbildung von

Pflegekräften am BSZ Nord Wismar. Wir haben daraufhin eine kleine Anfrage gestellt, die bis heute nicht beantwortet wurde. Da hätte ich gerne noch eine Auskunft.

Ministerin Stefanie Dreser: Also ich hoffe, dass das angekommen ist, denn im September ist die Kleine Anfrage beantwortet worden, Drucksache 8/5260. Ich würde ansonsten zu den Vorwürfen nur kurz heute ausführen und ansonsten auf die Beantwortung in der Kleinen Anfrage genauer eingehen.

Um es zusammenzufassen: Die in dem Schreiben erhobenen Vorwürfe sind dort, also darauf ist dort noch einmal eingegangen worden, die sind aber nicht bestätigt worden. Trotzdem haben wir, es gibt ja eine geteilte Zuständigkeit bei dieser Frage, einmal das Bildungsministerium und das Sozialministerium als Fachaufsicht, auch mit dem Bildungsministerium noch einmal Kontakt aufgenommen. Es sind zur Prüfung die Auszubildenden der Klasse PFF 21 nicht zugelassen worden, die zu viele Fehlzeiten aufwiesen. Die Schule hat jetzt Maßnahmen ergriffen, damit dieser Blockunterricht, der dort angeregt wurde, auch demnächst stattfinden konnte. Es gab keinen Widerspruch gegen die Nichtzulassung der Prüfung, und wir haben auch noch mal geguckt, wie die Ergebnisse dort in Wismar im Vergleich zu anderen Schulen waren, da gibt es auch keine Auffälligkeiten.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Das maße ich mir jetzt nicht an. Ich werde natürlich die Antwort zur Kleinen Anfrage suchen. Also ich habe sie nicht gefunden, aber ich denke, es wird wohl schon stimmen, und wenn ich dann noch Nachfragen habe, habe ich ja noch Zeit und Gelegenheit, die zu stellen.

Ministerin Stefanie Dreser: Sehr gerne. Danke!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Bau und bitte den Abgeordneten Enrico Schult, die Frage zum **Thema Nummer 13** zu stellen.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Pegel! Ja, ich stand vor vier Monaten schon mal hier und habe Sie befragt zu den Vorkommnissen in Loitz. In Loitz ist eine ukrainische Großfamilie eingezogen. Die Loitzer Bürgermeisterin hatte uns daraufhin einen offenen Brief zugesandt, der Landesregierung und dem Landtag. Da ist von massivem Fehlverhalten die Rede, Probleme, die sozusagen jetzt immer wieder auch hervortreten. Nun hat sich diese Situation weiter verschärft.

Sie hatten damals angekündigt, die Integrationsbeauftragte des Landes dorthin zu schicken, die Fachstelle zu kontaktieren. All das hat nichts geholfen, Herr Minister. Es hat unlängst zwei Brandanschläge gegeben und fünf Sachbeschädigungen. Es scheint sich dort zuzuspitzen, die Situation.

Und da frage ich Sie gezielt hinsichtlich der Brandanschläge: Seit April soll es, nein hinsichtlich der Sachbeschädigungen, seit April soll es dort fünf Sachbeschädigungen gegeben haben. Sind die, was ist dort passiert, sind die ursächlich, dieser Streit zwischen der Großfamilie und offenbar mutmaßlich den Loitzern vor Ort?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist jetzt ein großes Konglomerat an Sachverhalten.

Erstens. Ich hatte auch vor vier Monaten schon dargestellt, dass das Bild, was die Polizei zeichnet, deutlich differenzierter ist als das, was Sie transportieren und auch transportieren möchten, das ist mir schon bewusst.

Zweitens. Das gilt auch weiterhin. Die polizeiliche Streifenführung bleibt intensiver. Wir haben dort weiterhin ein engeres Auge drauf, sehen aber auch, dass es in Loitz offenbar sehr unterschiedliche Betrachtungen der Situation gibt. Und wenn Sie die Brandanschläge ansprechen, war ja durchaus auch medial die Vermutung in den Raum gestellt worden, ob dort jetzt wiederum jemand betroffen war, der sich deutlich positiver zu diesem Sachverhalt äußert, als Sie das in den von Ihnen zitierten Stimmen tun, und deshalb möglicherweise dort ein Anschlag verübt worden ist.

Es handelt sich um zwei Brandstiftungen im Abstand von einer Woche, einmal auf ein Gebäude und einmal auf ein Fahrzeug. Alles Nähere ist Gegenstand von Ermittlungen. Und ich weiß, dass ich für solche Antworten immer wenig Akzeptanz erfahre. Laufende Ermittlungen gefährde ich mit Sicherheit nicht dadurch, dass ich öffentliche Stellungnahmen dazu abgebe, an welcher Stelle die Ermittlungsverfahren stehen. Unabhängig davon hätte dann auch die Staatsanwaltschaft die ausschließliche Befugnis, dazu zu sprechen. Das gilt erst recht für eine öffentliche Sitzung. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schult, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Enrico Schult, AfD: Ja, vielen Dank!

Herr Minister, was ich da interpretiere, das überlassen Sie mir bitte selbst. Ich interpretiere gar nichts. Ich war, stand vor vier Monaten schon mal hier, und da sprachen Sie von Klingelstichen. Das hat sich offensichtlich jetzt nicht bewahrheitet, denn die Situation hat sich deutlich verschärft in Loitz.

Deshalb frage ich Sie jetzt noch mal genau. Sie sprachen von kulturellen Unterschieden, die da zutage treten. Ich frage Sie noch mal direkt: Welche fünf Sachbeschädigungen sind seit April in Loitz in der Innenstadt dort aktenkundig geworden?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erstens. Wie ich Ihre Aussagen bewerte, überlassen Sie dann gerne auch mir.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Sie hetzen, Sie spalten,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie versuchen, Menschen in Misskredit zu bringen.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Das ist Ihr tägliches Gebaren. Und das ist ...

Enrico Schult, AfD: Fahren Sie doch mal nach Loitz! Fahren Sie da mal hin und reden mit den Leuten!

Minister Christian Pegel: ... bei allem freundlichen Lächeln, ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Schult, ...

Minister Christian Pegel: ... bei allem freundlichen Lächeln, ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... der Minister ...

Minister Christian Pegel: ... kommen Sie doch ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... beantwortet jetzt die Frage.

Minister Christian Pegel: ... auch gerne mal nach Loitz und besuchen Sie denjenigen, der hier Gegner eines Brandanschlages geworden ist, einer Brandstiftung und der sich im Übrigen seinerseits medial anders äußert.

Aber noch einmal, Ihr Versuch, das ja erneut offenbar der Großfamilie zuzuschreiben, dafür gibt es, nach dem, was ich bisher kenne, keinen Anlass. Aber noch einmal, das sind laufende Ermittlungen und ich werde zu laufenden Ermittlungen in einer öffentlichen Sitzung keinerlei Stellungnahme abgeben. Dazu bin ich nicht befugt. Und noch einmal, Sie sollten lernen zu akzeptieren, dass Ermittlungsverfahren in der Dritten Gewalt liegen und dort auch klugerweise zu Ende gebracht werden, bevor wir da öffentlich drüber sprechen. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

(Enrico Schult, AfD: Fahren Sie mal nach Loitz!)

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Sabine Enseleit, die Frage zum **Thema Nummer 14** zu stellen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Minister Christian Pegel: Wie bitte?

(Horst Förster, AfD: Es kommt gelegentlich darauf an, welche Seite verdächtigt wird, bevor man reagiert.)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Enseleit, Sie haben jetzt das Wort.

Sabine Enseleit, CDU: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister, als ich Sie hier letztes Mal zum Thema illegale Drohnenüberflüge befragt habe, haben Sie das Thema noch so ein bisschen abgetan. Mittlerweile wissen wir aber, dass es allein im ersten Halbjahr 68 solcher Drohnenüberflüge über Mecklenburg-Vorpommern gab. Auch die Überflüge über Liegenschaften der Bundeswehr nehmen zu. Und in dieser Diskussion jetzt über die Zunahme der Überflüge wird jetzt auch diskutiert, die Befugnisse der Bundeswehr zu erweitern, um die Drohnen abzuwehren.

Da wäre jetzt meine Frage: Wie stehen Sie dazu und was planen Sie hinsichtlich der Einbindung der Bundeswehr in Ihrem Zuständigkeitsbereich?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erstens. Ich habe mit Sicherheit Drohnenüberflüge nicht abgetan, sondern nehme die ernst, aber ich überhöhe sie auch nicht.

Zweitens. Zur Einordnung, die 68 sind meldepflichtige Vorgänge. Da sind eine Vielzahl dabei, die schlicht Verstöße gegen das Luftverkehrsgesetz beinhalten, Privatleute also, die am Strand über einer Menschengruppe oder bei einem Konzert oder an anderen Verbotszonen steigen lassen, ohne dass es ein Kontext, zumindest bisher nicht erkennbar, gäbe, der irgendetwas mit Spionage oder ähnlichem zu tun hat oder der Bundeswehr. Die 68 Vorfälle sind also eine relativ große, sehr breite Gruppe. In dieser Gruppe haben wir hier im Bundesland 13 Vorfälle, die kritische Infrastruktur betreffen. Auch da werden wir nicht alle sagen können, ob es Hobbypiloten sind, die einfach Unkenntnis oder Ähnliches zur Grundlage hatten, aber wir müssen davon ausgehen, dass zumindest ein Teil davon auch professionellen Hintergrund hat und dann in der Tat für uns eine intensivere Beobachtung braucht.

Eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gibt es in der Weise, dass wir im Zweifel Vorfälle von der Bundeswehr gemeldet bekommen, wenn sie strafrechtlich relevant sind und die dann in diese Statistik einfließen würden, wenn es die gibt. Auf den Bundeswehrgeländen selber gibt es keine polizeiliche Kompetenz, sondern dort obliegt die Abwehr ausschließlich der Bundeswehr selbst. Das sind bundesrechtliche Vorgaben, mit denen wir umzugehen haben. Zurzeit würde, wenn wir die Bundeswehr in so einem Kontext anfordern, sie keine Befugnis haben.

Das ist ja genau die Diskussion, die Bundesverteidigungsministerin und Bundesinnenminister aktuell führen, ob man Befugnisse erweitert. Ich wäre mit den Erweiterungen vorsichtig, weil natürlich auch die Bundeswehr nicht im gesamten Bundesland aktiv werden kann. Aber die Frage ist bei besonders extremen Fällen, ob es Möglichkeiten gäbe, dass Landespolizei, die eben nicht für all diese Sachverhalte gegebenenfalls die entsprechende Technik vorhalten kann, auf Bundeswehr zurückgreifen kann. Das ist das, was der Bundesinnenkollege, Herr Dobrindt, als Diskussion angestoßen hat. Da stehen wir aber am Anfang und sind zurzeit in keiner Situation, wo die Polizei schon mit entsprechender Einbindung der Bundeswehr arbeiten könnte.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Sabine Enseleit, CDU: Ja, gerne.

Bayern hat bereits reagiert auf die steigende Zahl an Drohnenüberflügen und will jetzt ein Gesetz dazu einbringen. Meine Frage an Sie: Bringen Sie auch jetzt ein Gesetz in den Landtag ein zur Abwehr von Drohnenüberflügen?

(Marc Reinhardt, CDU: Selbstverständlich!)

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich schaue mir in Ruhe gerne das bayerische Gesetz an. Ich glaube, dass wir bisher mit dem SOG und der allgemeinen Eingriffsbefugnis relativ gut und weit kommen. Sollte es tatsächlich zu Veränderungen kommen die Bundeswehr Einsatzmöglichkeiten betreffend, halte ich aber für nicht ausgeschlossen, dass auch wir im SOG entsprechende Nachsteuerung brauchen. Zurzeit planen wir keine gesetzliche Anpassung, weil wir die Generalklausel des SOG weiterhin für einschlägig halten.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Hannes Damm, die Frage zum **Thema Nummer 15** zu stellen, und das ist dann die letzte Frage.

(Marc Reinhardt, CDU: Oh nein! –

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Minister kann ja lange antworten. –

Heiterkeit bei Minister Christian Pegel)

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Herr Minister!

Ich befrage die Landesregierung zum Verbleib der Wärmeplanungsverordnung Mecklenburg-Vorpommern. Ich habe aufgehört zu zählen, wie oft wir dieses Thema jetzt schon hatten. Insgesamt zieht es sich aber jetzt ja bald zwei Jahre. Ich hatte mit meiner Fraktion dazu neben zahlreichen mündlichen Fragen und schriftlicher Kleiner Anfragen bereits auch einen eigenständigen Antrag und einen Abschnitt in unserem ernst zu nehmenden Landesklimaschutzgesetz in das Parlament eingebracht.

Immer wieder wurden wir, genau wie die Kommunen und Versorgungsunternehmen unseres Bundeslandes, vertröstet, zuletzt mit dem Versprechen, dass Rechtsklarheit in einer Landesverordnung bis spätestens Ende September geschaffen werden soll, jedenfalls, wenn nicht noch einmal fundamental etwas schiefgeht. Ich zitiere Sie da aus der Befragung im Juno, Zitat: „Und je nachdem, wie intensiv dann entweder noch mal externe Prüfprozesse oder aber wenige Änderungen von uns umgesetzt werden können, sind wir zwischen August und September ...“ Und dann weiter: „... in diesem Bereich bewege ich mich nur dann, wenn jetzt nicht noch mal fundamentale andere Positionierungen erfolgen“. Nun ist der September aber auch wieder abgelaufen, und wenn ich nichts übersehen habe, dann fehlt weiterhin die Wärmeplanungsverordnung.

Ich frage daher die Landesregierung: Woran liegt es? Also welche fundamental anderen Positionierungen haben sich im Rahmen der Anhörung ergeben und welche fundamentalen Änderungen sind danach an Ihrem Verordnungsentwurf zu erwarten?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Tat ist die Verbandsanhörung durch, Herr Abgeordneter. Es gibt parallel zur Anhörung den Diskurs mit den kommunalen Spitzenverbänden, vor allem im Städte- und Gemeindetag, weil Sie, wenn Sie möglicherweise konnexitätsrelevante Sachverhalte haben könnten, eine Regelung mit der Verordnung treffen müssten, die das berührt. Und wir sind in der Tat noch nicht mit dem Städte- und Gemeindetag überein, in welcher Größenordnung es finanzielle Folgelasten auf der Seite der Gemeinden auslöst und ob diese mit den Bundeszuweisungen erfüllt werden können oder darüber hinausgehen und ob wir die als Konnex einordnen oder nicht.

Dieser Streit ist der, der uns hauptsächlich umtreibt. Die Fragen in der Verordnung sind sehr überschaubar, aber der finanzielle Streit ist natürlich ein nicht unerheblicher, der sich jetzt mit den finanziellen Rahmenbedingungen, die insgesamt für die Kommunen enger geworden sind, natürlich aus deren Sicht nachvollziehbarerweise auch noch einmal als besonderes Augenmerk herausstellt. Wir werden also weiterhin die Diskussion genau um diesen Punkt in erster Linie führen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr gerne.

Also ich hatte Sie ja zitiert, und da haben Sie ja gesehen, also fundamental neuer Punkt, denn diese Diskussion über die Finanzierung ist ja kein fundamental neuer Punkt, das ist im Gegenteil ein Punkt, den wir seit Anfang an diskutieren.

Aber bleiben wir mal bei der zentral wichtigen Frage: Wann kommt sie denn nun endlich, die Wärmeplanungsverordnung?

Minister Christian Pegel: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst dann, wenn wir diesen fundamentalen Punkt mit den kommunalen Spitzenverbänden in irgendeiner Weise entweder so erörtern könnten, dass wir sagen, es gibt keine Einigung, dann werden wir möglicherweise eine Verordnung machen müssen, uns auf den Rechtsstreit einlassen. Schöner für alle Beteiligten wäre aber, wenn es eine Einigung gibt, denn das Angreifen der Rechtsverordnung vom Oberverwaltungsgericht, das im Zweifel zu deren Beseitigung führen könnte, sofern die kommunalen Argumentationen vom Gericht geteilt würden – immer im Konjunktiv gesprochen –, hilft dann allen Beteiligten am wenigsten. Deswegen haben wir hohes Interesse – ich glaube, das sollten alle Beteiligten haben –, dass es nach Möglichkeit etwas ist, was alle Seiten so akzeptieren. Und vor dem Hintergrund, erst in dem Moment, wo wir über die finanziellen Fragen entweder Einigkeit erzielen – ich bin da weiterhin guter Dinge, dass es gelingt –, aber wenn es nicht gelingt, dann wird es einen Punkt geben, an dem wir in den Konflikt gehen müssen, aber das wäre die B-Variante, weil diese B-Variante im Zweifel die Rechtsverordnung gefährdet.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Weitere Fragen liegen mir jetzt nicht vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Befragung der Landesregierung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** ...

(Präsidentin Birgit Hesse)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Die Linke – Nicht nur am Tag des Brandschutzes – Feuerwehren und Katastrophenschutz in Mecklenburg-Vorpommern würdigen und stärken, Drucksache 8/5328.

Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke

Nicht nur am Tag des Brandschutzes –

Feuerwehren und Katastrophenschutz in

Mecklenburg-Vorpommern würdigen und stärken

– Drucksache 8/5328 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mit dem Antrag „Nicht nur am Tag des Brandschutzes – Feuerwehren und Katastrophenschutz würdigen und stärken“ bekräftigen wir als Koalition ein zentrales Anliegen. Sicherheit im Land ist ohne die Feuerwehren und den Katastrophenschutz nicht denkbar, und diese Leistung verdient nicht nur Dank, sondern auch nachhaltige Anerkennung und Unterstützung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und der Gruppe der FDP)

Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist klar, Brand- und Katastrophenschutz ist mehr als eine kommunale Aufgabe, es ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die wir als Land seit Jahren aktiv mittragen. Gemeinsame Verantwortung tragen, darum geht es. Wir wissen, die Bedingungen in unserem Land sind unterschiedlich: viele kleine Gemeinden, weite Wege, wenig zentrale Infrastruktur. Deshalb kommt es darauf an, gemeinsam tragfähige Lösungen zu schaffen zwischen Land, Landkreisen und Kommunen.

Mit dem Programm „Zukunftsfähige Feuerwehr“ ist es uns gelungen, unter anderem genau dort anzusetzen, wo die Not am größten war. Die vielen kleinen Orts- und Gemeindefeuerwehren, oft als Erstes an einem Einsatzort, verfügten lange über veraltete Technik. Dank des Programmes haben sie nun moderne Fahrzeuge mit Wasservorrat, unverzichtbar bei Wald- und Flächenbränden, wenn der nächste Hydrant oder See als Wasserentnahmestelle kilometerweit entfernt ist. Und wenn wir ehrlich sind, dann wären viele dieser Feuerwehren wahrscheinlich bis heute mit der veralteten Technik unterwegs, denn ein solches Feuerwehrfahrzeug ist auch für kleine Gemeinden teuer und nicht jeder kann sich das leisten.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Was für eine Erkenntnis!)

Doch wir gehen weiter. Mit dem Programm „Musterfeuerwehrhaus“ investieren wir zusätzlich 50 Millionen Euro in Neubau und Sanierung von Feuerwehrhäusern, damit die Ausrüstung nicht nur modern ist, sondern auch sicher untergebracht werden kann.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Haben Sie sich mal
die Sternberger Feuerwehr angeschaut?)

Wir würdigen das ehrenamtliche Engagement nicht nur mit Worten. Zudem setzen wir auf interkommunale Zusammenarbeit, etwa mit dem Land Brandenburg bei der Beschaffung. Gemeinsam erreichen wir mehr für unsere Einsatzkräfte und letztlich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren, aus eigener Erfahrung weiß ich, wie viel Zeit, Energie und manchmal auch Mut in diesem Ehrenamt steckt. Ich selbst habe damals mit 16 den aktiven Dienst bei der Feuerwehr begonnen. Was man dort lernt, ist unbezahlt: Wie baue ich eine Wasserversorgung auf? Wie rette ich Personen aus verunglückten Fahrzeugen oder brennenden Gebäuden? Wie arbeite ich mit anderen Organisationen zusammen, mit dem DRK, dem THW, der DLRG, der Polizei und den vielen anderen Akteuren? Die erste Alarmierung, das erste Blaulicht, der erste reale Einsatz – das vergisst man nie. Ich erinnere mich an einen schweren Unfall zwischen einem Zug und einem Pkw oder an Brände, wo man schon im Fahrzeug auf der Anfahrt zu einem

Brand die riesige Rauchwolke und den Flammenschein sieht und ganz genau weiß, dass es nichts Einfaches wird.

Diese Erfahrungen prägen und sie zeigen, unsere Einsatzkräfte sind keine Heldinnen und Helden auf dem Papier, sie handeln im Ernstfall entschlossen und professionell. Und das Ganze kommt nicht aus dem Nichts, sondern setzt eine langjährige Ausbildung voraus, die an Wochenenden stattfindet – alles Zeit, die die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte in diesem Land aufbringen, sei es die Grundausbildung, technische Hilfeleistung, Atemschutzgeräteträger und die regelmäßigen Wiederholungen, um tatsächlich fit zu sein, damit man auch weiß, dass die Menschen, die dort vor Ort aktiv in den Einsatz gehen, jederzeit ihr Bestes geben können.

Ein besonderer Dank gilt den Jugendfeuerwehren in unserem Land. Sie sind nicht nur Freizeitgestaltung, sie sind Nachwuchsförderung, Wertevermittlung und gelebte Gemeinschaft. Viele, die als Jugendliche begonnen haben, bleiben dabei und werden tragende Säulen im aktiven Dienst. Da schließe ich mich ein. Als ich damals als 13-Jähriger mit anderen Kameradinnen und Kameraden angefangen habe, sind wir alle gemeinsam in die aktive Wehr gegangen. Ich bin aufgrund von Umzug mit 20 oder 21 ausgetreten, die anderen, die damals mit mir zusammen übergegangen sind, sind mittlerweile Wehrführer, Zugführer und dergleichen. Und dieses Engagement braucht die richtigen Rahmenbedingungen, und dafür setzen wir uns ein.

Auch gesetzlich wird der Brandschutz weiterentwickelt. Die Novellierung des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes sowie des Katastrophenschutzgesetzes stehen an. Ziel sind klare Strukturen, schnelle Abläufe und bessere Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Verbänden, Ehrenamtlichen, Kommunen gestalten wir den Bevölkerungsschutz von morgen. Aber auch der Bund ist gefordert. Der Bevölkerungsschutz ist nationale Aufgabe. Wir erwarten, dass der Bund seine Verantwortung ernst nimmt und die finanziellen Mittel, die durch die Grundgesetzänderung ermöglicht wurden, auch tatsächlich in der Fläche ankommen. Dafür setzen wir uns aktiv ein.

Meine Damen und Herren, mehr als 26.000 Haupt- und Ehrenamtliche in M-V sorgen jeden Tag dafür, dass Hilfe kommt, wenn sie gebraucht wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Sie löschen Brände, retten Leben, schützen Hab und Gut. Diese Menschen verdienen nicht nur Anerkennung, sie verdienen verlässliche Rahmenbedingungen, moderne Technik, gute Ausbildung und ein Land, das sich zu ihnen bekennt. Unser Antrag ist ein klares Bekenntnis: Wir lassen unsere Feuerwehren und Katastrophenschützer in diesem Land nicht allein,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

nicht nur am Tag des Brandschutzes, sondern an jedem Tag! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 38 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Innenminister Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Die Einbringung war beinahe vollumfänglich. Deswegen wird es schwer, meinerseits zu ergänzen, ich gebe mir gleichwohl Mühe.

Meine allererste Ergänzung ist, ich glaube, wir sind zwischenzeitlich auf der steilen Zahl zu 27.000 freiwilligen Helferinnen und Helfern, die sich in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren. Und wer die Feuerwehren kennt, weiß, dass sie natürlich für die schwierigsten Momente, dann, wenn viele andere weglaufen oder besser weggehen, in den Einsatz hineingehen, dass sie aber in vielen Dörfern eben auch eine der zentralen Strukturen sind, an denen sich alles, was das gemeindliche Leben betrifft, aufhängt. Deswegen ganz, ganz herzlichen Dank für den besonderen Mut, für das besondere Engagement, aber insbesondere auch in den meisten Gemeinden dafür, dass Sie und ihr da seid und schlicht für das gesamte soziale Dorfleben, Gemeindeleben häufig das Rückgrat seid, gemeinsam mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ich glaube, dass sich die Freiwilligen Feuerwehren in den letzten zwei bis zweieinhalb Legislaturen sehr deutlich auf diese Hilfe aufseiten des Landes genau wie aufseiten der Kommunen – das ist nie eine Einzelleistung, sondern immer eine Gemeinschaftsleistung – verlassen konnten und dass sie das im Übrigen auch zu wertschätzen wissen. Die beiden Feuerwehrpakete sind angesprochen. Das erste 15-Millionen-Euro-Paket haben wir bereits in der letzten Legislatur gemeinsam gestaltet und vorbereitet. Die Fahrzeuge sind weitgehend in dieser ausgeliefert. Rund 310 neue Fahrzeuge sind auf diese Art und Weise in die Fläche gelangt. Das führt dazu, dass Sie heute nahezu keine Einsatzlage mehr finden werden, wo nicht vor allen Dingen aus der TSF-W Fahrzeuggruppe mit rund 270 Fahrzeugen ein oder sogar mehrere bei größeren Lagen zu sehen sind und umgekehrt. Ich höre relativ viel Zufriedenheit mit den Fahrzeugen, die angeschafft wurden.

Wir haben daraus aber, glaube ich, einen zweiten Schritt gelernt, und auch der ist angesprochen worden, wir haben gelernt, dass wir mit diesen größeren Beschaffungen bei den Preisen deutlich Verbesserungen erreichen. Es bleibt selbstverständlich dabei: Feuerwehrwesen ist die originäre kommunale Pflichtaufgabe, und das Land begleitet nur, aber jede einzelne Bestellung ist im Zweifel teurer, und das gilt seit „Pappa ante

portas“ eben nicht nur bei Anspitzern und Radiergummis, sondern es gilt für nahezu jedes Produkt. Und wenn wir auf die Fahrzeugbeschaffungspreise schauen, die wir in den großen Beschaffungen des 50-Millionen-Euro-Paketes erreicht haben, dann zeigt sich, dass zwischen 15 und 20 Prozent durchaus erreichbar sind, im Übrigen auch deshalb, auch deshalb, weil auf der Seite der Fahrzeugherrstellerinnen und -hersteller damit serienähnliche oder manufakturähnliche Produktionen möglich sind. Die Einzelbestellung hat den Vorteil, dass ich mir jedes Fach im Fahrzeug einzeln bestücken kann, aber sie hat eben aus Sicht des Fahrzeugherrstellers auch den Nachteil, dass es auch wirklich zum Teil Einzelanfertigungen sind, die den entsprechenden Aufwand verursachen.

Und wir sehen, dass die Akzeptanz für diese größeren Rahmenbeschaffungen deutlich gestiegen ist. Wir haben deshalb als Land jetzt in die Regelmäßigkeit überführt, dass wir Rahmenverträge schließen und daraus den Kommunen anbieten, im Rahmenvertrag zu bestellen, dass wir darüber größere Mengen ordern. Bis 2030 ist für jedes Jahr klar ersichtlich, welche zwei Fahrzeuge in einem Rahmenvertrag gebunden werden und umgekehrt. Die Hoffnung und Einladung an die Kommunen lautet, schaut bitte hinter eure Gerätehaustüren, wenn ihr dort Fahrzeuge dieser jeweiligen Fahrzeugtypen habt, die in den nächsten Jahren ersetzt werden sollen, bitte geht in die Rahmenbeschaffung, denn wir leben von vielen Fahrzeugen, die wir zugleich bestellen.

Wir ersparen damit im Übrigen – und das ist ein positiver und extrem wichtiger Nebeneffekt – den kommunalen Verwaltungseinheiten, dass sie mit der Einzelbestellung sich einem sehr fachlich spezifischen Vergabeverfahren widmen müssen. Feuerwehrfahrzeuge zu bestellen, geht in der Regel entweder nur, wenn Sie in der Verwaltung eine Kameradin oder einen Kameraden haben, die oder der genau diese Fahrzeuge mit ihren Spezifika sehr gut beschreiben kann, oder in Wahrheit habe ich einen hauptamtlichen Kollegen in der Verwaltung, eine Kollegin, die die Vergabe macht, und ich habe ehrenamtliche Kameradinnen und Kameraden, die aber bei der Leistungsbeschreibung, bei den Detailbeschreibungen in ihrer Freizeit helfen müssen, weil das ein sehr spezifisches Themenfeld ist, und selbst das bei vielen nur alle Jubeljahre vorkommt, sie natürlich auch wenig Erfahrung aufbauen können, in kleineren Verwaltungen zumindest.

Über die Rahmenbeschaffung des Landes haben wir jetzt Kolleginnen und Kollegen, die das beständig tun, die das mit extrem großer Professionalität können, sowohl die Vergabe als auch die Abnahme. Und wir sparen damit ganz, ganz viel Aufwand auch in der kommunalen Familie, weil die Einzelbeschaffungen, die Einzelvergabe eben nicht mehr mit ihrem großen Kraft- und Zeitaufwand eintreten. Die Rahmenverträge finden zwischenzeitlich im Übrigen auch bei den Gemeinden Akzeptanz, die mir vor drei/vier Jahren noch mit einer gewissen Skepsis bei dem Thema gegenübergetreten sind.

Deswegen bedanke ich mich ganz herzlich auch bei den Kolleginnen und Kollegen hier im Land, dass sie in den letzten Jahren mit Ihren Beschaffungen, vor allen Dingen im 50-Millionen-Euro-Paket, das wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU in der letzten Legislatur begonnen haben ... Wir haben bewiesen, dass es eben nicht Plaste und Elaste und möglichst billig ist, was bestellt wurde, sondern dass auf einem hohen qualitativen Niveau bestellt wird, haben damit Feuerwehren überzeugen können, mit den Beschaffungen, die erfolgt sind, und sehen jetzt in einer steigenden Bereitschaft und Nachfrage, in den Rahmenverträgen mitzumachen.

Wir helfen damit aber vor allen Dingen zu standardisieren. Viele Fahrzeuge der gleichen Art ermöglichen auch an einem Fahrzeug, viele Kameradinnen und Kameraden auszubilden, die dann auch dieses Fahrzeug bei sich finden. Wir machen also unsere Ausbildung leichter, zweitens, wir erreichen darüber, dass die entsprechenden Verwaltungseinheiten deutlich erleichtert werden. Die Rahmenverträge sind also ein wichtiges Ergebnis genau dieser gemeinsam begonnenen Projekte.

Das zweite große Projekt ist das 15-Millionen-Euro-Paket für die Feuerwehrgerätehäuser. Wenn Sie die beiden aufsummieren, wird dieses Land alleine in dieser und der letzten Legislatur insgesamt 100 Millionen Euro nur in den Spezialpaketen gegeben haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

In dieser Legislatur seit 2021 kommen weitere rund 80 Millionen Euro hinzu, die aus Sonderbedarfszuweisungen in die entsprechenden Unterstützungen hineingehen. Wir zeigen also mit 180 Millionen Euro mehr als deutlich, dass wir bei dieser kommunalen Pflichtaufgabe eben keinen im Regen stehen lassen, sondern eng begleiten. Und ja, trotzdem gibt es Feuerwehrgerätehäuser, wo sich ein Blick lohnt. Ich habe Sternberg im Übrigen mehrfach besucht. Ich weiß, dass es dort Planungen gibt, aber umgekehrt, es ist ein Gerätehaus, was zurzeit zumindest eine Aufgabe vernünftig zu erfüllen vermag.

In der Fläche von vielen Dörfern und kleinen Gemeinden werden Sie zum Teil Gerätehäuser aus den 50ern und 60ern finden, und der Nachbar muss den Schlüssel leihen, damit eine Toilette verfügbar ist. Genau da wollen wir mit dem 50-Millionen-Euro-Paket im Schwerpunkt rein: in die Fläche, in diese kleinen Gerätehäuser. Denn wir müssen Wertschätzung für die Kameradinnen und Kameraden, die da täglich bereit sind, im Zweifel ihre Gesundheit zu riskieren, für uns alle, dadurch auch signalisieren, dass sie vernünftiges Material bekommen bei Fahrzeugen und Geräten. Und genau das tun Kommunen und Land gemeinsam an dieser Stelle sehr intensiv – noch mal – mit 180 Millionen Euro.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Wir nehmen das Ehrenamt aber auch ernst bei der Erarbeitung der Novellierungsvorbereitung für das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz, zu gut Deutsch das Landesfeuerwehrgesetz, was die Arbeit weitgehend vorgibt, regelt und ein Stück weit auch umfasst. Dieses Gesetz haben wir nicht als Entwurf in den Raum geworfen und uns hinterher die Meinungen abgeholt, sondern wir haben anderthalb Jahre einen intensiven Prozess mit den Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, für den ich dankbar bin, weil sie uns dafür viel Zeit geschenkt haben, genommen, um zu schauen, was müssen wir eigentlich anpacken. Und genau daraus ist eine entsprechende Novellierungsvorbereitung entstanden, die jetzt in Gesetzespakete gegossen wird. Damit haben wir aber einen langen gemeinsamen Sortier- und

Einigungsprozess hinter uns, der dafür Sorge trägt, dass Feuerwehren sich mit ihren Wünschen genau in diesem Gesetzentwurf wiederfinden werden.

Das Gleiche bereiten wir zurzeit vor für den Katastrophenschutz. Auch da wollen wir genau mit so einem gemeinsamen Vorbereitungsprozess hintenraus dafür Sorge tragen, dass das Ehrenamt sich in den Vorschlägen, die dieser Landtag dann diskutieren kann und soll, soweit wir entsprechend fertigstellen konnten, dass wir auch dort sagen können, ihr findet euch wieder, eure Probleme finden sich im Gesetz und nicht die, die wir glauben, dass ihr sie haben müsstet. Aber auch dafür ganz herzlichen Dank all denen, die uns ihre Zeit geschenkt haben! Noch mal: Ehrenamtliche Kreisbrandmeister, Landesbrandmeister sagen, auch dafür schenken wir euch im Zweifel mehrere Dutzend Zeitstunden, um mit euch zusammen dafür Sorge zu tragen, dass ein gutes Gesetz auf den Weg gebracht wird. Auch an deren Adresse ganz, ganz herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Mit dem Katastrophenschutzenzeichengesetz, was wir Ihnen in der nächsten Sitzungsperiode an die Hand geben wollen auf Ihren Auftrag hin, glauben wir, dass wir gleichermaßen auch hier noch einmal ein wichtiges Signal senden. Das gilt aber gleichermaßen auch für das, was im Übrigen auch schon in der letzten Legislatur begonnen worden ist, das alle zwei Jahre stattfindende Feuerwehr-Dankesfest, das im Übrigen im Juni 2026 erneut in Rostock durchgeführt werden wird, mit dem klaren Signal an die Kameradinnen und Kameraden, das ist kein selbstverständliches Ehrenamt. 365 Tage im Jahr, 7 Tage die Woche, 24 Stunden am Tag im Zweifel bereit zu stehen, ist ein Riesengeschenk an die Gesellschaft, im Übrigen durch die Kameradinnen und Kameraden selbst, aber auch durch deren Familien. Ich bin überzeugt, das entscheidet man nicht allein, sondern gemeinsam am Familientisch. Ihnen allen vielen, vielen Dank für die Bereitschaft und dieses großartige Engagement! – Und Ihnen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat die angemeldete Redezeit um vier Minuten überschritten.

Ich begrüße auf der Pressetribüne Schülerinnen und Schüler des Fritz in Schwerin. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier sind!

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Fraktionsvorsitzenden Herrn Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Dem Dank des Ministers, der auch in dem Antrag der Koalitionäre hier für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr manifestiert und niedergeschrieben wurde, kann sich meine Fraktion, kann ich mich persönlich vorbehaltlos anschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Sirene heult, der Melder geht an – wer kommt? Genau diese Frage entscheidet darüber, ob aus einem Entstehungsbrand ein Vollbrand wird und ob aus einem Unwetterereignis eine Katastrophe.

Ihr Antrag, Damen und Herren der Regierungskoalition, beantwortet diese Fragen jedoch nicht. Seit Jahren erleben wir hier in diesem Plenum denselben Film. Die Regierungsfraktionen tragen hier im Parlament Anträge vor, in denen die Legislative brav der eigenen Exekutive Beifall klatscht. Heute wieder ganz genauso: ein Antrag, der aussieht wie eine Pressemitteilung des Innenministeriums, nur mit Drucksachen und Briefkopf versehen – reine Schaufensterpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Koalition schreibt, unsere Feuerwehren und der Katastrophenschutz seien tragende Säulen. Ja, dem ist so! Über 26.000 Haupt- und Ehrenamtliche leisten Herausragendes. Ja, das ist so! Das stimmt, und genau deshalb hat dieses Parlament

die Pflicht, meine Damen und Herren, nicht nur Beifall zu spenden, sondern die tatsächlichen Probleme zu lösen und sie nicht nur anzusprechen. Was Sie stattdessen liefern, ist Selbstbeweihräucherung. Sie zählen Programme auf, die Sie längst in der Regierungskoalition befeiern, „Zukunftsfähige Feuerwehr“ mit 50 Millionen Euro für über 300 Fahrzeuge, „Musterfeuerwehrhaus“ mit weiteren 50 Millionen Euro, ein Ehrenzeichengesetz, der Innenminister hat es gerade angesprochen, und die Kooperation mit Brandenburg. Schönes Lametta, aber mit Lametta, meine Damen und Herren, löscht man keine Brände und füllt keine realen Lücken in der Tagesbereitschaft unserer Freiwilligen Feuerwehren.

(Beifall Petra Federau, AfD)

Worüber reden wir denn wirklich? Wir reden darüber, dass vielerorts die Einsatzbereitschaft auf dem Papier steht, während tagsüber die Mannschaft fehlt. Wir reden darüber, dass Gerätehäuser zu teuer geplant, in Mehrfachnutzung überfrachtet und in vielen Gemeinden verschoben werden. Genau das wurde im Innenausschuss kürzlich auch deutlich. Groß angekündigte Mustergerätehäuser, aber die Kosten laufen davon. Die Akzeptanz vor Ort ist verhalten, weil Standardisierung plötzlich zur Verteuerung durch Zusatzwünsche wird.

Worum geht es also wirklich? Nicht um den x-ten Dialogprozess, nicht um den nächsten Gerichtstermin, nicht um die feierliche Übergabe eines Fahrzeugs vor Ort, sondern um das Zurückholen von Ernst in die Landespolitik. Ernst heißt Klarheit über Ziele, Klarheit über Fristen, Klarheit über Zuständigkeiten. Ernst heißt auch, den Kommunen nicht neue Muster aufzudrücken, die den Spielraum vor Ort erheblich einschränken, sondern ihnen einen verlässlichen Rahmen zu geben, so, wie der Minister es hier ansprach bei den Rahmenverträgen für die Beschaffung der Fahrzeuge – da ist dann auch wirklich mal nach Jahren einem viel und oft geäußerter Wunsch der Freiwilligen Feuerwehr nachgekommen worden –, also den Spielraum vor Ort einzuschränken, sondern diesen verlässlichen Rahmen zu geben, finanziell und rechtlich, und ihnen nicht bei jeder Abweichung die Förderschraube anzusetzen

Und in Ihrem Antrag ganz konkret die Forderungen aus dem Bereich des Punktes III sind Selbstverständlichkeiten, meine Damen und Herren, das sind

Selbstverständlichkeiten, die Sie da aufgeschrieben haben. Und Sie brauchen doch nicht zu fordern als Regierungskoalitionäre, Sie können es doch einfach umsetzen, indem Sie das Ihrer Regierung mit auf den Weg geben.

Und, Herr Pegel, Sie sprachen auch in Ihrer Rede hier von einer kommunalen Selbstaufgabe. Ja, völlig richtig, aber dann müssen die Kommunen auch dementsprechend finanziell ausgestattet werden. Und wenn ich mir die Redebeiträge anhöre der Kämmerer, der Finanzausschussvorsitzenden in den Kreistagen der letzten Wochen und auch in den zukünftigen Kreistagssitzungen, sie zeichnen ein düsteres Bild. Die Landkreise sind finanziell am Ende, sie können einfach nicht mehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Enrico Schult, AfD: So ist es.)

Und sie können dann auch einfach nicht mehr für die konkrete Ausstattung, für die Brandschutzaufgaben hinhalten. Das ist dann, in dem Fall muss das Land oder der Bund einspringen.

Meine Damen und Herren, die Feuerwehren brauchen kein politisches Abzeichen, sie brauchen verlässliche Strukturen. Die Ehrenamtlichen wollen keinen warmen Applaus hier im Plenum, sie wollen im Einsatz handlungsfähig sein, mit Mannschaft, Material und klaren Prozessen. Ihr Antrag liefert dafür wenig bis keine Substanz. Er feiert das Gestern, vertröstet das Heute und verschiebt das Morgen. Aus diesem Grunde können wir uns zu diesem Antrag lediglich enthalten. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

An dieser Stelle begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus Rostock. Herzlich willkommen im Landtag! Schön, dass Sie heute hier sind!

Ich rufe auf für die Fraktion der CDU Herrn Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer gut und richtig, wenn wir hier über Feuerwehren und die Ehrenamtlichen in den Feuerwehren und im Katastrophenschutz reden, das haben wir ja auch in dieser Legislaturperiode schon öfter gemacht. Ich kann es Ihnen trotzdem nicht ersparen – und da muss ich meinem Vorrredner ein wenig beipflichten –, wenn ein Antrag das Prädikat „Schaufenster“ verdient, dann ist es wohl dieser Antrag hier.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und CDU)

Es ist eine Aneinanderreihung von Selbstverständlichkeiten.

Ich habe durchaus wohlwollend zur Kenntnis genommen, Herr Innenminister, dass Sie auch aus den vorherigen Legislaturperioden die Programme gewürdigt haben. Und wenn ich dem dann noch etwas Positives abgewinnen möchte, ist es wohl die Tatsache, dass es nie ganz falsch ist, das Innenministerium zum Jagen zu tragen. Das sehen wir ja dort auch bei vielen anderen Problemen.

Ich habe schon gesagt, ja, natürlich, auch wir zollen den Kameradinnen und Kameraden sowohl bei den Feuerwehren, beim Katastrophenschutz unseren Respekt. Das ist eine wichtige Aufgabe, die sie hier bei uns im Land tun. Und wir haben schon eigentlich seit Beginn der CDU-Landtagsfraktion in den 90er-Jahren immer an deren Seite gestanden und uns auch um deren Probleme gekümmert. Das einzig Neue – oder so richtig neu ist es ja auch nicht – ist ja nun auch das Abzeichen für die Freiwilligen im Katastrophenschutz.

Wir empfinden das durchaus – und, lieber Kollege Ralf Mucha, wir haben da beide schon öfter darüber gesprochen –, durchaus als sinnvoll, aber ich will tatsächlich sagen, das ist ja auch nicht ganz neu, und auch mit diesem Antrag heute werden wir das ja nicht aufs Gleis stellen, weil, wir sind mitten in den Haushaltsberatungen. Wer sich den Haushalt angeguckt hat, sieht ja, dass das dort längst verankert ist, dass es umgesetzt worden ist und ja, dass zumindest die finanzielle Basis geschaffen wurde. Und ich denke auch, dass diesen Haushaltspositionen alle im Landtag zustimmen können, da das analog zu den Freiwilligen Feuerwehren aus unserer Sicht die richtige Maßnahme

ist, auch die Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz mit einem Ehrenabzeichen zu bedenken.

Was mir dann noch aufgefallen ist, ja, der Innenminister hat gesagt, dass wahrscheinlich noch dieses Jahr das entsprechende Gesetzgebungsverfahren hier eintreffen wird. Wir haben dann ja bei ziemlich vielen anderen Gesetzen, die sollten ja auch noch kommen, wenn ich das jetzt richtig aus Ihrem Antrag entnehme, schiebt sich das wahrscheinlich noch ins nächste Jahr, was vor allem das Katastrophenschutzgesetz und das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz betrifft. Ich habe, glaube ich, noch im Ohr, Herr Innenminister, dass das eigentlich noch im vierten Quartal dieses Jahres kommen sollte. Aus diesem Antrag lese ich jetzt heraus, dass das wahrscheinlich erst im zweiten Quartal 2026 kommen soll.

Insofern, ja, es ist nach wie vor richtig, sich hier über die vielen 10.000 Ehrenamtlichen zu unterhalten, dafür zu sorgen, dass sie vernünftig ausgestattet sind. Da haben wir bei den Feuerwehren einiges getan. Ja, ich nenne auch durchaus das Musterfeuerwehrhaus-Programm mit den 50 Millionen, und jetzt wahrscheinlich über die Infrastrukturmittel kommen noch einmal 45 Millionen dazu. Wer aber weiß, was Feuerwehrhäuser mittlerweile kosten, und wer weiß, wie viele Feuerwehren hier einen Bedarf angemeldet haben, weiß auch, dass wir da längst nicht am Ende sind. Ich nehme ja immer das Beispiel von drei Feuerwehren bei uns im Land: Malchin, Stavenhagen und Neustrelitz. Die müssen alle drei neu gebaut werden. Da sind wir alleine bei über 50 Millionen wahrscheinlich, wenn diese Schwerpunktfeuerwehren neu gebaut werden müssen.

Insofern, ja, es ist richtig, hier etwas zu tun, und vor allem – da wird sicherlich der Kollege Wulff noch drauf eingehen –, dass wir vor allem im Katastrophenschutz ja deutlich Nachholbedarf haben, das haben wir auch hier schon öfter bemängelt, ob das die Ausstattung mit Gebäuden oder mit Technik ist. Es ist gut, dass wir jetzt hier ihre Arbeit anerkennen, da stehen wir auch voll dahinter, aber ich glaube, gerade im Katastrophenschutz ist es notwendig, auch noch, aus unserer Sicht, schon im nächsten Doppelhaushalt deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen, um auch hier dem weißen Katastrophenschutz Rechnung zu tragen.

Zum Schluss will ich sagen, wir haben lange überlegt, was machen wir mit diesem Antrag. Er wird wenig nutzen, aber er schadet auch nicht, insofern werden wir ihm zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion Die Linke Herrn Bruhn.

Dirk Bruhn, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten in diesem Jahr bereits mehrfach die Gelegenheit hier im Landtag, und ich möchte auch diese Aussprache für einen Dank nutzen. Im Namen meiner Fraktion möchte ich allen Engagierten danken, sowohl im Brand- als auch im Katastrophenschutz, sowohl den Ehrenamtlichen als auch den Hauptamtlichen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Ihre Arbeit ist unverzichtbar, sie ist kein Luxus, sondern schlicht notwendig. Deswegen kann diese Anerkennung für diese wichtige Stütze unserer Gesellschaft gar nicht groß genug sein. Vielen Dank für Ihre Arbeit!

Ich möchte an dieser Stelle auch insbesondere das Engagement von den vielen Freiwilligen hier im Land hervorheben. Warum möchte ich das extra betonen? Dieses Engagement ist gelebte Solidarität. Egal, ob bei Bränden, Unfällen oder anderen Gefahrenlagen – die zahlreichen Ehrenamtler verlassen tagsüber ihre Arbeitsstelle und nachts das Bett, was manchmal noch schwerer fallen dürfte. Sie sind an jedem Tag im Jahr und zu jeder Tageszeit zur Stelle, um zu helfen und auch nicht selten, um Leben zu retten. Und so ganz nebenher organisieren die Kameradinnen und Kameraden in vielen Gemeinden das Dorfleben. Deswegen auch noch mal ein besonders großer Dank an die ehrenamtlichen Kräfte im Brand- und Katastrophenschutz!

Meine Damen und Herren, als rot-rote Koalition sehen wir dieses Engagement und wir würdigen es, wo und wann wir es immer können. Der Brand- und Katastrophenschutz hat bei uns hohe Priorität, und das drückt sich in ganz konkreten Zahlen aus. Wir haben es jetzt schon ein-/zweimal gehört, aber ich möchte es noch mal betonen: 50 Millionen für die Beschaffung von mehr als 300 Feuerwehrfahrzeugen, weitere 50 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von zahlreichen Feuerwehrgerätehäusern, weitere 5 Millionen, die 2023 unter anderem der Neuanschaffung von Katastrophenschutzfahrzeugen dienten. Diese Mittel haben wir zusätzlich zu den planmäßigen Ausgaben bereitgestellt.

Und ich bin froh darüber, dass sich diese Art der Wertschätzung auch im aktuellen Haushaltsentwurf widerspiegelt. Wir werden diesen Entwurf in den kommenden Wochen noch diskutieren, aber eins ist sicher, Rot-Rot bedeutet mehr Geld für den Brand- und Katastrophenschutz. Das ist angesichts der angespannten Haushaltslage alles andere als selbstverständlich und belegt den Stellenwert, den wir den Strukturen im Brand- und Katastrophenschutz beimessen. So, wie wir uns auf diese Strukturen verlassen, so können sie sich unserer Unterstützung sicher sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Meine Damen und Herren, erst letzte Woche hat das Kabinett die Einführung des Ehrenzeichens für verdiente Katastrophenschützerinnen und Katastrophenschützer auf den Weg gebracht, ein Anliegen, das allen demokratischen Fraktionen hier im Haus wichtig war und von diesem unterstützt wurde. Damit wollen wir ihnen eine wichtige Anerkennung zukommen lassen, wie es im Brandschutz seit Jahren Praxis ist. Das ist eine gute Sache, die auch die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes deutlich macht, die wir seit vielen Jahren spüren können. Aber Extremwetterereignisse, die Folgen des Ukrainekrieges, die Unterstützung bei der Unterbringung und Versorgung Geflüchteter oder die Umsetzung von Schutzkonzepten in der Corona-Pandemie – die Strukturen sind mit ihrem Können und ihrer Technik immer am Start, wenn wir sie brauchen.

Meine Damen und Herren, der Antrag gibt sehr konkret wieder, an welchen Stellen die Landesregierung in den kommenden Monaten im Bund und im Land weiter im Sinne dieser Strukturen ringen soll, und ich bin zuversichtlich, dass sie dies mit voller Kraft tun wird. Für uns als rot-rote Koalition sind dabei zwei Stränge von Bedeutung, es sollte deutlich geworden sein: Wir wollen und werden die Ausstattung und Bedingungen in diesen Strukturen verbessern und ihnen die Wertschätzung zukommen lassen, die ihnen gebührt. Lieber mehr Lametta als brennende Bäume im Wohnzimmer, lieber mehr Lametta als gar keine Ahnung! Ich bitte aus diesem Grund um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Frau Oehlrich.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Wir beraten über einen Antrag der rot-roten Koalition mit dem wohlklingenden Titel „Nicht nur am Tag des Brandschutzes – Feuerwehren und Katastrophenschutz würdigen und stärken“. Ja, würdigen, das können wir heute mit Worten tun, aber stärken, dafür braucht es mehr als Worte, dafür braucht es Taten, und dafür braucht es moderne Rechtsgrundlagen, und dafür braucht es auch eine nachhaltige Finanzierung.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und genau hier könnte sich eine Schwäche dieses Antrags offenbaren. Während wir hier über Wertschätzung sprechen, lassen sich dem Einzelplan 04 Kürzungen bei den für den Katastrophenschutz vorgesehenen Haushaltssmitteln entnehmen. So wurden die dort veranschlagten Gelder für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für den Katastrophenschutz fast halbiert, die Mittel für das

Landeskatastrophenschutzlager um ein Drittel gekürzt. Das liest sich nicht wie eine Stärkung, sondern vielmehr wie eine Schwächung des Katastrophenschutzes.

In jedem Fall nehmen die Herausforderungen zu. Der Klimawandel sorgt für mehr Extremwetterereignisse. Eine Studie der Universität Mannheim, die ich hier schon mal zitiert habe, kommt auf Extremwetterschäden in Höhe von 326 Millionen Euro allein für das Jahr 2025, allein für Mecklenburg-Vorpommern. Waldbrände, Hochwasser, Stürme – all das sind keine fernen Szenarien mehr, sondern Realität in Mecklenburg-Vorpommern. Und die Einsatzkräfte stehen in der Klimakrise sozusagen an vorderster Front. Was brauchen Feuerwehr und Katastrophenschutz nun also wirklich? Eine moderne Ausrüstung, die den neuen Anforderungen gerecht wird, eine digitale Infrastruktur für schnellere Alarmierung und Koordination, eine Nachwuchsförderung, die junge Menschen für das Ehrenamt begeistert, und vor allem eine verlässliche Finanzierung.

Meine Damen und Herren, 95 Prozent der Feuerwehrleute in Mecklenburg-Vorpommern sind ehrenamtlich tätig. Auch der Katastrophenschutz in Mecklenburg-Vorpommern wird überwiegend mit ehrenamtlichen Helfer/-innen organisiert. Diese Menschen opfern ihre Freizeit, riskieren ihre Gesundheit und manchmal auch ihr Leben für uns alle. Das Mindeste, was wir ihnen schulden, sind Dank und Anerkennung. Als Landesgesetzgeber sind wir zudem dazu verpflichtet, im Katastrophenschutzgesetz und im Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz Regelungen zu schaffen, die den aktuellen Anforderungen gerecht werden, sowie im Landshaushalt für eine aufgabengerechte Finanzierung zu sorgen. Inwieweit das gelingt, werden die kommenden Wochen und Monate zeigen.

Den Feuerwehrfrauen und -männern und den Katastrophenschützer/-innen in unserem Land möchte ich gerne sagen, wir sehen euren Einsatz, wir schätzen eure Arbeit und wir werden uns weiter für bessere Bedingungen einsetzen, nicht nur am Tag des Brandschutzes, sondern jeden Tag.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Antrag stimmen wir zu. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Fraktionsvorsitzende, gestatten Sie jetzt noch schnell eine Zwischenfrage?

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Ich habe Herrn da Cunha so gesehen, dass er noch schnell dazugehuscht ist. Also bitte schön!

Philipp da Cunha, SPD: Ja, vielen Dank! Vielen Dank für die Zwischenfrage! Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Frau Kollegin, vielleicht können Sie am Anfang noch mal uns ein klein bisschen erklären, wir sind etwas verwundert, weil Sie von den Kürzungen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes ... Und wir haben uns auch noch mal rausgesucht, was ja im Innenausschuss besprochen wurde. Da ging es auch darum, dass die Erstattungen an das DRK für Aufbau und Ähnliches um 45.000, 42.000 oder 54.000 Euro steigen, dass die Beschaffung von Katastrophenschutzfahrzeugen um 200.000 Euro erhöht wurde, dass die Beschaffung von Spezialausstattungen für den Katastrophenschutz erhöht wurde um 100.000. Welche konkreten Punkte meinen Sie denn, wo jetzt gekürzt wurde?

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin!

Herr Kollege, das sind Titel, ich habe gerade die genauen Ziffern nicht hier, aber es muss Seite 95 sein im Einzelplan 04, und das sind zwei Titel, die den Katastrophenschutz betreffen, und da sind in der Tat die Kürzungen erfolgt, die ich eben erwähnt habe. Es kann natürlich sein, dass es sich dabei um Umschichtungen handelt, dass diese Mittel dann an anderer Stelle aufgestockt wurden,

(Ralf Mucha, SPD: Aha!)

aber in diesen beiden Titeln sieht man tatsächlich zum einen eine Halbierung bei den Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz und eine Reduzierung um ein Drittel bei den Mitteln für das Landeskatastrophenschutzlager.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Wulff.

David Wulff, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ein Thema, wozu ich natürlich immer gerne spreche, und ich freue mich auch, dass dann SPD und Linke hier noch mal einen Antrag zu dem Thema selber auf den Tisch legen und nicht immer nur warten, bis von uns was kommt. Also ein bisschen Eigeninitiative an dieser Stelle möchte ich erst mal ausdrücklich loben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und René Domke, FDP)

Allerdings, allerdings, vieles wurde schon gesagt und jedes Mal, wo ich denke, ja, da kommt ein Antrag von SPD und Linke zum Thema „Katastrophenschutz und Brandschutz“ und jetzt passiert endlich was, und dann steht da wieder so ein Antrag, wo nicht viel drinsteht. Und ich warte, ich warte wirklich sehnlich auf die Entwürfe zum neuen Katastrophenschutzgesetz, ich warte auf den Entwurf zum neuen Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz, ich warte seit Monaten, wenn nicht sogar Jahren nun endlich auf den finalen Entwurf für das Katastrophenschutzehrenzeichengesetz. Als wir das beim letzten Mal auf der Tagesordnung hatten, dachte ich, da kommt wenigstens gleich der Gesetzentwurf, aber das war auch erst mal nur eine Aufforderung, den irgendwie zu erstellen. Also ich sage mal, schnell wie die Feuerwehr ist die SPD da nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Also da können wir, glaube ich schon, da ist durchaus noch Luft nach oben.

Dennoch, die Würdigung, das wollen wir hier zu schätzen wissen, und ich glaube, die Würdigung kam auch hier bei allen raus. Wenn auch bei Herrn Kramer natürlich wieder alles sehr feuerwehrlastig vorgetragen wurde, möchte ich hier mal wieder die Bresche für den Katastrophenschutz, auch für den weißen Katastrophenschutz an dieser Stelle hervorheben. Und da ist tatsächlich ein Punkt, Frau Oehlrich hat im Haushalt schon ein paar Titel genannt, aber einer, auf den ich auch seit Jahren aufmerksam mache und der mittlerweile auch wirklich zum Problem wird, ist das Thema Übungen.

(Beifall Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Der Titelansatz für die Übungen im Katastrophenschutz ist seit Jahren unverändert, ich will jetzt hier keine Kürzungen vorwerfen, aber der ist seit Jahren unverändert, aber in einer Situation, in einer Lage, wo es viel, viel notwendiger ist, dass unsere Einheiten alle zusammen trainieren, dass sie üben, auf die verschiedensten Lagen sich vorbereiten. Und da rede ich nicht von den Kleinstübungen, die irgendwo in Gruppen vor Ort gemacht werden, sondern von wirklich großen, sehr aufwendigen Übungen, wo dann alle Einheiten aus Katastrophenschutz, Feuerwehr, THW, selbst Bundeswehreinheiten, oder häufig werden solche Übungen auch in den Liegenschaften der Bundeswehr gemacht, auf dem Übungsgelände ... Das ist unglaublich teuer, das ist unglaublich aufwendig, und das Ganze muss aber auch entsprechend finanziert werden. Und deswegen sage ich auch, hier müssen wir gucken, dass wir da in den Haushaltsansatz vernünftig reinkommen, um das gewährleisten zu können.

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP,
Marc Reinhardt, CDU, und
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und auch ein Punkt, der mir in den ganzen Beratungen immer wieder unterkommt, na ja, jetzt müssen wir gucken, dass vom Bund mehr Geld kommt. Meine Damen und

Herren, der Katastrophenschutz, der Zivil- und Katastrophenschutz ist originäre Aufgabe des Landes.

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

An die Kreise haben wir diese Aufgaben auch übertragen, damit sie das in ihrem Wirkungskreis entsprechend auch machen, aber originär liegt die Aufgabe halt beim Land. Und ich habe den Eindruck, dass wir dieser Aufgabe noch nicht vollumfänglich gerecht werden, aber das werden wir mit Zahlen im Haushalt untermauern müssen und dazu an anderer Stelle mehr. Aber grundsätzlich würdigen wir natürlich den Einsatz und stimmen dem Antrag zu.

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt die fraktionslose Abgeordnete Frau van Baal.

Sandy van Baal, fraktionslos: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da ich keinen großen Inhalt in dem Antrag erkenne außer Ankündigungen, möchte ich meine Redezeit dazu verwenden, um über eine Veranstaltung im Sommer zu informieren. Die fand vom 24.08. bis 29.08.

(Torsten Renz, CDU: Zeitzeuge.)

in Langhagen im schönen Landkreis Rostock statt.

(Marc Reinhardt, CDU: Aha!)

Das große Amtszeitlager der Jugendfeuerwehren war es, vom Amtsreich. Über 120 Kinder und Jugendliche aus dem Amt Krakow am See und der Barlachstadt Güstrow haben dort eine Woche lang Teamgeist, Verantwortung und Gemeinschaft erlebt. Dieses Engagement verdient unsere volle Anerkennung, denn hier wächst die nächste Generation von Menschen heran, die nicht fragen, was andere tun, sondern selbst

anpacken, und das freiwillig, mutig und solidarisch. Feuerwehr ist eben nicht nur Technik und Einsatz, sondern gelebte Demokratie. Verantwortung übernehmen, füreinander einstehen, Vertrauen aufbauen – genau das stärkt unser Land.

Mein Dank gilt allen Betreuerinnen und Betreuern, den Organisatoren, den Kommunen und allen Unterstützern und Spendern, die dieses Zeltlager durch Eigeninitiative möglich gemacht haben. Und ich habe mich auch übrigens sehr, sehr, sehr gefreut, dass Herr Minister Pegel zur Eröffnung da war, der Kollege Renz und der Kollege Mucha. Und das ist ein großes Beispiel dafür, was unsere Feuerwehren leisten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Mucha.

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin immer wieder erstaunt darüber,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

wie es die AfD schafft, die guten Programme des Landes beziehungsweise die guten Sachen für die Feuerwehren und die Katastrophenschützer hier herabzuwürdigen.

(Horst Förster, AfD: Das ist ja gar nicht passiert.)

Ich kann mich erinnern ...

Ganz deutlich, ganz deutlich!

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das ist
totaler Quatsch, den Sie hier erzählen!)

Gucken Sie sich mal Ihren Redebeitrag an!

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ich hab zugehört.)

Ich kann mich erinnern, dass der Landesbrandmeister bei verschiedenen Veranstaltungen, unter anderem auch bei dem, was meine Kollegin gerade erwähnt hat, dass wir mittlerweile bei den Freiwilligen Feuerwehren die bestausgestatteten Feuerwehren deutschlandweit sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und, lieber Marc,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Verifizieren Sie auch
Probleme in diesem Land? Sind Sie dazu
fähig, Herr Mucha? Oder machen Sie
hier nur Regierungspropaganda?)

und, lieber Marc, es geht hier nicht darum, einen Schaufensterantrag zu präsentieren, es geht hier darum, heute am Internationalen Tag des Brandschutzes die Feuerwehren und die Katastrophenschützer zu würdigen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und vielleicht noch ein paar Worte zu meinem geschätzten Kollegen der FDP, zu David Wulff, dem wir es auch maßgeblich – das habe ich auch in meinem Redebeitrag gesagt – zu verdanken haben, dass dieses Katastrophenschutzenzeichengesetz kommt. Das betone ich auch gerne noch mal. Und wir sind dabei, es umzusetzen,

(Zuruf von David Wulff, FDP)

aber, lieber David, es geht nicht um Schnelligkeit, es geht um Rechtssicherheit. Es nützt uns nichts, wenn wir hier ein Verfahren anschubsen und danach das nicht rechtssicher ist.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und was lange währt, wird gut, davon gehe ich aus.

(David Wulff, FDP: Sag ich auch.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Laut Statistischem Bundesamt ereignen sich in Deutschland jedes Jahr rund 200.000 Brände in Privathaushalten, meist aus vermeidbaren Gründen durch Kerzen, elektrische Geräte oder den fahrlässigen Umgang mit brennbaren Materialien. Brände stellen damit nach wie vor eine erhebliche Gefahr für Menschenleben und Sachwerte dar, obwohl sie durch einfache Vorsichtsmaßnahmen hätten verhindert werden können.

Daran erinnert uns jährlich der Internationale Tag des Brandschutzes am heutigen 9. Oktober. An diesem Tag wird durch Aufklärungskampagnen, Schulungen und zahlreiche Maßnahmen das Bewusstsein für den Brandschutz geschärft. Gleichzeitig ist der Tag für uns eine Gelegenheit, den zahlreichen Brandschutzkräften in unserem Land unseren aufrichtigen Dank auszusprechen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Klatschen müsst ihr jetzt!)

Doch, meine Damen und Herren, Dank und Anerkennung verdienen die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes nicht nur an diesem Tag, sondern an jedem Tag im Jahr.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Julian Barlen, SPD: Ihr aber auch!)

Ja, vielleicht haben Sie unsere Wertschätzung für die Kameradinnen und Kameraden schon oft gehört,

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD: Genau!)

aber wie heißt es so schön?! Repetitio est mater studiorum.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Fragen Sie mal nach den Zustimmungswerten bei der Feuerwehr!)

Das ist lateinisch und heißt auf Deutsch: Wiederholung ist die Mutter des Lernens.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Manche Wahrheiten dürfen und müssen immer wiederholt werden.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Mit wie vielen Feuerwehrleuten
reden Sie eigentlich so im Alltag?)

Mit über 26.000 haupt- und ehrenamtlichen Kräften leisten die Feuerwehren sowie der Brand- und Katastrophenschutz in Mecklenburg-Vorpommern Herausragendes. Die Zahlen sprechen für sich.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Hinter der Brandmauer
lodert es ja auch lichterloh, Herr Mucha.)

Im Jahr 2024 gab es 37.504 Notfalleinsätze, 14.968 Hilfeleistungen und 7.419 Brandeinsätze. Dabei konnten über 2.000 Menschen und mehr als 1.000 Tiere gerettet werden, Sachwerte in Millionenhöhe geschützt, und das stets unter Inkaufnahme des Risikos für das eigene Leben. Das verdient unsere uneingeschränkte Würdigung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Diesem Engagement bewusst, stehen die Koalitionsfraktionen und die SPD-geführte Landesregierung seit Tag eins fest an der Seite der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Wäre ja auch komisch, wenn nicht.)

Mit dem Programm „Zukunftsfähige Feuerwehr“ wurden über 50 Millionen Euro investiert – das ist hier auch schon mehrfach erwähnt worden – und mehr als 300 moderne Feuerwehrfahrzeuge beschafft. Mit dem Programm „Musterfeuerwehrhaus“ stellte das Land weitere 50 Millionen Euro für Neubauten oder Erweiterung der modernen Feuerwehrhäuser bereit.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wie groß ist denn
der Bedarf im Land? Haben Sie dazu Zahlen?)

Auf Initiative der Koalition wurde die Einführung eines Katastrophenschutz-Ehrenzeichens angestoßen.

Ich muss das noch mal sagen, wenn die Zwischenrufe kommen, ja, der Bedarf ist deutlich höher,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

aber den Bedarf deckt nicht das Land, Träger der Freiwilligen Feuerwehren sind die Kommunen.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ja, und Sie
und Ihre Politik führen zu dieser Situation.)

Zudem engagieren wir uns in zahlreichen Gremien

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ihre Politik
hat zu dieser finanziellen Lage geführt.)

landesweit und überregional im Austausch

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Öffnen Sie doch
mal Ihren Horizont in Ihrer Rede!)

mit Kommunen, Verbänden, Partnerländern, um die Rahmenbedingungen für unsere Feuerwehren und den Katastrophenschutz kontinuierlich zu verbessern.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Verteilungskämpfe, das ist das Ergebnis.)

Das, meine Damen und Herren, ist gute Politik für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Doch wir dürfen uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Es gilt nun, die Errungenschaften der letzten Jahre zu festigen und den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja, ja, ja.)

Deshalb fordern wir

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die Landesregierung auf,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Klappt ja super.)

den begonnenen Dialog und Entwicklungsprozess mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Brandschutzdienststellen, den haupt- und ehrenamtlichen Kräften sowie den Landes- und Kreisfeuerwehrverbänden fortzuführen

(Horst Förster, AfD: Toll!)

und auf dieser Basis sowohl das Katastrophenschutzgesetz als auch das Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz zu novellieren.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sie kriegen ja nicht mal die Brücken saniert mit Ihrem haushaltspolitischen Ansatz.)

Ziel ist es, klare,

(Christine Klingohr, SPD: Wir sind ja auch bei den Feuerwehren und nicht bei den Brücken. –
Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Ziel ist es, ...

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Jan-Phillip Tadsen, AfD –
Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, davon Abstand zu nehmen, dass Sie jetzt Gespräche zwischen den Bänken tätigen. Der Redner steht gerade vor mir, und Herr Mucha hat jetzt das Wort. Ich bitte insofern um Ruhe.

Ralf Mucha, SPD: Schönen Dank, Frau Präsidentin!

Ziel ist es, klare Strukturen, schnelle Abläufe und eine bessere Einbindung aller Akteure sicherzustellen, dem Landtag spätestens im zweiten Quartal 2026 einen Bericht über die Umsetzung der bisherigen Programme und die Fortschritte bei der Modernisierung des Brand- und Katastrophenschutzes vorzulegen

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das fragen wir schon regelmäßig im Ausschuss ab.)

und gegenüber dem Bund und gemeinsam mit den Ländern darauf zu drängen, dass der Bund die Aufholprozesse im Bevölkerungsschutz aktiv unterstützt und die gemeinsam beschlossene Grundgesetzänderung für eine verlässliche Finanzierung dieser Investitionen auch tatsächlich nutzt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesen Maßnahmen ist eines klar: Feuerwehr und Katastrophenschutz genießen in Mecklenburg-Vorpommern höchste Priorität.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Wir stellen sicher, dass die Frauen und Männer, die Tag und Nacht für uns alle im Einsatz sind, auch in Zukunft die Unterstützung und die Anerkennung bekommen, die sie verdienen. Ich bitte Sie daher herzlich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der CDU Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wertschätzung – ganz klar, haben wir alles gesagt. Die Qualität des Antrages spricht für sich.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

Lieber Herr Mucha, du merkst es wahrscheinlich selbst beim Vorlesen, wozu du die Landesregierung aufforderst. Das ist so sperrig, das muss man dreimal lesen, um es überhaupt zu verstehen.

Und es ist doch echt traurig, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie nach vier Jahren Rot-Rot jetzt die Landesregierung auffordern, im Bereich der Feuerwehren etwas zu tun. Wir müssen doch mal zur Kenntnis nehmen, die Jahre davor wurde sehr viel auf den Weg gebracht, das wirkt, das können Sie jetzt immer noch günstig verkaufen. Aber ich will eines an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Aus meiner Erinnerung heraus habe ich Vermerke gelesen vor vier Jahren, da wurde schon auf das eigentliche Problem, auf die eigentliche Herausforderung, darauf aufmerksam gemacht durch die Verwaltung, nämlich die eigentliche Herausforderung sind Menschen, ist die Demografie. Die Babyboomer, wenn die sich in die Rente verabschieden, das wird riesige Auswirkungen haben auf die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr.

Und wenn Sie dann unter III.1 irgendetwas schreiben, die sollen den Dialog fortführen, dann sage ich Ihnen, Sie müssen einmal ganz klar die Herausforderung benennen und dieses Thema endlich angehen, ansonsten werden wir alle gesamtgesellschaftlich ein Riesenproblem bekommen. Und deswegen bin ich etwas erstaunt und auch etwas erschüttert, dass dieses Thema „Einsatzbereitschaft/Demografie“ – nicht heute oder morgen, Ralf, aber in den nächsten drei/vier/fünf/sechs Jahren – nicht angegangen wird. Und deswegen ist das viel zu weich formuliert. Ich hoffe, dass im Hintergrund die Verwaltung weiterarbeitet und dem Minister auch die richtigen Schlüsse aufschreibt, aber dass es dann eines Tages auch die Politik in diesem Landtag erreicht, dass wir daraus die Maßnahmen ableiten, die notwendig sind, um weiterhin unsere Freiwillige Feuerwehr in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern aufgrund ihrer Arbeit zu würdigen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke auf Drucksache 8/5328. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/5328 bei Enthaltung durch die Fraktion der AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten, im Übrigen Zustimmung angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** ...

(Vizepräsidentin Beate Schlupp)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Ärztliche Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern sichern – Besser steuern, bedarfsgerechter ausbilden und neue Versorgungsmodelle etablieren, Drucksache 8/5333.

Antrag der Fraktion der CDU
Ärztliche Versorgung in
Mecklenburg-Vorpommern sichern –
Besser steuern, bedarfsgerechter ausbilden
und neue Versorgungsmodelle etablieren
– Drucksache 8/5333 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten unseren Antrag zu dem Thema der ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern, und ich glaube, niemand in diesem Land und auch niemand in diesem Plenarsaal kann die Augen davor verschließen, dass wir uns hier in eine immer bedrohlichere Situation bewegen. Ja, Sie kennen natürlich die Daten der unversorgten Gebiete mit Fachärzten und Ärzten, und trotzdem haben wir uns aufgemacht, im Rahmen einer Art Befragung die Menschen mal zu Wort kommen zu lassen, wie sie die Situation selbst einschätzen. Und ja, da kann man sagen, das ist ein subjektives Bild, aber das, was uns dort an Rückmeldungen ereilt hat, das hat mich persönlich auch betroffen gemacht. Wir haben über 1.900 Rückmeldungen bekommen, und ich muss sagen, wenn die eine Botschaft ist, gesund sein ist hier Pflicht, dann ist das sehr, sehr vielsagend, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und ich finde es nicht nur emotional ziemlich ergreifend, sondern es wird auch deutlich, dass wir einen massiven Handlungsbedarf haben.

Wir haben ja gestern schon über den Gesetzentwurf der Landesregierung gesprochen, wenn es darum geht, die Landarztquote auszuweiten, meine Damen und Herren, und

ich fand das alles andere als gut. Auch Frau Klingohr, ich spreche Sie mal persönlich an, als meine Kollegin Katy Hoffmeister hier dargelegt hat, seit wie vielen Jahren wir das eingefordert haben, und Sie das einfach so abgetan haben, als wenn das so unser Problem wäre, und ach, es ist vertane Chance und so weiter und so fort. Wissen Sie, was eine vertane Chance ist? Dass wir es nicht gemeinsam schon vor vielen Jahren hinbekommen haben, diese Maßnahme umzusetzen, denn wir wissen ja, wie lange es dauert, dass ein erfolgreicher Medizinstudent dann auch tätig werden kann. Deswegen, muss ich ehrlicherweise sagen, fand ich das alles andere als gut.

Es muss doch unser gemeinsames Interesse sein, dass wir die Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern nach vorne bringen! Und diese,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

diese 1.900 Rückmeldungen, die waren wirklich alarmierend. Das geht so weit, dass Menschen sagen, sie müssen 80 Kilometer zurücklegen nach einer schweren Operation, um in der Nachsorge einen Facharzt zu bekommen, als ein Beispiel. Oder es geht darum, dass man keine Hautärzte findet, keine Augenärzte, auch Allgemeinmediziner. All diese Dinge werden beklagt. Und nun können Sie uns natürlich sagen, ja gut, was hilft uns das weiter, Sie haben da eine Kampagne gefahren parteipolitischer Art, was bringt uns das voran. Ich fand das wichtig, dass man auch einmal klar die Leute zu Wort kommen lässt, wie sie die Situation auch empfinden. Und im Ergebnis haben wir dann einen 10-Punkte-Plan vorgelegt.

Und nun können Sie sagen, das ist alles schon, machen wir alles schon. Aber Sie wissen doch auch, dass nicht alles gemacht wird und dass andere Länder uns deutlich voraus sind. Ich sage Ihnen einige Beispiele. Das eine ist die Anzahl der Studienplätze, über die wir schon hinreichend hier gesprochen haben, die Ausweitung der Landarztquote. Allerdings wissen Sie auch, dass die Gesamtzahl nicht erhöht wird, sondern dass sozusagen Katy Hoffmeister das gestern gut dargestellt hat, dass wir jetzt eine Konkurrenzsituation um die Plätze haben zwischen der fachärztlichen und zahnärztlichen Ausbildung und eben dann auch der allgemeinärztlichen Ausbildung. Man muss die Zahl auch grundsätzlich erhöhen, und ja, wir müssen investieren.

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

Dann sagen Sie wieder, Sie bilden für andere Bundesländer aus. Das mag ja sogar sein, aber ich habe mich auch mit diesen angehenden Ärzten über die Quote der Studierenden unterhalten. Die haben gesagt, es wird zu wenig gemacht, den Versuch zu unternehmen, diejenigen auch in Mecklenburg-Vorpommern zu halten. Da gibt es kaum Initiativen. Und deswegen schlagen wir auch diesen Weg vor, frühzeitig an die Medizinstudenten heranzutreten und eben auch für Mecklenburg-Vorpommern zu werben, für eine Perspektive, eine Berufsperspektive in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eine der Maßnahmen.

Ich will Ihnen einige Punkte weiterhin vorstellen – Katy Hoffmeister wird das nachher auch noch mal ergänzen, weil ich nur sieben Minuten Redezeit habe –, zum Beispiel die Versorgungsbedarfsanalyse nach dem Vorbild Brandenburgs. Wir brauchen endlich belastbare Zahlen, wo in Zukunft welche Fachrichtungen fehlen werden, ambulant, stationär und sektorenübergreifend, nur dann können wir gezielt auch gegensteuern, oder eine Aufhebung der Budgetierung für Zahnärzte in unversorgten Regionen. Es kann doch nicht sein, dass Zahnärzte zusätzliche Patienten ablehnen müssen, weil ihre Leistungen gedeckelt sind, während gleichzeitig Menschen monatelang auf Termine warten.

Ein weiterer Punkt ist die Entbürokratisierungsoffensive, die wir Ihnen vorschlagen, die in diesem Antrag deutlich herausgearbeitet wird. Die Kammern haben längst Vorschläge vorgelegt, wie Praxen entlastet und Abläufe vereinfacht werden können. Hier muss die Landesregierung endlich aktiv werden und diese Vorschläge auf Bundesebene einbringen. Außerdem enthält unser Antrag eine Meldepflicht für freie psychotherapeutische Behandlungsplätze und eine zentrale Terminvermittlung. Psychische Hilfe brauchen immer mehr Menschen, und die dürfen nicht wochenlang in der Warteschleife hängen, meine Damen und Herren. Hier haben wir einen Vorschlag gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)

Das ist keine parteipolitische Polemik. Das sind Vorschläge, die aus der Branche kommen und die an die Politik, an uns alle adressiert werden. Und deswegen ist auch mein Appell, dieses Thema hier nicht in der parteipolitischen Auseinandersetzung ergehen zu lassen, sondern hier gemeinsam konstruktiv dafür zu sorgen, dass wir die Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern voranbringen. Ich glaube, die Menschen erwarten das zu Recht von uns allen, und dieser Verantwortung müssen wir dann auch gerecht werden.

Ich freue mich auf eine konstruktive Debatte, die nicht sich darin nur ergeht, diesen Antrag einfach kaputtzureden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

An dieser Stelle begrüße ich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus Vorpommern-Greifswald. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Sozialministerin Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag widmet sich die Fraktion der CDU der Forderung, die ärztliche Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern. In einer Bürgerbefragung haben sie herausfinden wollen, wo der Schuh drückt.

(Torsten Renz, CDU: Haben wir auch.)

Die Reaktionen neben nicht einsatzfähigen Geräten, insbesondere die Klagen über Fahrtwege und Wartezeiten, kennt die Landesregierung selbstverständlich auch, denn auch uns schreiben die Leute und wir sind im Austausch vor Ort, und das übrigens alltäglich, und nicht nur im Rahmen einer Kampagne.

Ihre Schlussfolgerungen sind richtig, aber wenig neu. Mit einem Maßnahmenbündel ist die Landesregierung seit Jahren aktiv, besser zu steuern, bedarfsgerechter auszubilden und neue Versorgungsmodelle zu etablieren.

Zwei ganz aktuelle Beispiele:

Gestern erst habe ich den Gesetzentwurf zur Begegnung der medizinischen Unterversorgung und/oder drohenden Unterversorgung in ländlichen oder strukturschwachen Regionen im Land Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag eingebracht. Was wir gemeinsam mit dem Landarztgesetz 2020 auf den Weg gebracht haben, wollen wir nun modernisieren, ausbauen und weiterentwickeln. Vieles, was in Ihrem Antrag steht, kommt also demnächst automatisch zur Beratung in den Sozialausschuss.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Zweites Beispiel: Die Verbesserung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit, ambulant und stationär, beschäftigt mich seit meinem Amtsantritt als Gesundheitsministerin. Wir haben hierzu vielfältige Initiativen entwickelt. Die neueste, wir werden nächste Woche im Bundesrat einen Antrag einbringen, der zum Ziel hat, die sektorenübergreifende Vernetzung an Krankenhausstandorten zu verbessern und gleichzeitig die Patientenströme besser zu steuern. Es gibt hierfür bereits sehr gute Beispiele im Land.

Das integrierte Notfallzentrum am Klinikum Südstadt ist ein Vorbild für eine bessere sektorenübergreifende fachliche Zusammenarbeit. Dieses Projekt haben wir mit voller Überzeugung und mit Landesmitteln massiv unterstützt. Dennoch ist die ärztliche Versorgung im niedergelassenen Bereich in erster Linie Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, denn – das wissen Sie genauso gut wie ich – dieser Bereich obliegt der

Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, und wir als Landesregierung haben nur mittelbar Einfluss auf die Situation.

Und die Situation ist durchaus differenzierter, als Sie es darstellen. Auch hier ein Beispiel: Gab es im Jahr 2021 1.156 niedergelassene und angestellte Hausärztinnen und Hausärzte, waren es zum 30.06.2025 1.212.

(Daniel Peters, CDU: Das ist ja richtig.)

Es gibt also nicht eine landesweite stetige Abwärtsbewegung, sondern eine differenzierte Lage.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Klar ist, die Deckung des Fachkräftebedarfs ist eine riesige Herausforderung, gerade für den ländlichen Bereich. Deshalb ist es gut, dass wir alle uns engagieren und um beste Lösungen ringen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass nicht alle Wünsche erfüllbar sind,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

gerade nicht in einem dünn besiedelten Flächenland. Im Rahmen der Krankenkassenbeiträge und der Bedarfsplanungsgrundsätze wird es nicht in jedem Ort einen Diabetologen geben, und es wird auch nicht jeder mit dem Fahrrad zum Zahnarzt fahren können. Die Menge der Ärztinnen und Zahnärzte bemisst sich nun einmal vorrangig nach der Einwohnerzahl, und das ist schlicht unaufrichtig, so zu tun, als könnten wir jeden Wunsch erfüllen.

Und zugleich sehen wir als Landesregierung, dass die Selbstverwaltung noch Luft nach oben hat und dass es steuernder Impulse bedarf. Deshalb sind wir auch da aktiv. Wir gestalten das Krankenhauswesen neu und haben einen besonderen Blick auf Verlässlichkeit der Versorgung, auch in Krisenzeiten.

Wir haben dem Landtag ein neues Heilberufsgesetz vorgelegt und wir möchten, wie erwähnt, das Landarztgesetz durch das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz ablösen. Zudem arbeitet die Landesregierung auch auf den Aufbau einer landesweiten Telemedizin-Plattform hin. Dies erfolgt in unserer Gesundheitskommission. Dort wurde im vergangenen Jahr auch ein Zielbild „Geburtshilfe und Pädiatrie 2030 des Landes MV“ vorgelegt. Auch hier wird auf die Bedeutung von telemedizinischen Angeboten in den konkreten Feldern Geburtshilfe und Pädiatrie abgestellt.

Ein weiterer Arbeitsauftrag beschäftigt sich mit der Etablierung einer telemedizinischen Plattform. Dabei soll zunächst eine einheitliche Plattform im stationären Sektor etabliert werden. Bei der Umsetzung einer entsprechenden Plattform soll darauf geachtet werden, dass die zu erarbeitenden Strukturen in Zukunft für andere Sektoren, also auch den ambulanten Bereich und sektorenübergreifend anschlussfähig sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind also in verschiedenen Projekten dabei, die Versorgungslage in unserem Land zu sichern und zu verbessern. Ein weiteres konkretes Beispiel hierfür ist das im Jahr 2023 gestartete Beratungsangebot für Kommunen „MV Gesund vor Ort“, das gezielt die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen verbessern soll. Gemeinsam mit interessierten Gemeinden, Landkreisen und auch Kommunalpolitikern und potenziellen Trägern ambulanter ärztlicher Versorgungsstrukturen erarbeiten die Beraterinnen und Berater des Rostocker Unternehmens ATI Küste ein individuell passendes Konzept und vernetzen zudem auch Akteure des Gesundheitswesens miteinander. So können Praxisnachfolgen gefunden, aber auch Neuansiedlungen umgesetzt werden. Inzwischen erhielten in der relativ kurzen Zeit bereits mehr als 20 Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern gezielte Unterstützung.

Wir setzen zudem auf den Bund. Und viele Ihrer Vorschläge, geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, sind ja auch in Berlin adressiert. Da bitte ich Sie, Ihren Einfluss bei der neuen Bundesgesundheitsministerin geltend zu machen, etwa beim Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz, das unvollendet geblieben ist und gerade für die Versorgung im ländlichen Bereich eine Verbesserung geboten hätte, zum Beispiel durch die Einführung von Gesundheitskiosken oder auch Primärversorgungszentren.

Gleichzeitig setzen wir uns aber auch für die Reform der ärztlichen Weiterbildung ein, insbesondere, um die Versorgungssituation zu verbessern und die Attraktivität des Arztberufs zu steigern. Eine am Versorgungsbedarf ausgerichtete Steuerung der Weiterbildungsstellen findet in Mecklenburg-Vorpommern schon statt. Ein Beispiel ist die Förderung von Weiterbildungsverbünden in unseren Gesetzgebungsverfahren. Auch die einzelnen Weiterbildungsstellen richten sich schon heute stärker am Versorgungsbedarf aus. So hat die Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern bei der vergangenen Überarbeitung der Weiterbildungsordnung den ambulanten Sektor gestärkt.

Wir wollen gern auch die Bedarfsplanung bei den Zahnärzten wieder einführen, sodass die Zahnärztinnen und Zahnärzte ähnlich wie die Ärzte besser gesteuert werden.

Ich könnte noch weitere Punkte anführen, komme aber zum Schluss und zum letzten Punkt in Ihrem Antrag. Völlig unstrittig zwischen uns ist angesichts des Fachkräftemangels, dass ärztliche Tätigkeiten auf andere Angehörige der Gesundheitsfachberufe übertragen werden. Sie können sicher sein, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzt, die hierfür erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Erstes erfreuliches Zwischenergebnis, mit dem Gesetzentwurf zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege wird ein erster wichtiger Schritt gemacht. Die Kompetenzen der Pflegefachpersonen sollen für die Versorgung stärker genutzt werden, indem sie bestimmte, bisher Ärztinnen und Ärzten vorbehaltene Leistungen erbringen. Ziel ist es, die Versorgung in der Fläche sicherzustellen und dabei Ärzte sowie Pflegefachpersonen zu entlasten. Das Gesetz soll noch im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, wir sind uns in der Analyse und auch in den vorgeschlagenen Maßnahmen in weiten Teilen einig. Der Eindruck, den Sie allerdings mit dem Antrag vermitteln wollen, dass vieles erst angeschoben werden muss, ist falsch. Ich hoffe, dass ich Ihnen das vermitteln konnte. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn de Jesus Fernandes!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Gäste! Die ärztliche Versorgung im Land ist angespannt, und das nicht erst seit gestern. Da sind wir uns sogar einig in diesem Saal. Immer weniger Hausärzte auf dem Land, lange Wartezeiten bei Fachärzten, Ärzte, die keine neuen Patienten mehr aufnehmen, überfüllte Ambulanzen in Kliniken, Patienten, die bis ins nächste Bundesland fahren müssen, das ist die Realität, die viele Bürger täglich erleben, und das in einem Bundesland, das flächenmäßig groß ist, aber strukturell immer weiter ausgedünnt wird. Zugleich wird die Bevölkerung älter, chronische Erkrankungen nehmen zu, und der Bedarf an wohnortnaher, schneller medizinischer Hilfe wächst gerade im ländlichen Raum.

Dass sich die CDU heute mit einem Antrag zur ärztlichen Versorgung zurückmeldet, das begrüßen wir als AfD-Fraktion, denn es braucht dringend neue politische Impulse, aber es braucht auch Einigkeit, gerade von denen, die 15 Jahre lang mit in der Regierung waren, liebe Damen und Herren von der CDU. Die jetzige CDU-Fraktion war über anderthalb Jahrzehnte in Regierungsverantwortung. In dieser Zeit wurden viele Fehlentwicklungen nicht nur übersehen, sondern zum Teil sogar mit verursacht. Die Landarztquote wurde erst auf den letzten Drücker eingeführt, und das dann eben aber auch nur halbherzig. Die drohende Unterversorgung auf dem Land war lange bekannt, aber die Versorgungsplanung wurde nicht modernisiert. Strukturelle Probleme wie die Budgetierung, Investitionsstau und fehlende Niederlassungsanreize wurden ignoriert.

Und in der Opposition? Auch da war wenig zu hören. Zahlreiche Anträge der AfD-Fraktion zur Stärkung des Hausarztberufs, zur Entbürokratisierung, zur Förderung der

medizinischen Studienplätze in M-V, zur regionalen Steuerung der Versorgung wurden entweder abgelehnt oder nicht behandelt. Deshalb ist es heute durchaus bemerkenswert, dass sich auch einige unserer Forderungen, zumindest sinngemäß, nun im CDU-Antrag wiederfinden. Der Antrag benennt zentrale Punkte. Viele davon sind sinnvoll, manche längst überfällig.

Richtig ist der Hinweis auf die Notwendigkeit der stärkeren Verzahnung von ambulant und stationär, denn die Trennung zwischen Sektor A und Sektor B hilft eben niemandem, am wenigsten dem Patienten. Richtig ist auch, dass die Bedarfsplanung überarbeitet werden muss – weg vom starren KV-Modell hin zu einer realitätsnahen regionalen Betrachtung der Versorgungslage.

Auch die Forderung nach mehr medizinischen Studienplätzen, insbesondere mit Praxisbezug in ländlicher Bindung, ist richtig. Das fordern wir als AfD seit Jahren, sei es durch eine echte Landarztquote, Sie erinnern sich sicherlich an unsere Anträge, durch gezielte Förderprogramme oder mehr Praxisnähe im Medizinstudium.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ja, auch mobile Versorgungseinheiten, Gemeindeschwestern, Telemedizin und delegierbare Leistungen sind Bausteine für die Zukunft. Entscheidend ist aber, es braucht ein durchdachtes Gesamtkonzept und keine bloße Auflistung von Schlagworten, Herr Peters. Wir stimmen aber soweit mit der CDU überein, dieser Antrag ist ein erster Schritt.

Meine Damen und Herren, wir als AfD machen keinen Parteienstreit auf dem Rücken der Patienten. Wenn ein Antrag einen Beitrag zur Lösung eines echten Problems leistet, dann unterstützen wir ihn, auch wenn er aus einer Fraktion kommt, die unsere eigenen Initiativen in der Vergangenheit stets und immer konsequent abgelehnt hat.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Die Gesundheitsversorgung der Bürger ist zu wichtig, um sie als parteipolitische Spielchen zu opfern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deswegen sagen wir klar, wir stimmen diesem Antrag zu, auch in der Hoffnung, dass unsere eigenen Vorschläge künftig genauso offen geprüft werden, denn während andere noch von Versorgungssicherheit reden, haben wir bereits gehandelt, mit Vorschlägen zur regionalen Gesundheitsplanung, zur Nachwuchsförderung in der Allgemeinmedizin, zur Entlastung der Arztpraxen von unnötiger Bürokratie, zur Stärkung der Notfallversorgung und auch mit einem Antrag zur Finanzierung der Krankenhäuser. Wir sind bereit, diesen Weg weiterzugehen, konsequent, realistisch und lösungsorientiert.

Der Antrag der CDU ist ein Schritt in die richtige Richtung, es darf aber kein Schaufensterantrag bleiben. Entscheidend ist am Ende, was tatsächlich davon umgesetzt wird. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben einen Anspruch auf flächendeckende, erreichbare und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, ob in Rostock, Ueckermünde, Teterow oder Crivitz. Wir als AfD stehen dafür ein, mit klaren Positionen, realistischen Lösungen und dem Blick für das Wesentliche. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, Die Linke: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen gern, also Ihnen seitens der CDU als Einbringerin, sagen, wie wir über Ihren Antrag denken, wie wir das, was Sie vorgelegt haben, bewerten. Und zunächst möchte ich sagen, dass wir es für sehr verdienstvoll halten, dass Sie gesundheitspolitische Themen hier in das Parlament bringen. Das machen wir jeweils – das haben wir gestern durch das Sozialministerium und Gesundheitsministerium vorgelegt bekommen – durch zwei Gesetze, die wir beraten haben. Wir werden morgen uns über die elektronische Patientenakte verständigen können, eine Initiative

der Koalitionäre. Und Sie haben ebenfalls Themen platziert. Das, wie gesagt, halten wir für verdienstvoll. Sie machen das ja schon eine ganze Weile mit 10-Punkte-Plänen oder 10-Punkte-Vorschlägen,

(Daniel Peters, CDU: Ja.)

wie im April so auch jetzt.

Und was ich Ihnen hoch anrechne, Herr Peters, dass Sie da selbstkritisch vorgetragen haben und gesagt haben, na ja, die Situation ist schon lange bekannt und die Probleme, die wir heute beklagen, hätten wir früher lösen müssen. Das ist ein klares Statement. Weil es ja tatsächlich so ist, halte ich das auch für erwähnenswert, denn die Probleme, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen, und die Herausforderungen, vor denen wir stehen, existieren ja nicht erst seit Antritt dieser SPD-Die-Linke-Regierung, seit 2021, sondern schon vor dem. Bleibt also jetzt zu bewerten und sich anzuschauen, was Sie als 10-Punkte-Plan vorgelegt haben und welche Überlegungen Sie zusammengetragen haben nach den Befragungen und Konsultationen, die Sie hatten.

Da wäre zunächst einmal festzustellen, dass die Analysen, die Sie einfordern, de facto vorliegen. Wir haben kein Erkenntnisproblem. Wir können sogar auf die Kommune genau sagen oder auf die Region genau sagen, wie viele Fachärztinnen und Fachärzte fehlen in welchen medizinischen Bereichen wie viele Hausärztinnen und Hausärzte fehlen.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Und die Zahlen habe ich gestern genannt, damit möchte ich Sie nicht langweilen, um diese Zahlen noch mal aufzurufen. Auch hatte ich darüber gesprochen, was alles unternommen wird, um Ärztinnen und Ärzte zu gewinnen. Die Summen sind erheblich, die zur Verfügung gestellt werden. Sie befinden, wenn man das mal summiert, sich im sechsstelligen Bereich.

Also die Analysen, die Sie fordern, liegen zumindest für den ambulanten Bereich vor und auch für den stationären Bereich, denn wir haben ja gestern das Landeskrankenhausgesetz, das neue, auf den Weg gebracht. Dieses Landeskrankenhausgesetz ist die Voraussetzung für den Landeskrankenhausplan, und Grundlage des Landeskrankenhausplans wiederum ist eine entsprechende Versorgungsbedarfsplanung.

Zu den anderen Punkten muss ich Ihnen sagen, den neuen, die da jetzt noch in Rede stehen, ich will einzelne noch mal herausgreifen, also zum Punkt 3 – der Einsatz, da geht es um die Bedarfsplanung von Zahnärztinnen und Zahnärzten – muss ich Ihnen sagen, das wird gemacht. Sie fordern unter anderem den verstärkten Einsatz von nicht akademischen Gesundheitskräften. Den wollen wir auch. Deswegen haben wir gemeinsam, auf Initiative der Koalitionäre, ja dafür gesorgt, dass die akademische Gesundheitsberufsausbildung faktisch kostenfrei gestellt wird. Und wir haben das damals gemacht in der Erwartung, dass der Bund dann eintritt, wie er es versprochen hat, um die Kosten hierfür zu übernehmen. Das hat er nicht getan, sodass wir ins Obligo gehen und weiter dazu stehen. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern wollen, in nicht akademischen Gesundheitsberufen, dass die nicht noch Geld mitbringen müssen, wenn sie eine entsprechende Ausbildung machen. Wir stehen da zu unserem Wort, und trotz angespannter Finanzlage sorgen wir dafür, dass das auch gehalten wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Sie haben einen interessanten Vorschlag unterbreitet im Punkt 6, zum „landesweiten telemedizinischen Bereitschaftsdienst“. Aus unserer Sicht, der könnte sinnvoll sein, müsste aber natürlich abgegrenzt werden. Also auf welche Bereiche soll sich das beziehen? Wie ordnet sich das strukturell ein?

(Daniel Peters, CDU: Können wir
gern im Ausschuss drüber reden.)

Und ja, ich schließe mal damit ab, dass wir in der Summe Ihre zehn Punkte für qualitativ nicht ausreichend halten, dass wir uns darüber im ...

(Marc Reinhardt, CDU:
Nee, das kanns jetzt aber nicht sein!)

Nein, das ist zu leicht, was Sie abgeliefert haben!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Daniel Peters, CDU:
Das war jetzt aber ein Bruch! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Dr. Terpe.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist das ja ein sehr verwandtes Thema zu dem, was wir gestern hatten im Zusammenhang mit der Einbringung des Gesetzes. Deswegen werde ich manche Sachen auch gar nicht wiederholen. Wir sind uns ja in der sozusagen Einschätzung der Problemlage, glaube ich, insgesamt irgendwie einig, und ich gehe jetzt auf den vorliegenden Antrag der CDU ein und sage zunächst, dass eine Reihe von Punkten die richtige Richtung anzeigt. Die unterscheiden sich manchmal auch nicht großartig von den gestrigen Diskussionen.

Ich gehe zunächst auf die Versorgungsbedarfsanalyse ein, die man ambulant, stationär und sektorenübergreifend denken muss. Das unterstützen wir natürlich

selbstverständlich und glauben auch, dass da Zeit auf der Strecke geblieben ist, weil wir das ja schon lange diskutieren. Und vor allen Dingen legen wir auch in der Analyse einen Schwerpunkt darauf, dass das regional passiert, also nicht landkreisbezogen oder auf das ganze Bundesland, sondern gerade die regionale Versorgungsplanung ist ganz wichtig, weil man auch regional diese Vernetzung machen kann.

Die Forderung nach weniger Bürokratie im Gesundheitswesen teilen wir ebenfalls, und da geht es Ihnen ja vor allen Dingen um Dokumentationszwänge. Ich denke, das geht vor allen Dingen auch um unnötige überbordende Dokumentationszwänge, und ich erlaube mir die Bemerkung, dass medizinische Dokumentation aber eine unerlässliche Notwendigkeit darstellt. Also man darf sich da auch nicht täuschen, dass wir keine Dokumentation von Anamnese und solchen Sachen machen, weil das die medizinische Versorgung schwächen würde.

Zur Thematik der kommunalen Versorgungszentren: Da ist es wichtig, dass man natürlich tatsächlich auch auf Modellprojekte zurückguckt. Wir wissen ja alle, dass es schon vor Jahrzehnten Gesundheitsregionen in Baden-Württemberg gegeben hat, und so was muss man sich da vorstellen. Es muss nicht ein Haus sein, aber es muss eine Region sein, die praktisch entweder ein tatsächliches oder virtuelles Gesundheitszentrum darstellt.

Zur Landarztquote ist gestern eine ganze Menge gesagt worden. Wir fügen da an, dass es vor allen Dingen auch um attraktive Rahmenbedingungen geht. Also alleine mit so einer Art verbindlichem Zwang, hatte ich ja gestern schon gesagt, wird man nicht weit kommen. Und ich erlaube mir die Bemerkung, dass es, glaube ich, auch gut wäre, wenn die Landesregierung sich dafür einsetzt, dass wir tatsächlich auch mehr ausbilden im Lande und uns das auch von der Bundesebene honorieren lassen. Also wer ausbildet, muss auch sozusagen die Gelder dafür haben, und das ist eine ganz wichtige Sache. Gesundheitsberufe zu stärken, hatten wir ja auch schon gehört, verbindet uns dann ja jetzt eigentlich alle. Wenn wir die Punkte ernst nehmen, dann schaffen wir die Versorgung, die mehr als nur ein Flickenteppich ist.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen sollten. Und in diesem Sinne – gemeinsam heißt auch fraktionsübergreifend –, und in

diesem Sinne unterstützen wir den CDU-Antrag, damit er Teil der Diskussion um die Gesetzgebung über die Gesundheitsversorgung in unversorgten Gebieten in M-V wird. Und wir gestatten uns zu beantragen, dass dieser Antrag eben auch beigegeben wird in den Ausschüssen zu dieser Gesetzgebung.

Und in diesem Sinne, im Sinne der fraktionsübergreifenden Arbeit stimmen wir auch dem Antrag insgesamt zu, weil wir dort eine gemeinsame Basis finden, von der aus wir sozusagen Entscheidungen auch für das Gesetz machen sollen, denn es ist, glaube ich, bei keinem die ideale Lösung bisher, und wir müssen letztendlich nachher einen guten Kompromiss schaffen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Damit ich Ihren Überweisungsvorschlag korrekt aufrufen kann, also die Frage: Wir überweisen federführend in den Sozialausschuss, überweisen wir noch an einen anderen Ausschuss, weil Sie „Ausschüsse“ gesagt haben?

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Okay, okay! Also Überweisung Sozialausschuss.

Da das geklärt ist, rufe ich jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Klingohr auf.

Christine Klingohr, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Und, Herr Peters, weil Sie mich persönlich angesprochen haben, auch sehr geehrter Herr Peters! Ich stimme Ihnen zu, die gesundheitliche Versorgung in Mecklenburg-

Vorpommern ist ein Thema, um das wir uns alle gemeinsam kümmern müssen. Das steht außer Frage.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Auch ich möchte hier mit meinem Wortbeitrag dazu beitragen, Ihnen aufzuzeigen, an welchen Stellschrauben wir arbeiten, an welchen Stellschrauben wir weiter drehen müssen, aber will auch mit Ihnen darüber diskutieren, was wir anders sehen als Sie. Und da schließe ich nahtlos an gestern an.

Herr Dr. Terpe hat es eben auch ganz geschickt in seiner Rede gehabt, nämlich es geht noch mal um die Studienplätze. Und Dr. Terpe hat eben ausgeführt, wenn wir mehr ausbilden, dann sollen wir es auch vom Bund honoriert bekommen. Menschenkinder, coole Idee, aber wir haben als Mecklenburg-Vorpommern dann genau diese Finanzen nicht in unserer Landeskasse! Und genau deshalb haben wir gestern schon hier vorgetragen, dass wir circa 400 Studienplätze im Bereich der Humanmedizin zur Verfügung haben, und gemessen an der Bevölkerung ist das der zweithöchste Wert im Vergleich aller Bundesländer.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Wir tragen folglich vergleichsweise hohe Kosten und bilden einen erheblichen Teil der Ärztinnen und Ärzte für andere Bundesländer aus.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Es ist überhaupt nicht plausibel oder zielführend, dieses Ungleichgewicht weiter zu verstärken und neue Studienplätze zu schaffen, die viel Geld kosten, aber keinen direkten Nutzen für Mecklenburg-Vorpommern bringen.

Und auch gestern habe ich bereits aus dem Gutachten „Unimed MV 2030“ ausgeführt, dass dort klar festgehalten wird, dass Fachkräftegewinnungsinitiativen nicht allein auf eine Erhöhung der Anzahl der Plätze zielen dürfen, da es im Augenblick nicht gelingt, genug Absolventen nach dem Studium tatsächlich an Mecklenburg-Vorpommern zu

binden. Auch das haben Sie angesprochen. So viel sei aber erst mal zu dem Aspekt der Erhöhung der Studienplatzzahlen gesagt, den der vorliegende Antrag thematisiert. Entscheidend – und da sind wir uns auch einig – ist also vielmehr, dass wir dafür sorgen, dass mehr Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss ihres Studiums bei uns im Land bleiben und eine berufliche Tätigkeit hier bei uns aufnehmen.

Ich will daher vortragen, was in diesem Bereich derzeit weiter auf den Weg gebracht wird. Über die Ausweitung des Landarztgesetzes zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz wurde bereits von der Ministerin ausgeführt, und wir haben gestern ausführlich dazu diskutiert. Dieser Schritt ist auch unbestritten sehr gut für unser Land. Darüber hinaus möchten wir bei den Zielvereinbarungen für die Universitäten hier im Land ansetzen, damit die Gewinnung von Absolventen direkt an den Hochschulen eingeplant wird.

Auch eine Maßnahme in diese Richtung soll die Neustrukturierung der Begleitung des praktischen Jahres sein. Dazu gehört der Ausbau von Mentoringangeboten sowie ergänzenden Kurs- und Schulungsangeboten.

Weitere Aspekte des Antrages sind Patientensteuerung und Entbürokratisierung. Und Sie schlagen eine stärkere Vernetzung durch Gesundheitskonferenzen und den Ausbau telemedizinischer Anwendungen vor.

Um zunächst auf die Vernetzung einzugehen, bereits im April 2022, auf Beschlussfassung des Landtages, wurde die Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen. Diese setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens, wie der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landeskrankenausgesellschaft, Patientenvertretung, Kommunen, der Wissenschaft und der Praxis sowie des Gesundheitsministeriums, zusammen. In diesen Sitzungen evaluieren die Expertinnen und Experten, genauso, wie Sie es auch mit den Bürgerinnen und Bürgern gemacht haben, mögliche Optionen und erstellen Konzepte mit Handlungsempfehlungen zu genau diesen Bereichen. Durch den regelmäßigen Austausch und die gemeinsame Arbeit an den Handlungsempfehlungen der

Gesundheitskommission wird die Vernetzung und Zusammenarbeit der Partner im Gesundheitswesen gefördert.

Zum Thema Entbürokratisierung wurde sich in der Kommission darauf geeinigt, dass unter Leitung des Sozialministeriums Hebammen, Ärzte und Krankenversicherungen einen Katalog mit bestehenden bürokratischen Hürden und damit verbundenen Lösungsvorschlägen erstellen. Hier läuft aktuell eine Maßnahme, von der wir uns eine große Wirkung erhoffen.

Kommen wir zum nächsten Punkt, der Telemedizin. Das Land hat sich infolge auch eines Arbeitsauftrages der Gesundheitskommission auf den Weg gemacht, dass alle Krankenhäuser in M-V miteinander Telekonsile abhalten können. Aufbauend auf eine erste Machbarkeitsstudie wurde eine Projektkonzeption erstellt. Nun ist geplant, eine Telekonsilplattform M-V aufzubauen, damit alle Krankenhäuser in M-V Telekonsile miteinander abhalten können. Dies soll dazu beitragen, den fachlichen Austausch zu verbessern, den Zugang zu erleichtern sowie die Qualität der Diagnostik und Therapieentscheidungen zu steigern.

Sie alle kennen zudem aus meinem Heimatlandkreis Ludwigslust-Parchim, der sich mit den aktuellen Herausforderungen der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum auseinandersetzt, das Projekt „LuP-Regio“. Der Rückgang der Hausarztdichte, der zunehmende Fachkräftemangel in der Pflege, ein steigender Anteil älterer und chronisch kranker Menschen sowie verschiedene Hürden, wie weite Fahrtwege oder lange Wartezeiten auf Facharzttermine, macht neue Lösungen notwendig. Am Beispiel des Krankenhauses in Crivitz wird eine wohnortnahe Leistungsstruktur erprobt, die auf eine Bevölkerung mit einem hohen Anteil älterer Menschen zugeschnitten ist. Zu diesem Zweck werden zurzeit eine ambulante fachärztliche Grundversorgung sowie integrierte Mobilitätsangebote, wie ein bedarfsgerechter Transport zum Behandlungsort, aufgebaut. Weiterhin wird dieses Krankenhaus mittels digitaler Schnittstellen mit umliegenden Krankenhäusern vernetzt, sodass bei Bedarf über telemedizinische Beratungen und Fallkonferenzen ein Austausch zwischen verschiedenen Disziplinen möglich ist. Zudem werden Community Health Nursing, also speziell ausgebildete Pflegefachkräfte, die ambulanten, präventiven und gesundheitsfördernden Leistungen im Versorgungszentrum koordinieren. Hier haben

wir ein Projekt in M-V, dessen Erkenntnisse für das ganze Bundesland genutzt werden könnten.

Und mein Kollege Torsten Koplin hat es angesprochen, die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe, 3,2 Millionen Euro jährlich stellen wir bereit, auch im nächsten Doppelhaushalt. Ich finde, das ist eine kluge, eine richtige, eine weitreichende und umsichtige Verantwortung, mit der wir die Gesundheitsfachberufe stärken, auch wenn der Bund genau jetzt in diese Finanzierung nicht eingestiegen ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Sehr geehrte Damen und Herren, vor dem Hintergrund all dieser Aktivitäten können wir nur bestätigen, dass der heute vorgelegte Antrag ganz grundsätzlich sehr wichtige Themen anschneidet. Wir haben uns diesen Themen auch in der Tiefe gewidmet. So gut gemeint einige Vorschläge sein mögen, sie gehen aktuell an der Realisierbarkeit auf Landesebene vorbei.

Ich will aber gerne auch noch eigene Vorschläge machen, für die Sie sich mit uns gemeinsam auf Bundesebene einsetzen können. Sie schlagen vor, eine Meldepflicht für freie psychotherapeutische Behandlungsplätze und eine zentrale Terminvermittlung einzureichen. Das ist eine exzellente Forderung, um auf die Bundesgesundheitsministerin zuzugehen. In diesem Zuge nehmen Sie gerne folgende Vorschläge mit:

(Katy Hoffmeister, CDU: Änderungsantrag!)

Es sollte unter Beteiligung des Bundes eine Vereinbarung getroffen werden, dass sich alle Bundesländer gemäß ihrer Bevölkerungszahlen an der Bereitstellung und Finanzierung von Medizinstudienplätzen beteiligen. Dadurch könnten bundesweit mehr Studienplätze geschaffen werden, und die Kosten würden fair verteilt werden. Herr Dr. Terpe hat es angeschnitten.

(Beifall Philipp da Cunha, SPD)

Auf Bundesebene sollte eine eigene Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten beschlossen werden, so, wie es ursprünglich durch die Ampelregierung bereits geplant war. Die gesonderte Beplanung dieser Arztgruppe sollte zukünftig eine zielgenauere Steuerung der Niederlassungsmöglichkeiten ermöglichen, um den Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung für Kinder und Jugendliche flächendeckend zu verbessern.

Sie sehen, viele wichtige Maßnahmen befinden sich aktuell sowohl in der Umsetzung, aber wir haben auch gemeinsam noch einen weiten Weg vor uns. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine Zwischen- oder jetzt mittlerweile Frage des Abgeordneten Stein?

Christine Klingohr, SPD: Herr Stein, bitte!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Thore Stein, AfD: Danke schön, Frau Präsidentin!

Werte Frau Kollegin, ich bin jetzt Ihren Ausführungen gefolgt. Jetzt habe ich eine Frage. Sie haben das Problem der Ärzteabwanderung, und zwar nicht aus dem Bundesland in andere Bundesländer, sondern die Abwanderung der Ärzte ins Ausland überhaupt nicht thematisiert. Und da würde mich mal interessieren, was sind denn die Ansätze Ihrer Partei nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, auch bundesweit. Das spielt ja alles zusammen, diese Abwanderung, die ja eines der Hauptprobleme darstellt, den Ärztemangel in den Griff zu bekommen. Also worin sehen Sie denn die Probleme?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Frau Abgeordnete!

Christine Klingohr, SPD: Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter, das ist nicht mein Thema heute.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich habe keinen Anlass zu befürchten, dass Ärzte ins Ausland gehen und hier für uns nicht zur Verfügung stehen. Es geht darum, die Ärzte, die wir hier ausbilden, in diesem Land zu halten und hier bei uns in M-V anzudocken. Und da sind wir gemeinsam unterwegs mit verschiedenen Strategien, so, wie ich sie eben hier vorgestellt habe.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP die Abgeordnete Frau Becker-Hornickel.

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Jeden Tag klingelt in den Praxen Mecklenburg-Vorpommerns das Telefon ununterbrochen. Man hat ja schon Glück, wenn man nicht auf einen Anrufbeantworter überwiesen wird. Patientinnen und Patienten rufen an, oft verzweifelt, weil sie dringend einen Termin brauchen. Die Ärzte und medizinisches Personal stehen unter Druck, Wartelisten wachsen, die Wege werden länger und die Menschen spüren, dass unsere medizinische Versorgung an ihre Grenzen stößt.

Und, Frau Ministerin, es geht doch nicht darum, mit dem Fahrrad zum Zahnarzt zu fahren, es geht darum, einen Termin zu bekommen, schnelle Hilfe zu erfahren,

(Beifall René Domke, FDP)

und der Rest wird dann schon organisiert.

Und oft fehlt zum Termin ein Folgetermin, um die oft lebenswichtige Organisation ... Entschuldigung, wie heißt es jetzt? Das Wort ist weg.

Es geht darum, dass die Behandlung schlicht und einfach weitergehen kann. Im Moment habe ich dort im persönlichen Umfeld Probleme, die muss ich mitansehen. Ich hätte nie geglaubt, dass es wirklich so schlimm ist. Und vor diesem Hintergrund begrüßen wir diesen Antrag der CDU und den Ihnen bekannten 10-Punkte-Plan zur Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung in M-V, auch von der CDU-Fraktion. Neben den Forderungen nach mehr Studienplätzen ist doch besonders wichtig die Forderung nach sektorenübergreifender Versorgung und die Stärkung kommunaler Versorgungszentren. Wir brauchen pragmatische Lösungen, die direkt an der Realität der Menschen ansetzen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bedarfsplanung, Telemedizin, Bürokratieentlastung und zur Nutzung von Modellprojekten finden unsere Zustimmung. Sie zeigen doch, wir müssen Innovationen fördern, Fachkräfte gewinnen und langfristig binden, um die medizinische Versorgung im Land stabil zu halten. Natürlich reicht es nicht, nur Maßnahmen zu beschließen. Papier ist geduldig, aber wir müssen sicherstellen, dass sie umgesetzt werden und dass Anreize statt starre Regulierungen im Mittelpunkt stehen. Genau hier setzt die liberale Sichtweise an, Eigenverantwortung, Flexibilität und Kreativität in den Praxen ermöglichen, statt neue bürokratische Hürden zu schaffen.

Wir stimmen diesem Antrag zu. Und ich sage auch hier, wenn Sie so oft betont haben, von diesem 10-Punkte-Plan ist das gut, ist das gut, haben wir ja schon, wo ist denn das Hindernis, sich weiter mit diesem Plan zu beschäftigen?

(Beifall René Domke, FDP)

Und ich denke, oder vielmehr wir würden oder werden einer Überweisung in den entsprechenden Ausschuss zustimmen wie auch ansonsten diesem Antrag. – Danke!

(Beifall René Domke, FDP)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Um das Wort gebeten hat noch mal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Stein.

Thore Stein, AfD: Frau Präsidentin, danke schön! Ich wollte natürlich nicht Frau Hoffmeister die Möglichkeit nehmen, das Thema abzuschließen. Es ist ja ein CDU-Antrag.

Frau Klingohr, nur eine Anmerkung zu Ihrer Antwort auf meine Frage: Sie stellen sich hier hin als gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und sagen, es ist nicht Ihr Thema, dass in diesem Land die Ärzte mit den Füßen abstimmen und jedes Jahr in Deutschland bis zu 3.000 Ärzte das Land verlassen und bessere Möglichkeiten im Ausland suchen. Und da können Sie noch so viele Maßnahmen hier ergreifen ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Es wäre auch schön, wenn Sie kurz zuhören!

Dann können Sie noch so viele Maßnahmen ergreifen, wenn aber hinten raus die Ärzte,

(Andreas Butzki, SPD: Und wie viel
Ärzte kommen ins Land rein?)

die wir hier ausbilden, wegläufen, das ist ein Riesenproblem, und – Herr Butzki, Ihr Zwischenruf – es kommen weniger ins Land als wegläufen.

Und hinzu kommt weiterhin noch, dass wir massive Sprachbarrieren haben, wenn die Ärzte insbesondere aus dem osteuropäischen Raum kommen.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Das heißt, sorgen Sie dafür, dass die Ärzte, die wir hier ausbilden, auch gerne hier im Land bleiben, dann haben wir die Probleme nämlich nicht mehr in dem Maße.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Petra Federau, AfD: Genau, richtig!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Krüger? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Krüger!

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, können Sie mir vielleicht die Frage beantworten vor dem Hintergrund, dass Ihre Partei, Ihre Fraktion ja sehr gerne Menschen aus Syrien wieder zurückführen wollen würde, wie viele syrische Ärztinnen und Ärzte es in Deutschland gibt?

Thore Stein, AfD: Natürlich weiß ich nicht, wie viele syrische Ärzte es gegenwärtig in Deutschland gibt.

Thomas Krüger, SPD: 5.800. – Herzlichen Dank! **Thore Stein**, AfD: Das ist ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Der Abgeordnete Thore Stein
wendet sich an das Präsidium. –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: So arrogant!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also ich bin ja, also so schnell bin ich jetzt noch nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Also, Herr Krüger, Fragen, die man sich selber beantwortet ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Jetzt bitte ich mal um Ruhe, sonst kann ich hier nicht ausführen!

Fragen, die man sich selbst beantwortet, sind eigentlich so nicht gedacht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Unsere Geschäftsordnung setzt voraus, dass die Frage dann durch denjenigen beantwortet wird, dem die Frage gestellt wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Keine Kommentare bitte, meine Hinweise sind so aufzunehmen! Wir können das gerne nachher bilateral klären.

(Thomas Krüger, SPD: Können wir gerne.)

Also es ist jetzt meine letzte Warnung! Wenn ich jetzt noch einen Kommentar höre, dann gibt es auch einen Ordnungsruf dafür, weil wir haben eine Geschäftsordnung, die haben wir uns alle gegeben. Und jeder Abgeordnete ist gehalten, sich an die Geschäftsordnung zu halten. Und wenn ich dazu Hinweise gebe und auch noch ein bilaterales Gespräch anbiete, dann, denke ich mal, ist dem nichts mehr hinzuzufügen.

So, und ich gehe jetzt nicht davon aus, dass Herr Stein diese Frage beantworten will, aber er hat die eine Minute als Antwort, und die gebe ich ihm jetzt auch.

Bitte schön, Herr Stein!

Thore Stein, AfD: Danke schön!

Nein, natürlich kann ich diese Zahl nicht aus dem Ärmel schütteln. Sie haben sie ja auch gerade wahrscheinlich nachgeschlagen. Aber, Herr Krüger, Sie verkennen dabei eins: Wo fehlen diese Ärzte denn, wo fehlen diese 5.000 Ärzte denn?! Die fehlen in Syrien.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.)

Und das gehört zur ganzen Wahrheit der Zuwanderung von ärztlichem Fachpersonal aus dem Ausland auch dazu. Die fehlen nämlich auch vor Ort. Und die Frage können Sie ja auch mal beantworten, wie human das denn ist bitte schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Hoffmeister.

Katy Hoffmeister, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich könnte die Debatte jetzt eigentlich beenden. Ich glaube, wir sind uns ziemlich einig in der Sache. Und wir wissen eigentlich auch, dass die Maßnahmen, die heute hier diskutiert worden sind, zwingend und notwendig sind in bestimmten Zeitabschnitten. Und sie sind eine Folge von Debatten, die wir hier mehrfach geführt haben, auf Antrag der CDU-Fraktion letztens. Ich glaube – ich habe noch einmal nachgeguckt, weil wir gerade bei Zahlen waren –, wir haben 20 Anträge in den letzten sechs Monaten gestellt zum Thema Gesundheit. Wir haben übrigens heute keinen Antrag gestellt – das will ich deutlich sagen – zum Thema „Ausweitung der Studienplätze“. Vielleicht ist es Ihnen aufgefallen.

Ich freue mich aber, dass Sie inzwischen alle damit verhaftet sind, dass wir diejenigen sind, die sagen, dass wir zwingend Studienkapazitäten aufbauen wollen. Das beruhigt mich in gewisser Weise. Ich hätte allerdings noch neben der Frage der Finanzierbarkeit, wenn ich denn diese Thematik diskutiert hätte, gleichzeitig natürlich gesagt, dass es dabei auch darum geht, die Landarztquote dann auszuweiten, denn wir haben ja, wie wir gestern diskutiert haben, eigentlich das Thema, dass wir von den 7,8 Prozent Studienplätzen, die wir jetzt für Hausärzte ausweiten, 10 Prozent auch verwenden können. Insofern hätte es da auch eine Debatte geben können, aber die will ich mit Ihnen gar nicht führen. Ich will mit Ihnen eine Debatte führen, wie wichtig

es ist, spürbare Verbesserungen zu schaffen für den Bereich der ärztlichen Versorgung und vor allem planerisch für die Zukunft dieses Themas noch stärker in den Blick zu nehmen.

Und, sehr geehrter Herr Kollege Koplin, Sie haben gesagt, wir wissen, wie die Situation ist, und wir bräuchten keine Bedarfsanalyse, und da muss ich Ihnen sagen, doch, wir brauchen sie, und zwar aus zweierlei Gründen, mindestens zweierlei Gründen und auf mindestens zweierlei Ebenen. Die erste Ebene ist, um die aktuelle Situation abzubilden. Aber die zweite Voraussetzung wäre, auch mit Blick auf die Zukunft die demografische Entwicklung der Region in den Blick zu nehmen, sowohl was die Möglichkeit der Ärzte betrifft, allerdings eben auch der Bevölkerung betrifft. Und deshalb, glaube ich, haben wir hier eine Dimension, also den Iststand abzubilden und im Moment die demografische Entwicklung vorherzusehen, und auf der anderen Seite die Situation noch mal gemeinsam übereinanderzulegen. Denn natürlich wissen wir, also diejenigen, die einen Versorgungsauftrag haben, nämlich die Kassenärztliche Vereinigung kann das durchaus für den hausärztlichen/fachärztlichen Bereich sagen.

Ich bin sehr sicher, dass das Sozialministerium zusammen mit der Landeskrankenhausgesellschaft abbilden kann, wie die Versorgung mit Krankenhäusern abgedeckt ist. Und wir sind auch sicher, dass wir über den Rettungsdienst verschiedene Ebenen genauso erfassen können. Wichtig wäre, und deshalb ist mein Ansatz der zu sagen, wir brauchen eine Bedarfsanalyse, genau diese übereinanderzulegen, um zu gucken, ob wir überall grüne Bereiche haben oder ob wir möglicherweise inzwischen weiße Flecken jetzt haben oder aber für die Zukunft produzieren, wenn wir nicht anders gegensteuern.

Deswegen bin ich meinem Kollegen Harald Terpe auch sehr dankbar, der gesagt hat, es ist wichtig, in Regionen zu denken. Wenn man so eine Bedarfsanalyse hat, wenn man sie für die Zukunft analysieren kann, dann ist es aus meiner Sicht wichtig, Regionen zu bilden, um genau dort anzusetzen, um dort Maßnahmen zu setzen. Und dabei kann es sicherlich hilfreich sein, das, was derzeit läuft, dass Kommunen also unmittelbar und direkt unterstützt werden. Aber das ist dann eine gemeinsame, übereinandergelegte, zusammenfassende Analyse, die aus meiner Sicht unabwendbar ist. Und die brauchen wir aus meiner Sicht zwingend.

Ich komme noch zurück zum Thema „Telemedizinische Plattformen und stationäre Plattformen“. Das ist alles gut und schön, ich hätte Sie am liebsten gleich gefragt mit einer Zwischenfrage, sehr geehrte Frau Ministerin, denn es ist ja eine Forderung aus der Enquete-Kommission der letzten Legislaturperiode, unter anderem, wann wir denn so weit sind. Ich mag Arbeit gerne und ich finde auch Arbeitsstände wichtig zu debattieren. Wichtig wäre, dass wir am Ende auch dazu kommen zu wissen, wie der Zeitplan aussieht, denn andere Bundesländer, wie beispielsweise Niedersachsen, machen es uns ja im Moment vor, landesweit telemedizinischen Bereitschaftsdienst zu gewährleisten. Und das wäre eine wichtige und notwendige Botschaft, die auch in diesem Land aus meiner Sicht zwingend wäre.

Wenn wir über die Frage reden, wie können wir besser nicht medizinisches Personal einbinden, dann ist es natürlich legitim, in diesem Zusammenhang durchaus die Ausbildungsgeldfreiheit noch mal und noch mal zu loben. Aber, meine Damen und Herren, das ist ja nicht des Pudels Kern. Des Pudels Kern könnte sein, wie sieht es denn aus mit Delegation und Substitution von ärztlichen Leistungen und wie kann man dort idealerweise für das gesamte Land flächendeckend auch Möglichkeiten und Optionen schaffen.

Und ich erinnere uns alle gemeinsam, jedenfalls unsere Gesundheitspolitiker daran, wie wir in den Austausch mit den Heilberufekammern gegangen sind, und zwar insbesondere im letzten Jahr, und wie wichtig es den Kollegen dort war, uns mitzugeben, welche Möglichkeiten wir hätten, um tatsächlich Bürokratie sehr detailliert zu reduzieren. Und man hat uns Kataloge mitgegeben, die sich in Teilen natürlich an den Bund richten, aber eben auch an das Land. Und insofern bitte ich Sie, das nicht außer Acht zu lassen. Wir könnten selbstverständlich detailreich selbst alle Anträge noch mal hier formulieren, aber es wäre doch vielleicht klug und sinnvoll, wenn wir uns darüber gemeinsam im Sozialausschuss verständigen und gemeinsam möglicherweise Dinge transportieren, um das auch zu erreichen. Und daran habe ich ein großes Interesse, mit Ihnen gemeinsam insoweit voranzukommen.

Ich sehe gerade, dass meine Zeit ein wenig dahinweicht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Deswegen meine herzliche Bitte ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Eine Minute mehr.

Katy Hoffmeister, CDU: Deswegen meine herzliche Bitte und mein Hinweis und meine Unterstützungsbitte für das Gesuch von unserem Kollegen Harald Terpe – wenn er es nicht getan hätte, hätte ich es getan –, nämlich den Antrag zu überweisen, um gemeinsam diese Themen und viele andere, die auf der Hand liegen, zu diskutieren und dieses Land voranzubringen. – Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Abgeordnete, zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion Die Linke.

Bitte schön, Herr Koplin!

Torsten Koplin, Die Linke: Frau Präsidentin! Frau Kollegin! Vielen Dank!

Ich will der Intervention vorausschicken, dass ich die Bemühungen und Anstrengungen, die Sie in gesundheitspolitischer Hinsicht unternehmen, sehr wertschätze. Das, was Sie jetzt entgegnen, wo Sie sagen, na ja, also eigentlich geht es um das Übereinanderlegen von Analysen, das ist dem Antrag nicht zu entnehmen. Das wäre ja eine Matrix. Wir haben jetzt auf den Antrag abgestellt.

Und Sie hatten die Erwiderung auf die Ministerin, wo es um Empfehlungen der Gesundheitskommission hinsichtlich der Telematik geht, abgestellt. Und bei Ihnen steht aber nicht der Bezug darauf, sondern da geht es um einen telemedizinischen Bereitschaftsdienst. Auch das ist eine andere Kategorie.

Insofern ist das aus meiner Sicht gerechtfertigt zu sagen, a) also wir lehnen den Antrag ab, weil viele Dinge bereits bestehen und im Laufen sind. Für andere Dinge, für die

Übernahme von Modellprojekten in den Regelbetrieb sind wir nicht zuständig. Das macht der G-BA. Und andere Dinge, ich hatte darauf abgestellt, das ist nicht klar umschrieben und deswegen nicht hinreichend, um zu sagen, ja, darüber können wir jetzt qualifiziert im Ausschuss sprechen. Das wollte ich Ihnen gerne intervenierend sagen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Möchten Sie darauf antworten?

Katy Hoffmeister, CDU: Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön!

Katy Hoffmeister, CDU: Herr Kollege Koplin, Sie weichen aus, aber ich kann das in Ihrer Argumentation durchaus nachvollziehen. Sie wollen sich damit nicht auseinandersetzen. Wenn ich auf die Versorgungsbedarfsanalyse unserer Ziffer 1 unter Punkt II abstelle, dann gehe ich davon aus, dass genauso wie ich also Sie wissen, dass das Land Brandenburg so eine Versorgungsbedarfsanalyse bereits getätigter hat und dass wir uns möglicherweise genau daran anlehnen können, um eine solche zu erstellen. Es ist aber kein Problem, ich formuliere es Ihnen beim nächsten Mal deutlicher. Also ganz deutlich, dann sind Sie vielleicht in der Lage, dem zuzustimmen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Wenn wir über telemedizinische Plattformen reden, dann ist das nur ein Beispiel, wie telemedizinisch unser Land aufgestellt werden kann.

Ich erkenne durchaus an, also Ihre beiden derzeit laufenden Projekte, aber es schließt das eine das andere ja nicht aus, um möglicherweise über alle drei Projekte, jedenfalls unter unserer Ziffer, hier zu diskutieren. Und ich würde Sie trotzdem noch mal herzlich einladen, auf die Überweisung zu rekrutieren. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 8/5333 an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke bei Zustimmung aller anderen Fraktionen und der Gruppe und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 8/5333. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/5333 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** ...

(Vizepräsidentin Beate Schlupp)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Aussprache auf Antrag der Fraktion Die Linke gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Brücken statt Mauern – Integration verbindet“.

**Aussprache auf Antrag der Fraktion Die Linke
gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung
des Landtages zum Thema
Brücken statt Mauern – Integration verbindet**

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die Fraktion Die Linke hat die Abgeordnete Frau Pulz-Debler.

Steffi Pulz-Debler, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleg/-innen Abgeordnete! Mehr als eine Million Geflüchtete kamen zwischen 2015 und 2016 nach Deutschland. Heute, zehn Jahre nach dem Sommer der Solidarität, sind es nicht nur Zahlen, die ein meist positives Fazit ziehen.

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt
übernimmt den Vorsitz.)

Es sind die Geschichten des Ankommens von Menschen, von Mut, von persönlicher Stärke und einer solidarischen Zivilgesellschaft, die Integration nicht als Einbahnstraße sieht, sondern hilft, Brücken zu bauen, Brücken zwischen Kulturen, zwischen Menschen und ganz unterschiedlichen Lebensrealitäten.

Rund zwei Drittel der Geflüchteten im Erwerbsalter, die 2015 zu uns kamen, haben eine bezahlte Beschäftigung, davon 90 Prozent sozialversicherungspflichtig. Sie leben

als unsere Nachbar/-innen, unsere Arbeitskolleg/-innen, als Eltern oder Ehrenamtliche mit uns und sind Teil unserer Gesellschaft, unseres Miteinanders geworden. Beispiele, die zeigen, wie Menschen aus ganz verschiedenen Ländern erfolgreich integriert werden konnten, sind zahlreich, auch hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern:

Es ist die Syrerin, die 2015 mit ihren zwei Kindern zu uns kam und nach vielen Monaten auf der Flucht eine kleine Wohnung auf Rügen beziehen konnte und heute in einer Anwaltskanzlei mit Spezialisierung Familienrecht arbeitet.

Es ist die Familie aus der Ukraine, die 2015 mit ihrem zweijährigen Kind im Landkreis MSE ein Zuhause fand.

Es ist das junge Mädchen aus Iran, welches in Rostock unter großen Herausforderungen das Abitur machte, später in Stuttgart Ernährungswissenschaften studierte, nach M-V zurückkehrt und hier nun als Beraterin für Kinder mit Diabetes arbeitet.

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Genau!)

Es ist die junge Frau aus Kasachstan, die sich gemeinsam mit ihrer Tochter durchkämpfte, alle Abschlüsse neu anerkennen lassen musste, eine Friseurausbildung absolvierte, heute Europameisterin in ihrem Fach ist und einen eigenen Salon betreibt.

Es ist die Marokkanerin, die sich selbstbewusst als Kopftuchträgerin in der Schule durchsetzt, im Anschluss erfolgreich Physik studiert, heute in ihrem Fachbereich tätig ist und an der Uni Greifswald an wissenschaftlichen Studien mitwirkt.

Es ist die Afghanin, die sich ihr Psychologiestudium anerkennen ließ und heute in Wismar an Schulen als Kindercoach tätig ist.

Und es ist der türkische Mann, der trotz traditioneller Familienvorstellung zunächst als Reinigungskraft am Neubrandenburger Krankenhaus arbeitet, später eine Pflegeausbildung absolviert und noch heute im Krankenhaus tätig ist.

Diese Beispiele zeigen, dass Integration und Zusammenhalt keine abstrakten Begriffe sind und dass Menschen trotz Schwierigkeiten und Hürden ihren Weg erfolgreich finden und ihnen dabei eine starke Zivilgesellschaft, bestehend aus Haupt- und Ehrenamt, zur Seite steht. Unter dem Motto „Verbinden, wachsen, zusammenhalten“ wurde der diesjährige Integrationspreis genau an diese engagierten Menschen und Projekte verliehen. Allen Menschen hinter den nominierten Projekten sprechen wir als Linkenfraktion unseren Dank und unsere Anerkennung aus.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ZORA Kinder und Jugendhilfe aus Greifswald, die in diesem Jahr die Erstplatzierte war, freut sich über die Auszeichnung, sieht diese aber nicht nur als Anerkennung, sondern auch als Auftrag. ZORA erinnert daran, dass Integration in Deutschland noch immer an vielen strukturellen Hürden scheitert, an Bürokratie, fehlenden Zugängen zu Sprache und Arbeit, restriktiven Aufenthaltsregeln und einer Politik, die Integration irgendwie auch oft als Bringschuld versteht.

Frau Präsidentin, Kolleg/-innen, während wir also in Mecklenburg-Vorpommern Engagement ehren und gelungene Integration sichtbar machen, werden in Berlin gerade Gesetze vorbereitet, die Integration systematisch verhindern. Hier ist vor allem das sogenannte GEAS-Anpassungsgesetz, welches sich gerade im parlamentarischen Verfahren befindet, zu nennen. Klingt technisch, ist politisch jedoch hochbrisant. Was hier als Entwurf vorliegt, beschränkt die Menschenrechte stärker, als es das europäische Recht überhaupt verlangt, und schießt damit weit über das Ziel hinaus.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Ja, richtig!)

So ist dem Entwurf unter anderem zu entnehmen, erstens, dass die Freiheit und Teilhabe von Asylsuchenden zukünftig stark eingeschränkt werden sollen. Menschen sollen laut Entwurf zukünftig in Sonderaufnahmeeinrichtungen mit langen Wohnverpflichtungsaflagen leben, teilweise bis zu 24 Monate. Die Bewegungsfreiheit wird massiv eingeschränkt und Kinder wachsen hinter Zäunen auf. Das ist keine Integration, das ist Isolation.

Zweitens. Der Entwurf enthält einige neue Formen der Haft auch für Minderjährige. Geplant ist zum Beispiel die sogenannte Asylverfahrenshaft und eine Haft im Rückkehrgrenzverfahren, und es bedeutet genau das: Haft, Haft, Haft. Menschen können eingesperrt werden, nur, weil ihnen eine Fluchtgefahr unterstellt wird. Das gilt auch für Familien mit Kindern, für Menschen, die nichts anderes getan haben, als hier Schutz zu suchen. Damit würde die Bundesregierung die Grundprinzipien der Menschenrechte und der UN-Kinderrechtskonvention verletzen, denn wer Schutz sucht, darf nicht eingesperrt werden.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Richtig!)

Drittens. Das Gesetz setzt auf Arbeitsverbote statt Arbeitsmarktintegration, und hier wird es irgendwie zusätzlich wild, denn Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen kein Recht mehr auf Arbeit haben, selbst dann nicht, wenn sie gegen die Entscheidung klagen und sich weiterhin legal hier in Deutschland aufhalten. Das widerspricht EU-Recht und unserem Grundgesetz. Es bedeutet monate-, oft jahrelange Arbeitsverbote, während Unternehmen hier verzweifelt Personal suchen.

Viertens. Der Gesetzentwurf bedeutet Rückschritt statt Realismus. Das aktuelle Statement des WIR-Netzwerkes spricht deutlich von einem Rückschritt mit weitreichenden Folgen für Länder und Kommunen. Tausende arbeitswillige Menschen sollen zukünftig gezwungen werden, untätig zu bleiben und Sozialleistungen zu beziehen, obwohl sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen könnten.

Fünftens. Dieses Gesetz wird teuer. Wir sprechen von Millionenbeträgen für Bund, Länder und Kommunen in einer Haushaltslage, die uns allen bekannt ist. Die Kosten für Länder und Kommunen sind aktuell nicht zu beziffern. Um einen Vorgeschmack zu geben, allein beim Bund werden einmalig mehr als 200 Millionen Euro notwendig sein, jährlich über 90 Millionen Euro, und das alles, während der Entwicklungsetat des Bundes um 1 Milliarde schrumpft, obwohl Entwicklungszusammenarbeit eine aktive Bekämpfung von Fluchtursachen darstellt.

Als Zusammenfassung: Statt Entlastung und Förderung von Integration bringt das geplante Gesetz mehr Kosten, mehr Bürokratie, zusätzliche Haft- und Aufnahmeeinrichtungen und sicherlich noch viel mehr Frust bei den Betroffenen, den Unternehmen, den überlasteten Ausländerbehörden. Als Linksfraktion sagen wir deutlich, wer Integration will, darf sie nicht verbieten.

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Verbieten!)

Wer Arbeitskräfte sucht, darf Menschen nicht aus dem Arbeitsmarkt ausschließen. Und wer Vielfalt als Stärke bezeichnet, darf keine Gesetze unterstützen, die genau diese Vielfalt schwächen.

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke)

Wir sagen, Schluss mit Arbeitsverboten für Asylsuchende im Klageverfahren, Schluss mit Isolierung, Abschreckung und Haft und stattdessen sichere Zugänge zu Arbeit, Bildung, Sprache überall, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern! Wir brauchen keine Politik von Angst, sondern endlich wieder mehr Menschlichkeit. Wir brauchen keine Lager, sondern Chancen, keine Abschreckung, sondern Integration hier in Mecklenburg-Vorpommern und überall, wo Menschen ankommen und bleiben wollen.

(Horst Förster, AfD: Ohne Grenzen.)

Danke schön!

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Horst Förster, AfD: Ohne Obergrenzen.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule für Technik aus Rostock. Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Innenminister Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst würde ich mit den Zahlen einsteigen, weil ich mir sicher bin, dass wir gleich wieder über die Frage, wie viele Menschen eigentlich aktuell zu uns kommen, ebenfalls einen Diskurs führen, und dann hilft es vielleicht, einmal auf die aktuellen Zahlen zu schauen.

Wir erheben immer zum Ende einer Kalenderwoche jeweils die Daten. Um Ihnen ein Gefühl zu geben, 40. Kalenderwoche, also Ende der 40. Kalenderwoche, welchen Stand haben wir da gehabt: Wir hatten 1.611 Zugänge von Flüchtlingen und Asylsuchenden – um das mal einzuordnen, im Verhältnis zum Jahr 2024 knapp die Hälfte, 55 Prozent des letzten Jahres, und im Verhältnis zum Jahre 2023 haben wir circa ein Drittel, ganz knapp darüber, 40 Prozent der damaligen Zahlen.

Wenn ich auf die Gesamtzahl schaue – das ist manchmal die Kritik, ihr müsst die Ukrainerinnen und Ukrainer mitzählen –, ja, das ist schwer mit den Vergleichszahlen, weil wir die extra führen. Ich will aber gerne jetzt Flucht und Migration, das sind die klassischen Ankommenden in Erstaufnahmeeinrichtungen, und ukrainische Schutzsuchende zusammenrechnen, dann haben wir zum Ende der 40. Kalenderwoche 2.099 Menschen gehabt, die nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen sind.

Die Gesamtzugangszahl – und da gab es den Ukrainekonflikt noch nicht oder den Ukrainekrieg noch nicht – im Jahr 2021, ein Jahr, was aus Sicht aller Beteiligten völlig unauffällig gewesen ist, die Gesamtzahl am Ende der 40. Kalenderwoche 2021 betrug 2.082. Wir reden also am Ende der letzten Woche, der 40. Kalenderwoche, über genau 17 Personen mehr als in dem völlig unstreitig migrationspolitisch weitgehend unauffälligen Jahr 2021, das vielleicht als Eingang für die weiteren Diskussionen. Wir sind also bei einem deutlichen Rückgang.

Das macht im Übrigen Integrationsarbeit leichter. Da würde ich eine Akzentuierung meiner Vorrednerin noch mal einladen wollen, dass wir natürlich auf Kreise und Kommunen stoßen, die mit den sehr hohen Zugangszahlen schon in der ersten Unterbringungssituation genau wie das Land deutlich herausgefordert waren in den Jahren 2023/2022, und das führt auch in der Folge zu erheblichen Herausforderungen in der Integration, weil die natürlich erst die zweite Phase einläutet. Ich muss erst mal ankommen, dann werden die Verfahren eröffnet, und wenn ich dann eine längere Bleibeperspektive habe, beginne ich das erste Mal mit dem, was Sie völlig zu Recht einfordern, einem Integrationsprozess.

Und ich würde deutlich dafür werben, dass in den letzten dreieinhalb Jahren der Ampelkoalition da eine Vielzahl von deutlichen Schritten erfolgt sind. Es hat eine völlig neue Regelungsmaterie zur Fachkräfteeinwanderung gegeben. Man wollte ganz bewusst sagen, es muss keiner Flucht und Migration und Asylrecht nutzen, sondern es gibt einen klassischen, und zwar regulären Weg zwei, sie dürfen auch Weg eins benutzen, um als Fachkraft in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen.

Zweitens. Die Staatsangehörigkeitserwerbsmöglichkeiten sind deutlich neu konturiert, in Teilen auch erleichtert, aber vor allen Dingen auf eine breitere Basis gestellt worden, auch das mit dem klaren Signal an die Menschen – und das können zum Teil Jahrzehnte sein, um das auch deutlich zu sagen –, die mit einer anderen Staatsangehörigkeit in Deutschland leben, sozusagen, wer sich hier integrieren möchte, wer sich hier zu Hause fühlen will, und zwar auch mit der Staatsangehörigkeit, der ist herzlich willkommen. Auch da ist ein Riesenschritt gemacht worden.

Und wir haben bei den Arbeitsaufnahmen in der Tat Erleichterungen gehabt, nicht alle diejenigen, die wir uns wünschen, gerade auch schon in frühen Stadien. Mein Peti^{um} bleibt, ab dem zweiten Monat hätte ich gerne die Arbeitserlaubnismöglichkeit für Migration und Flucht. Die Ministerpräsidentin spitzt weiter zu und sagt, ab dem ersten Tag. Ich zucke ein bisschen, dafür bin ich zu viel Jurist. Du brauchst vier bis fünf Wochen, um überhaupt einmal die Verfahren zu eröffnen und so weiter, ich werde also irgendeinen Zeitpunkt danach finden müssen. Es hat aber eine Veränderung nach vorne gegeben in der letzten Legislatur, um Arbeitsaufnahme zu erleichtern.

Wir finden also in diesen Bereichen deutliche Veränderungen und, wenn Sie so wollen, Vergünstigungen, ich finde es eher pragmatische Anpassungen an Situationen, die natürlich danach schreien, dass man sie so abändert. Wir haben aber darüber hinaus auch extrem engagierte Beteiligte, weit über die reine Arbeitsintegration. Ich glaube immer, Sprache und Arbeit ist ein extrem geniales Mittel, um Kontakt zu Menschen zu bekommen.

Aber darüber hinaus gibt es selbstverständlich weitere Integrationsherausforderungen. Und wir haben dort ganz tolle ehrenamtliche wie auch hauptamtliche Strukturen. Ich freue mich sehr, dass Sie den dritten, war es, glaube ich, Integrationspreis angesprochen haben, der letzte Woche verliehen worden ist, der eben ganz viele Beteiligte auch einlädt, mal gesehen zu werden.

Ich glaube im Übrigen, dass das in unseren manchmal sehr aufgeheizten Debatten die große Gefahr ist. Es gibt da draußen eine unglaublich große Zahl von Menschen, die mit ganz viel Herzblut ehrenamtlich wie hauptamtlich in dem Bereich tätig sind und denen ich auf Knien dankbar bin, weil viele der Dinge ohne sie gar nicht gehen würden, und die wir ganz oft nicht sehen und die sich im Übrigen in diesen Diskussionen auch nicht gesehen fühlen, ohne die aber Integrationsleistungen in Kultur, in Jugend, in Schule, in Deutschkenntnissen, in vielen, vielen anderen Feldern Menschen einfach mit herzlichen Armen aufnehmen – die das dann ihrerseits wollen, das gehört auch dazu, beide müssen die Arme öffnen, bevor man sich umarmen kann –, aber gleichwohl, es gibt hier einen unglaublich großen Kreis, dem ich sehr herzlich Danke sagen möchte für dieses Engagement.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Auch wenn ich jetzt die rote Lampe sehe, haben Sie mich natürlich mit GEAS trotzdem eingeladen. Es tut mir für alle Beteiligten leid, hätte GEAS als Stichwort dringestanden, hätte mich auch darauf gerne konzentriert. GEAS ist ein, kann man gerne kritisch darüber diskutieren, aber ein Kompromiss innerhalb der Europäischen Union, um die offen eingestanden

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Anpassung geht aber darüber hinaus.)

weitgehend funktionslos gewordene Dublin-III-Verordnung in irgendeiner Weise wieder in Reaktion zu bringen.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und man kann sagen, wir machen alles für uns alleine. Das ist momentan der Versuch, mit Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland selbst abzuschirmen. Wenn Sie ernsthaft Europäische Union leben wollen, lebt das von offenen Grenzen. Es lebt von einem gemeinsamen Raum, nicht nur am Markt – EU ist Raum, Lebensraum, Gemeinschaftsraum, europäischer Raum –, lebt dann von der gemeinsamen Fähigkeit, an den Außengrenzen auch sehr konsequent umzugehen, auch davon, in einem Themenfeld wie Migration gemeinsame Lösungen umzusetzen. Die Dublin-III-Verordnung ist da offen eingestanden mit vielen Ländern funktional eher sehr am Humpeln in den letzten Jahren. Von daher ist GEAS das Bemühen, eine gemeinsame neue Arbeitsgrundlage zu finden. Und wir haben, zumindest auf der innenministeriellen Seite, immer sehr begrüßt, dass man dort in der Europäischen Union einen neuen Start findet und damit Dinge auf eine neue Grundlage stellt.

Und ja, das führt auch dazu – und da kann man gern in Streit geraten, ich anerkenne, dass Länder der Europäischen Union unterschiedlich sind, ich anerkenne auch, dass die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich sind, Norden, Süden, Osten, Westen, Mitte, verschiedene Gemüter, verschiedene Herzlichkeiten –,

aber wenn ich in einem Land der Europäischen Union bin, gehen wir davon aus, ich bin in einem freiheitlichen, demokratisch verfassten Land, dann gehen wir davon aus, dort, wo ich Schutz gewährt bekommen habe, kann ich mich auch aufhalten, ohne größere Not leiden zu müssen. Wenn ich das zur Grundlage mache, ist GEAS genau wie Dublin-III die konsequente Umsetzung. Und die sagt dann, dann geh bitte in das Land, wo du das erste Mal Schutz bekommen hast.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Genau!)

Ich weiß, dass es dazu andere Positionen gibt. Ich kann mit diesen anderen Positionen leben. Dann muss man deutlich sagen, dann werde ich diskutieren müssen, wie ich eigentlich so einen Prozess umsetzen will und wie ich europäischen Nachbarn in die Augen gucken will zu sagen, wir glauben, dass es bei euch so viel unbarmherziger ist als bei uns, dass es nicht funktioniert. Das finde ich in dem Werteverständnis, was wir glauben, gemeinsam geschaffen zu haben – und ich bin überzeugt davon, dass es gelungen ist an vielen Stellen –, finde ich schwierig. Und genau das versucht GEAS ein ganzes Stück weit aufzugreifen und, ja, daran Konsequenzen zu führen und zum Zweiten zu sagen, wir wollen europäisch gemeinsame – gemeinsame, für gewisse Gruppen wohlgemerkt –, gemeinsame Verfahren an den EU-Außengrenzen führen.

Ich weiß, dass die nicht unproblematisch sind, auch in der SPD gibt es da sehr vielfältige Diskussionen zu, aber der Blick damals und der Blick heute richtet sich auf Personengruppen, von denen wir wissen, dass sie in den meisten EU-Ländern extrem geringe Chancen haben, tatsächlich einen Aufenthaltsstatus aus Asyl- oder Fluchtgründen zu erlangen. Sozusagen für die schaffen wir gemeinsame Einrichtungen, in denen deutlich verkürzte Verfahren stattfinden, weil wir in der Regel eben einen typischen Fall haben werden, und die atypischen, die muss ich in solchen Verfahren selbstverständlich herausfiltern.

Vor dem Hintergrund werbe ich sehr dafür, GEAS nicht mit dem Bade auszuschütten, dieses Kind, sondern es als einen Neuaufschlag zu verstehen, ohne den dann irgendwann ein europäisches Asylsystem gescheitert wäre. Und wo wir dann hinmarschieren, bin ich nicht sicher. Wir brauchen auch diese verbindenden Elemente innerhalb der EU. Ich werbe deshalb sehr dafür, dass wir das GEAS-System ernst

nehmen und auch als eine Chance für eine gemeinsame neue Migrationspolitik in der EU begreifen.

Ich guck dann gerne in die Details der deutschen Gesetzgebung, keine Frage,

(Zuruf von Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

man kann überlegen, wären wir irgendwo schärfer, weitergehender, konsequenter. Ich werbe auch dafür, dass wir eine Situation wie vor zwei/drei Jahren in Mecklenburg-Vorpommern in den Kommunen nicht vier/fünf Jahre am Stück durchhalten würden, weil einfach die Aufnahmekapazitäten, der erste Schritt, und dann – viel wichtiger – die Integrationskapazität, die dahinter stattfinden müssten in Schulen, in Kitas, in Arbeit, in Kultur, in Sprache, und Sie können die Liste fortsetzen, die vertragen nur ein gewisses Maß an Beteiligten. Und das ist auch eine Frage, wie ernsthaft wir mit jenen umgehen, die dann zu uns kommen, und wie ernsthaft wir sie dann eben auch integrieren wollen. Und dafür müssen wir auch den Kommunen die Chance geben. Hier werden wir das Gleichgewicht der verschiedenen Faktoren brauchen.

Ich bekenne mich sehr klar dazu, dass wir unglaublich viele tolle Menschen bei uns haben. Da bin ich ganz dicht bei Ihnen. Ich erlebe auch nach 2015, im Übrigen erleben Sie es auch in der Selbstständigenszenerie, wenn Sie in das kleinere Gewerbe, in die kleineren mittelständischen Unternehmen hineinschauen, sehen Sie auch, dass der Mensch mit ganz viel Engagement kommt. Aber wir wissen umgekehrt auch, wir brauchen gleichwohl eine Regulatorik, und mit der genau versucht GEAS europaweit umzugehen, damit wir zurückkommen auf einen europäischen Weg, den Dublin-III leider nicht mehr geboten hat.

Herzlichen Dank! Ich bitte sehr um Nachsicht, dass ich jetzt 4 ¾ Minuten länger gesprochen habe zu GEAS, als ich Ihnen vorher angekündigt habe. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat die angemeldete Redezeit um fünf Minuten überschritten. Es ergibt sich entsprechend mehr Redezeit für die Oppositionsfraktionen.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Jan-Phillip Tadsen.

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Bürger Mecklenburg-Vorpommerns! „Brücken statt Mauern – Integration verbindet“ – die Fraktion Die Linke setzt ein Thema auf die Tagesordnung, was sehr viele Menschen bewegt, und die einbringende Rednerin Frau Pulz-Debler hat zunächst einen Weg gewählt, eine möglichst positive Erzählung auf den Weg zu bringen. Diese positive Erzählung bringt sie damit in Verbindung, dass die Menschen, die seit 2015/2016, in diesen ersten beiden Jahren einer Migrationskrise, in unser Land gekommen sind, dass diese sich ja sehr nachhaltig dann doch integriert hätten, zumindest arbeitsmarktpolitisch.

Da würde ich schon direkt ein Fragezeichen hinter setzen. Es gibt kritische Stimmen, die sich eben mit dieser IAB-Studie auseinandersetzen, die methodische Fragen aufwerfen, die Frage aufwerfen, inwieweit dort repräsentativ wirklich interviewt worden ist. Warum hat man keine konkreten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zur Kenntnis nehmen können? Warum musste ein solches Telefoninterview bei nur einem kleinen ausgewählten Kreis von Personen stattfinden?

Und selbst wenn man aber diese Zahlen zur Grundlage der Debatte nehmen würde, müssen wir auch feststellen, dass jeder Sechste dieser Personen ein Aufstocker ist und die Sozialstaatsquote dieses Personenkreises nach wie vor sehr hoch ist und man dadurch natürlich zu dem Schluss auch kommen kann, dass dies eine Belastung für unser Sozialwesen war, allein für diesen engen, begrenzten Personenkreis, der sich ja in Folge noch viel stärker auf den Sozialstaat auswirkte.

Meine Damen und Herren, Frau Pulz-Debler hat dann ausgewählte, besonders positive Beispiele hier in ihrer Rede noch einmal hervorgehoben. Das kann man natürlich machen und wir freuen uns über jeden, der sich hier nachhaltig integriert und eine, eine echte Bereicherung für unser Land ist.

(Julian Barlen, SPD: Das merken wir. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist ganz klar der Fall.

(Zurufe von Michael Noetzel, Die Linke,
und Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

Aber gleichzeitig, Frau Pulz-Debler, kann ich auch zurückfragen, könnte ich jetzt auch umgekehrt die ganz, ganz vielen Negativbeispiele, die wir in unserer Gesellschaft mittlerweile haben, auch aufzählen und viele plakative Beispiele hier nennen. Methodisch könnte ich an meine Rede genauso herangehen. Ich könnte auflisten, wie viele schwere Gewalttäter es in der Polizeilichen Kriminalstatistik der letzten Jahre gegeben hat, die auch übers Asylrecht hierhergekommen sind. Da würde meine Redezeit wahrscheinlich den heutigen Plenartag allein für das letzte Jahr deutlich überdauern.

Meine Damen und Herren, das große Problem für Integrationsfähigkeit ist, und das hat Herr Pegel am Ende so ein bisschen angedeutet, ist natürlich die Frage, inwieweit die breite Mehrheit der Bevölkerung einen intuitiven Willen dafür hat, dass so etwas auch funktionieren kann, inwieweit eine Stimmung in unserer Bevölkerung herrscht, die sagt, das, was da passiert, ist gut, diese Menschen, die kommen, die haben einen echten Fluchthintergrund, die haben eine echte Bereicherungsfähigkeit, die haben ein echtes mentales Gerüst dafür, dass Integration funktionieren kann. Und leider ist die Realität eine völlig andere, und das liegt nicht nur an uns, Frau Pulz-Debler, das liegt schlicht an der Wirklichkeit auf unseren Straßen, und das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Michael Noetzel, Die Linke: Das ist
Ihre Realität, das ist Ihre Wirklichkeit!)

Wir können darüber streiten, was die Wirklichkeit ist. Das tun wir hier sehr offensiv, Herr Noetzel, und diesen Kulturkampf, den Sie ja hier bringen, indem Sie immer nur eine Positivpropaganda auf die Tagesordnung bringen, indem Sie niemals die Probleme ansprechen, das ist ja genau Ihr Problem,

(Michael Noetzel, Die Linke: Das ist falsch.

Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir die
Probleme, aber wir überbewerten sie nicht.)

und deswegen sind ja auch die Debatten mittlerweile Ihnen letztlich aus der Deutungshoheit längst entrückt.

Meine Damen und Herren, das große Problem ist,

(Michael Noetzel, Die Linke: Sehen Sie,
darum geht es, Deutungshoheit.)

wir brauchen schon so etwas wie ein Wir-Gefühl in dieser Gesellschaft. Ein Wir-Gefühl, das erleben Sie in der Regel auch dadurch, wenn Sie etwas Historisches gemeinsam verbindet.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Es geht um Deutungshoheit.)

Und diese historische Gemeinsamkeit, die gab es vor 35 Jahren. Dort ist ein Wir-Gefühl auf unseren Straßen gewesen. Und das erleben Sie aber nicht, wenn Sie eine Migrationspolitik betreiben, die strukturell nicht dazu in der Lage ist, das zu leisten, was Sie hier in Ihren Sonntagsreden immer wieder versprechen. Es ist eine Ressourcenfrage. Und meiner Meinung nach ist letztlich genau diese Ressourcenkapazität, dieser Wille der Bürger nicht mehr vorhanden, und da müssen wir mit einer echten Migrationswende ansetzen.

Meine Damen und Herren, Die Linke tritt hier regelmäßig – und heute haben wir es erneut erlebt – als personifizierte Asyllobby auf. Sie wirken für mich als der Helfer

krimineller Schleppermilieus. Das haben Sie in vielen Reden hier schon deutlich gemacht. Und Sie sind regelmäßig dabei, aufzutreten wie ein argumentativer Totschläger mit einem breiten Arsenal an Keulen,

(Heiterkeit bei Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

die Sie in Ihrem argumentativen Reservoir haben.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Herr Koplin war derjenige,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD –
Heiterkeit bei Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

der heute erst wieder von Faschismus sprach, wenn es darum ging, sich mit der AfD auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Meine Damen und Herren, das ist so plump und billig, da werden Sie keinerlei Zukunft mit aufbauen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Jens-Holger Schneider, AfD,
und Michael Noetzel, Die Linke)

Meine Damen und Herren, und Herr Noetzel und Frau Pulz-Debler, ich spreche Sie ja ganz persönlich hier heute auch gerne an, wer Brücken bauen will, sollte ein Gespräch auf Augenhöhe zumindest einmal wagen, zumindest einmal den Versuch dafür starten,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD –
Heiterkeit und Zuruf von
Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

mit uns gemeinsam in einen solchen Dialog zu gehen.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Davon sind Sie aber persönlich – und Ihre Reaktion zeigt doch genau das –

(Michael Noetzel, Die Linke: Das,
was wir gerade machen, ist Augenhöhe?
Sind wir so gut auf Augenhöhe?)

so himmelweit entfernt, dass man nur sagen kann, dass Sie diesen Kulturmampf ja selber auf die Spitze treiben. Aber wir werden dort nicht antwortlos bleiben, sondern wir werden mit allen Möglichkeiten, die wir haben, weiter dagegen angehen.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Ich glaube, wir sind dabei auf einem guten Weg.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Meine Damen und Herren, es kommt ja nicht von ungefähr, dass Praktiker der kommunalen Ebene, wie zum Beispiel der Landrat Stefan Kerth, gerade erst wieder davon gesprochen haben, dass ein offener Dialog mit Parteien Ihres Spektrums de facto nicht möglich ist.

(Michael Noetzel, Die Linke:
Deswegen sitzen wir ja hier.)

Genau deswegen kritisiert er ja die Brandmauer. Genau deswegen sagt er ja, dass diese Brandmauer nicht mehr zukunftsfähig ist, weil man keine Dialogbereitschaft zwischen dem etablierten Parteienspektrum in solch elementaren Fragen wirklich beobachten kann.

Und er ist jemand, der vor Ort Beispiele hat. Ob es in Stralsund oder anderen Bereichen seines Landkreises ist, dort sind reale Probleme, die kennt er sehr gut.

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Da ist er im Gespräch mit der vorhandenen Infrastruktur, mit den Leuten, die tagtäglich sich damit auseinandersetzen müssen. Und Herr Pegel hat es ja angedeutet, es gibt nun mal eine quantitative Frage dabei, und es gibt dabei Situationen, wo etwas scheitert. Und das will er so nicht mehr länger als Kommune mittragen. Deswegen spricht er sich gegen eine Brandmauer aus, die letztlich nur dazu führt, dass solche Probleme wie ein Entzündungsherd unserer Gesellschaft weiter geduldet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Meine Damen und Herren,

(Martin Schmidt, AfD: Er gibt sein
ganzes Geld aus, um uns zu bekämpfen.)

wir wollen ja aber hier konstruktiv natürlich an den Tag gehen,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und wenn wir integrationspolitisch etwas auf den Weg bringen wollen, dann müssen wir natürlich eine umfassende Bilanz einmal von den Folgen des Jahres 2015 uns auf den Tisch legen, damit wir genau bewerten können, wo die Problemlagen genau sind. Eine umfassende Bilanz gehört dazu, dass man auch die Sprachkurse und deren Erfolg wirklich einmal ernsthaft versucht ins Bild zu setzen und deren faktische Realität dann auch zu sehen.

Eine umfassende kritische Bestandsaufnahme muss aber auch über die Gefahr eines missbräuchlichen Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit vollzogen werden. Genau das haben wir mit unserem Antrag, der ja wahrscheinlich morgen nicht mehr

drankommt aus Zeitmangel, auf den Weg gebracht. Es geht um eine detaillierte Analyse über die Belastung unseres Bildungssystems. Wir haben ja schon harte Fakten von PISA und anderen Institutionen, die dazu deutliche Zahlen gebracht haben, aber wir haben nun mal auch urbane Städte. Wir haben Räume wie Schwerin und Rostock, wo wir genau dort noch mal hingucken müssen.

Meine Damen und Herren, die Zeit für die rot-rote Landesregierung läuft jedenfalls in dieser Frage gnadenlos ab. Es geht jetzt darum, dass wir eine Brücke auch für meine Partei hin in Verantwortung bauen, und dann wird die Integration einer breiten Bevölkerungsstimmung auch möglich sein. Und diese breite Bevölkerungsstimmung, die hat letztlich mit fast 40 Prozent alles Recht dafür, sich auch konstruktiv in diesen politischen Weg einzubringen.

Meine Damen und Herren, wir wollen Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass die gut integrierten Menschen letztlich auch wieder in eine Gesellschaft hineinkommen, wo sie eine positive Zukunft erwartet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Für die Fraktion der CDU hat das Wort die Abgeordnete Ann Christin von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Integration bedeutet, so ist es auch auf der Internetseite des Innenministeriums unter dem Reiter „Integration und Zuwanderung“ zu lesen, „dass kulturelle und religiöse Vielfalt von einheimischer und zugewanderter Bevölkerung als Bereicherung anerkannt und gelebt werden. Integration ist ein dauerhafter Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens.“

Zur Förderung der Integration wird auf der Internetseite des Innenministeriums auf die Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern verwiesen, die im September 2019 veröffentlicht wurde. Diese Konzeption ist also bereits sechs Jahre alt, und ich kann mir vorstellen, dass es in der Zwischenzeit durchaus ..., also ich kann mir das nicht nur vorstellen, sondern ich weiß, dass es in der Zwischenzeit durchaus gesellschaftliche, politische und auch wirtschaftliche Entwicklungen gegeben hat, die eine Neuauflage oder zumindest Überarbeitung der Konzeption nach sich ziehen sollten.

Zu Projekten, welche die gesellschaftliche Integration fördern, wird auf der Internetseite des Innenministeriums auf eine Richtlinie Integrationsfonds hingewiesen, die gültig ist bis 31.12.2023. Die Kommunen arbeiten mittlerweile aber mit einer neuen Richtlinie Integrationsfonds, die bis 31. Dezember 2027 gelten soll, auch wenn diese immer noch mit der Überschrift „Entwurf“, Stand 27.09.2024, gekennzeichnet ist. Das spricht meines Erachtens irgendwie nicht so richtig viel von Interesse bei dem jetzt zuständigen Innenministerium und es spricht auch irgendwie nicht viel von Interesse des vormals zuständigen Sozialministeriums, von dem der Innenminister die Internetseite offensichtlich einfach unbearbeitet übernommen hat.

Die Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Frau Jana Michael, wurde mittlerweile dem Innenministerium zugeordnet. Aus welchen Gründen ihre Geschäftssadresse immer noch im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V verortet ist, dazu kann vielleicht der Innenminister noch mal ausführen. Dann kann er auch darüber berichten oder es kann ja auch vielleicht noch von der SPD-Fraktion darüber berichtet werden, aus welchen Gründen die Haushaltssmittel für die Integration immer noch im Einzelplan des Sozialministeriums geführt werden, wenn die Integration doch jetzt doch im Innenministerium beheimatet sein soll.

Ich muss sagen, na klar, wenn so eine Übernahme durch ein anderes Ministerium erfolgt, dann ist es auch erst mal für die Fachpolitikerin, also in meinem Fall als innenpolitische Sprecherin, jetzt ein neues Gebiet, das dazukommt. Genauso fühlt es sich jetzt auch bei der Übernahme irgendwie an. Es ist jetzt ein neues Gebiet, womit Sie auch als Innenministerium noch nicht so richtig warm sind. Das ist okay. Ich hoffe, wir werden dann zusammen warm mit diesem Thema.

Und ich habe ja auch gerade schon vernehmen dürfen, wie die unterschiedlichen Seiten von rechts und links sich mit dieser Thematik Integration auseinandersetzen. Da bin ich dann froh als Politikerin der Mitte, da vielleicht noch einmal zusammenführen zu können.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Eine ziemlich kleine Mitte.)

Also auf der einen Seite,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

auf der einen Seite kommt von links der Auf... oder die Bitte, alle Menschen aufnehmen zu müssen, alle integrieren zu wollen, und von der anderen Seite natürlich eher so gar nicht.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Die Wahrheit liegt wie so oft in der Mitte, und ich finde, auch hier, denn, Frau Pulz-Debler, nicht jeder Mensch hat ein Bleiberecht in Deutschland. Das ist Fakt, und deswegen ist es auch nicht sinnvoll, Menschen, die gar kein Bleiberecht haben, in unserem Land integrieren zu wollen. Das erschließt sich mir null. Das ist für mich nicht in den Kontext zu bringen.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es ging um Haft ohne Straftat.)

Nee, es geht nicht um Haft ohne Straftat.

(Steffi Pulz-Debler, Die Linke: Auch! Auch! –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Es geht darum, dass Menschen kein Bleiberecht in Deutschland haben und bereits das Land verlassen müssen und dieser Aufforderung nicht nachkommen,

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

untertauchen, sich dem Rechtsstaat entziehen, Frau Oehlrich, und das ist sehr wohl nicht legitim,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und dafür ist es durchaus richtig, Menschen dann auch entsprechend in die Haftanstalt zu bringen. Und dafür gibt es gesonderte entsprechende Haftanstalten. Es ist nicht die Haft der Straftäter. Es ist eine Abschiebehaftanstalt,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

die wir zusammen mit dem norddeutschen Verbund in Glückstadt eröffnet haben.

Was hatte ich mir noch aufgeschrieben, was ich wichtig fand? So, genau, der Integrationswille, das ist nämlich auch noch eine Frage, die wir durchaus beleuchten müssen. Nicht jeder Mensch, und auch das ist Fakt, der nach Deutschland kommt, hat den Willen, sich in unsere Gesellschaft integrieren zu wollen. Das ist ein Fakt, den wir nicht negieren können. Es ist aber ein Fakt, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen, überhaupt gar keine Frage. Man kann jemandem den Willen nicht aufzwingen, sich integrieren zu wollen. Aber ich sehe auch nicht eine, wie soll ich sagen, eine Verpflichtung unserer Bürger hier im Land, dass wir akzeptieren müssen, dass Menschen bei uns leben und uns ihre Regeln aufzwängen wollen.

(Zuruf von Steffi Pulz-Debler, Die Linke)

Auch das halte ich für nicht richtig.

Also ich glaube, mit dem Thema Integration, da birgt sich noch unfassbar viel Sprengstoff drin. Wir müssen darüber, glaube ich, ernsthaft sprechen. Und vor allen

Dingen müssen wir auch darüber sprechen, ob wir ganz neue Wege gehen, das Thema auch noch mal anders beleuchten und uns offen und ehrlich in die Augen schauen und über das Thema Integration sprechen, auch im Zusammenhang mit der Migration bei uns im Land.

(Horst Förster, AfD:
Das wäre mal was ganz Neues.)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Barbara Becker-Hornickel, FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion der SPD hat das Wort die Abgeordnete Dagmar Kaselitz.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Brücken statt Mauern errichten – gelingt uns das im täglichen Zusammenleben? Erkennen wir den verbindenden Wert der Integration? Deutschland ist ein Einwanderungsland, aber gesellschaftlich und politisch fällt es noch vielen schwer, dieses Selbstverständnis anzuerkennen und aktiv zu gestalten. Oft wird Migration auf Flucht reduziert oder gar als Bedrohung dargestellt. Migration ist aber ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftebedarfs muss klar sein, Zuwanderung ist kein Randthema, sondern Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Uns hilft es nicht, Menschen zu diffamieren oder abzuwerten.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Wir selbst, jeder und jede entscheidet mit, mit seinem Verhalten, mit seinem Einsatz in Vereinen, in Initiativen, in der Gemeinde und bei der Übernahme von politischer Verantwortung auf jeder Ebene, darüber, wie wir miteinander leben.

Seit 2014 bin ich als Landtagsabgeordnete und von 2016 bis 2019 als erste Integrationsbeauftragte der Landesregierung in meiner politischen Arbeit in den Themen Migration und Integration unterwegs. Immer war und ist es mir wichtig, Brücken zwischen Menschen zu bauen, Mauern in Köpfen einzureißen und durch eigenes Handeln Zusammenleben zu ermöglichen. In Vorbereitung auf diese Aussprache ist mir aufgefallen, dass dieser Herbst im Jahr 2025 für mich ganz persönlich eine Zeit war und ist, in der Erinnerungen wichtig geworden sind, in der so viel in unserem Land passiert, das geeignet ist, Brücken über Hindernisse zu schlagen, Integration als Chance für Teilhabe, für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben zu erkennen.

Am 22. September erlebte auch ich unter dem Motto „Verbinden, wachsen, zusammenhalten“ im Darwineum Rostock die Verleihung des Integrationspreises in Mecklenburg-Vorpommern. Es gab 38 Bewerbungen von Projekten, bei denen Integration und Zusammenhalt vor Ort mit Leben gefüllt werden. „Diese Projekte machen sichtbar, wie wir Brücken bauen und miteinander wachsen können“, betonte unsere Landesintegrationsbeauftragte. Die Staatssekretärin aus dem Innenministerium hob hervor, der Integrationspreis würdigt nicht nur das Engagement vieler Menschen, die sich haupt- und ehrenamtlich für Integration einsetzen, er zeigt auch, wie sehr unser Land davon profitiert, wenn wir Vielfalt anerkennen, wertschätzen und gemeinsam gestalten.

Sehr beeindruckt hat mich am 24. September der Aktionstag der AWO-Migrationsfachdienste in Neubrandenburg. Die Mitarbeitenden dort stellten nicht nur ihre Arbeit in der Beratung und Begleitung von Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern auch ihre jeweiligen Herkunftsländer vor.

Der 30. September ist übrigens der Tag des Übersetzens. Sprache ist so eine wichtige Brücke zwischen Menschen. Ich bin dankbar, dass ich mehrfach in meiner Arbeit auf den Sprachmittlerpool AWO lingo in meinem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zurückgreifen konnte. Die Menschen, die hier besonders in sensiblen Situationen übersetzen, leisten mehr als jede Übersetzungsapp.

Am Dienstag war ich zur Eröffnungsveranstaltung von weltwechsel in Rostock eingeladen. Weltwechsel, das ist die jährliche landesweite Veranstaltungsreihe zu globalen Themen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie wird vom Eine-Welt-Landesnetzwerk mit seinem Promotorenteam koordiniert. Bei über 60 Veranstaltungen und Aktionen können Sie sich überzeugen, wie unser Alltag mit anderen Menschen und Geschehnissen auf der ganzen Welt verknüpft ist.

Das Motto für 2025 lautet: „Eine geteilte Welt?“. Dazu ist im Programmheft zu lesen: „Wir leben in einer Zeit, in der sich Spaltungen scheinbar vertiefen: ... Globale Krisen, ... gesellschaftliche Polarisierung zeigen sich längst auch im Alltag – selbst dort, wo Menschen Tür an Tür leben. Gleichzeitig entstehen weltweit und vor Ort Initiativen, die zeigen: Teilen verbindet. Menschen schaffen Wege des respektvollen Miteinanders, des gemeinsamen Lernens und arbeiten an einer solidarischen, gerechten und nachhaltigen Zukunft.“

Meine Damen und Herren, wir alle sind angesprochen, in den Austausch zu kommen, Perspektiven zu wechseln, zu lernen, zu hinterfragen, selbst kreativ zu sein und auszuprobieren und zu hinterfragen: Nutzen wir diese Möglichkeiten? Es kann passieren, dass man dabei den Nachbarn kennenlernt,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Was?)

dabei etwas über sein Herkunftsland erfährt und über die Gründe,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

aus denen er oder sie ihre Heimat verlassen haben.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Darf man
noch fragen, wo er herkommt?)

Meine Damen und Herren Abgeordneten,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

zehn Jahre ist es her, dass in meiner Heimatstadt im Oktober erstmals über 50 Geflüchtete aufgenommen wurden, nachdem die CDU-Bundeskanzlerin im Sommer 2015 entschieden hatte, aus humanitären Gründen die deutschen Grenzen nicht zu schließen. Beeindruckt hat mich das bundesweit breite Engagement aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, das wir damals gespürt haben. Es war eine Zeit tiefgreifender Krisen und Phasen voller Umbrüche und auch ich hatte großen Respekt vor dem Wirken unserer damaligen Kanzlerin Angela Merkel.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Dafür
hat sie den Verdienstorden gekriegt.)

In diesem Herbst wurde sie nun durch unsere Ministerpräsidentin mit dem Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern ausgezeichnet.

(Thore Stein, AfD: Wir waren auch da.)

In ihrer Rede sagte sie unter anderem die folgenden Worte an Frau Merkel: „Sie haben Deutschland mit Beharrlichkeit, Geschick und entschlossenem Handeln in schwierigen Zeiten sicher auf Kurs gehalten.“

(Zurufe von Enrico Schult, AfD,
Thore Stein, AfD, und Jan-Phillip Tadsen, AfD)

„Ihre Fähigkeit, zusammenzuführen und komplizierte Herausforderungen pragmatisch anzugehen, haben Ihnen international große Achtung eingebracht.“ Für mich ist diese Frau eine Brückenbauerin.

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ebenso eine Brückenbauerin ist unsere Landesintegrationsbeauftragte. Noch in dieser Woche werde ich am Herbsttreffen der Migrant/-innenselbstorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen. Es wird von ihr organisiert.

Meine Damen und Herren, wir alle können uns an verschiedenen Stellen engagieren und informieren. Wer über gelingende Integration, gesellschaftliche Teilhabe ins Gespräch kommen möchte, kann Fachtage nutzen. Kommen Sie am 27. Oktober mit zum CJD-Migrationsdienst, Thema der Runde „Zwischen Fremdenfeindlichkeit und Fachkräftemangel –“

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Laden Sie mich auch ein?)

„wie gestalten wir ein friedliches Miteinander in Mecklenburg-Vorpommern?“.

Eine nächste Möglichkeit gibt es am 5. November, das Thema lautet „Unsichtbar erfolgreich“, organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach. Hier geht es um vietnamesisches Leben in Deutschland zwischen Integration und Anerkennung. Viele Zugewanderte aus Vietnam und ihre Nachkommen leisten einen wichtigen Beitrag in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens. Vielfach werden sie aber nicht als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft wahrgenommen. Ihre Erfahrungen, ihre Perspektiven, ihre ganz persönlichen Geschichten bleiben uns oft verborgen. Das führt dazu, dass sie uns fremd bleiben, dass wir ihre Potenziale nicht erkennen, dass wir die Chancen für ein respektvolles Zusammenleben, für sozialen Zusammenhalt nicht nutzen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Es besteht die Möglichkeit, Einblicke in Lebensrealitäten zu erhalten, zu erfahren, welche Herausforderungen die Menschen, welchen Herausforderungen diese Menschen gegenüberstehen und was für Bedingungen zum Gelingen von Integration notwendig sind. Angesprochen sind alle: Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, selbst in der Integration tätige Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte selbst, auch solche, die schon in Betrieben arbeiten.

Der Herbst 2025 mit seinen Ereignissen und Veranstaltungen zeigt, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, direkt mit Zugewanderten und Menschen, die in der Integration tätig

sind, Kontakt aufzunehmen. Sind wir ehrlich, in unserem Flächenland gibt es durchaus Regionen, in denen die Menschen wenig oder gar keinen Kontakt zu Menschen mit Einwanderungsgeschichte haben. Hier werden Informationen häufig aus Erzählungen aus dem Fernsehen und dem Rundfunk und den sozialen Medien aufgenommen.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das können aber auch ganz echte Erfahrungen sein.)

Wir wissen, welche Kraft Worte und Bilder haben können. Alles, was fremd, neu und unbekannt ist, macht unsicher, manchmal sogar Angst.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Vielleicht auch zu Recht.)

Menschen wissen oft nicht, wie sie darauf reagieren sollen. Aber immer gilt, wir haben die Freiheit zu wählen, welche Einstellung wir zu dem Gesehenen oder Gehörten haben.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Uns,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

uns bleiben die Möglichkeiten zum Kennenlernen, zum Aufeinanderzugehen. Wir können Verständnis für Verschiedenheit entwickeln, Toleranz üben, Respekt erweisen und Achtung vor dem Leben in all seiner Vielverschiedenheit entwickeln.

Ein letzter Gedanke: Der Sachverständigenrat für Integration und Migration, dessen Veröffentlichungen und Gutachten ich nur jedem empfehlen kann, spricht in seinem Anschreiben zum Jahresgutachten 2024 von einer rasanten und herausfordernden Entwicklung, die er wissenschaftlich begleitet hat. Im Bereich Migration und Integration gab es besonders viele Veränderungen. Wir erleben, dass diese Entwicklung immer

noch anhält. Auf der einen Seite gibt es viele Beispiele für unsere gute Willkommenskultur, auf der anderen Seite gibt es die Diskussionen zu Unterbringung, Obergrenzen, Sicherheitsfragen, zu Fragen der gemeinsamen europäischen Asylpolitik, und für viele Menschen im Land sind Zuwanderung und Flucht weiterhin ein großes Problem.

All dem müssen wir uns stellen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Um Kompromisse wird gerungen, wenn es um Öffnung und Beschränkung,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sie scheinen
aber wenig kompromissfähig.)

um Integrationsförderung und Zuzugssteuerung geht.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Eine große Aufgabe für Europa, für den Bund, unser Land mit seinen Kommunen und jeden von uns einzeln. Lassen Sie uns gemeinsam mehr Brücken bauen, die uns zueinander führen! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, Die Linke und
Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention.

Herr Förster, bitte schön!

Horst Förster, AfD: Ja, vielen Dank!

Frau Kaselitz, um es voranzustellen, natürlich gibt es gelungene Integration. Hier wurden ja schon viele Fälle aufgeführt, über die wird ja gelegentlich berichtet. Und es ist keine Frage, wer sich hier voll integriert hat, wer hier Deutschland als sein Heimatland angenommen hat, als gewordenes Heimatland, der ist willkommen, den will ja niemand nach Hause schicken.

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Aber es geht ja schon mit den falschen Begriffen los. Sie sagen, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das sagen inzwischen die meisten. Das stimmt aber begrifflich eigentlich nicht, denn ein Einwanderungsland zeichnet sich historisch klassisch dadurch aus,

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

dass es die Aufnahmegergesellschaft, also das Land selbst, bestimmt, wer in dieses Land kommt. Und da wird, wenn man die Geschichte kennt, Sie wollen nach Australien auswandern oder sonst wo hin, da wird genau geguckt und sortiert, da müssen Sie nachweisen, dass Sie für dieses Land von Nutzen sind und eine Bereicherung sind.

(Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Also wir sind in dem Sinne ein Einwanderungsland, weil wir nämlich ein Muster betreiben, das einfach nicht funktionieren kann. Dieses Muster sieht so aus, dass jeder aus aller Herren Ecken dieser Erde hierherkommen kann und mit dem Zauberwort „Asyl“ Eintritt verlangt und dann hier auch bleibt. Wer kommt, der bleibt – dieses Muster, wo Sie sich überhaupt nicht mit befassen, das kann weder juristisch noch logisch noch moralisch funktionieren.

Und die Folgen sehen wir. Es gibt eben nicht nur Migranten, die jetzt hierherkommen, um sich hier wirklich zu integrieren. Viele von ihnen leben – aus nachvollziehbaren Gründen, weil sie sich eben dort wohler fühlen – in Parallelgesellschaften. Muss ich Ihnen die ganzen Folgen – Kriminalität, Messerattacken –, alles aufzählen? Muss ich

nicht. Das Muster kann logisch schon nicht funktionieren, wenn Sie die Türen offen lassen und jedem Zutritt gewähren, auf die Idee kommen Sie ja bei Ihrem Zuhause auch nicht, jeder kann reinkommen und er bleibt mit dem Wort „Asyl“ faktisch hier. Darüber regt sich nicht nur die AfD auf, da gibt es ja nun inzwischen auch genug Verfassungsrechtler, die die Unsinnigkeit, die Dysfunktionalität auch des Asylrechts damit darlegen.

Im Übrigen noch eins: Wer hierherkommt, der hat zunächst eine Bringschuld zu erbringen. Wer in ein fremdes Land kommt und dort leben will, der ist in erster Linie gefordert, sich diesem Land anzupassen. Und es ist nicht eine Verpflichtung, eine gleichwertige Verpflichtung der Aufnahmegergesellschaft, sich ihm kultursensibel zu nähern. Wie soll ich mich kultursensibel an Familien nähern, wo der Vater seine Tochter zur Beschneidung in das Ursprungsland bringt?

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Förster, ...

Horst Förster, AfD: Nein, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... die zwei Minuten ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Horst Förster, AfD: ... es ist primär eine Bringschuld.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Förster, die zwei Minuten sind um.

Frau Kaselitz, möchten Sie darauf reagieren? (Zustimmung)

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Bitte schön!

Dagmar Kaselitz, SPD: Wir haben unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema Migration/Integration. Wir müssen unterscheiden zwischen Einwanderung und der Bitte um Asyl. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und wenn jemand hier ist, dann ist es eben keine Einbahnstraße. Und ich möchte in dem Zusammenhang nicht von der Schuld des einen oder anderen sprechen. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Fraktionsvorsitzende Constanze Oehlrich.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Ich teile die Kritik der Kollegin Steffi Pulz-Debler am GEAS-Anpassungsgesetz, und genau darum geht es, Herr Innenminister. Dieses GEAS-Anpassungsgesetz geht weit über eine 1:1-Anpassung hinaus. Auch meine Kolleg/-innen im Deutschen Bundestag werden deswegen dagegenstimmen.

Aber bleiben wir hier im Land! Ich halte diese Rede für meine Kollegin Anne Shepley, der ich von dieser Stelle aus herzliche Genesungswünsche übersenden möchte.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, Die Linke,
Ann Christin von Allwörden, CDU,
und René Domke, FDP)

„Brücken statt Mauern“, das klingt erst mal gut, aber wenn man sich anschaut, was die Landesregierung tatsächlich macht, dann merkt man schnell, zwischen Anspruch und

Wirklichkeit klafft ein ziemlich tiefer Graben. Integration ist kein Nebenthema, sie ist die Grundlage dafür, dass unsere Demokratie funktioniert. Wo Menschen dazugehören, wächst Vertrauen. Wo Menschen ausgeschlossen werden, entsteht Frustration, und genau das spüren wir überall.

Sie, sehr geehrte Kolleg/-innen, reden also von Brücken. Und gleichzeitig liegt uns ein Haushaltsentwurf vor, in dem überall Projekte gestrichen, Mittel gekürzt und engagierte Leute vor Ort im Regen stehen gelassen werden.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Thore Stein, AfD)

Wie passt das zusammen? Wie passt eine Aussprache über Integration zu einem Haushalt, der eben diese Arbeit kaputtspart?

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Anstatt jetzt bei sinkenden Asylzahlen den nachlassenden Druck zu nutzen, um Integration endlich zu sichern, zu verstetigen und auszubauen, zieht sich die rot-rote Landesregierung zurück.

Beim Integrationsfonds wird das besonders deutlich. Von 2 Millionen Euro in diesem Jahr sollen die Mittel auf 1 Million im nächsten Jahr und auf gerade mal 260.000 Euro im Jahr 2027 reduziert werden. So wird aus einer wichtigen Brückenmaßnahme ein Sparziel zulasten der Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, um bei uns gut anzukommen.

Und ja, wir haben ein Integrations- und Teilhabegesetz, nur, was nutzt ein Gesetz, wenn es voller Kann- und Sollregelungen steckt und ohne finanzielle Untersetzung daherkommt? Kein Wunder, kein Wunder, dass von den 20 Städten unseres Landes mit mehr als 10.000 Einwohner/-innen nur drei einen Migrant/-innenbeirat eingerichtet haben und von den sechs Landkreisen ebenfalls nur drei über ein solches Gremium verfügen.

Wenn man den Kommunen keine Mittel gibt, keine Unterstützung anbietet und alles als Kann- oder Sollregelung formuliert, dann passiert genau das, was wir jetzt hier gerade sehen, fast nichts. Ohne finanzielle Untersetzung wird das Integrations- und Teilhabegesetz ein Papiertiger bleiben. Die Kommunen sollen Integration leisten, aber wissen noch nicht mal, ob sie im nächsten Jahr noch die erforderlichen Mittel haben werden. So entsteht keine Sicherheit, so entsteht Frust, sehr geehrte Kolleg/-innen.

Integration lebt von Praxis, nicht von Paragrafen. Sie lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen – in den Schulen, in den Vereinen, in den Kommunen. Aber wenn man diesen Menschen die Mittel kürzt, dann sagen sie irgendwann: Warum mache ich das hier eigentlich noch? So verliert man Engagement, und das können wir uns in diesem Land nicht leisten, denn ehrlich gesagt, wir hier in Mecklenburg-Vorpommern haben schon genug Leute verloren. Jahr für Jahr ziehen Menschen weg, auch solche, die eigentlich hierbleiben wollten, nicht, weil woanders alles besser ist, sondern weil die Behörden in anderen Bundesländern verstanden haben, Zuwanderung ist kein Risiko, sondern eine Chance.

Hier dagegen erleben wir leider viel zu oft das Gegenteil. Anwält/-innen, Beratungsstellen und Initiativen berichten, dass sie Menschen inzwischen raten, M-V zu verlassen, weil die Ausländerbehörden hier bei uns im Land Gesetze restriktiv auslegen, Anträge verschleppen, Chancen vergeben. Das, sehr geehrte Kolleg/-innen, ist ein integrationspolitischer Irrsinn. So vertreiben wir genau die Menschen, die wir hier dringend brauchen – in Pflegeeinrichtungen, Handwerksbetrieben, Wirtschaftsunternehmen.

Integration beginnt früh – in der Kita, in der Schule, im Alltag. Deshalb sage ich ganz klar, die Vorklassen gehören abgeschafft, Kinder gehören von Anfang an zusammen. So werden sie voneinander lernen und aufeinander zugehen. Integration ist aufeinander zugehen und miteinander leben, auch bei der Unterbringung. Menschen brauchen Nachbarschaft, nicht Container am Stadtrand.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Daher ist für meine Fraktion völlig klar, unser Land braucht weniger zentrale und mehr dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Bei einer Aussprache über Integration komme ich nicht umhin, über die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten zu reden. Das ist ein riesiger Fehler, denn wir wissen doch längst, Integration funktioniert besser, wenn Familien zusammen sind. Wer Familien trennt, verhindert Integration, und das kann am Ende soziale und auch sicherheitspolitische Folgen haben.

Integration ist ein Querschnittsthema. Es betrifft Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Demokratie, und genau deshalb darf man sie nicht behandeln, als wäre sie ein Projekt auf Zeit.

Liebe Kolleg/-innen von der Linksfraktion, ich danke Ihnen, dass Sie heute dieses wichtige Thema auf unsere Agenda gepackt haben, aber lassen Sie es mich ganz klar sagen: Sie können doch nicht Brücken predigen und gleichzeitig Mauern bauen. Sie können doch nicht Vielfalt fordern und gleichzeitig Strukturen fördern, die Vielfalt verhindern. Sie können doch nicht Demokratie stärken wollen und bei Teilhabe und Integration den Rotstift ansetzen. Das passt alles nicht zusammen.

Wir Bündnisgrüne sagen, Integration ist kein Luxus, sie ist unsere Zukunft. Wir wollen Sprachkurse von Anfang an, nicht nach Monaten des Wartens. Wir wollen Arbeitserlaubnisse von Anfang an statt jahrelanger Abhängigkeit vom Staat.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir wollen echte demokratische Teilhabe, gesetzlich und finanziell abgesichert. Und wir wollen Familien zusammenhalten, nicht auseinanderreißen. Das ist bündnisgrüne Integrationspolitik, das sind Brücken, die tragen.

Meine sehr geehrten Kolleg/-innen, Integration verbindet. Sie macht unser Land lebendiger, gerechter und menschlicher. Integration funktioniert aber nur, wenn man

sie ernst meint. Wir werden in den weiteren Haushaltsberatungen sehen, ob diese Aussprache nur ein Lippenbekenntnis einer Linksfraktion in Regierungsverantwortung war oder ob sich in M-V doch noch echte Vielfalt und gelebte Integration umsetzen lassen werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke und
Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Für die Gruppe der FDP hat das Wort der Abgeordnete René Domke.

René Domke, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch mal einen anderen Aspekt hier mit reinbringen, denn zur Wahrheit gehört ja nun mal, dass wir allein aus der wirtschaftlichen Perspektive auf Zuwanderung angewiesen sind. Ich glaube, niemand hier im Saal glaubt doch, dass wir das durch eigene Geburten, also selbst, wenn jede Frau im gebärfähigen Alter noch nachlegen würde, dass wir den demografischen Wandel aufhalten können.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Jetzt geht es aber darum, jetzt geht es aber darum – und da entbrannte ja schon der Streit –, wollen wir eine geordnete Zuwanderung in die Arbeitsmärkte oder wollen wir eben eine ungeordnete Zuwanderung in die Sozialsysteme. Und ich glaube, wir haben es noch immer nicht verstanden, dass beides möglich sein muss, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz – wir haben immer dafür gekämpft, dass wir ein starkes Einwanderungsgesetz bekommen –, damit wir eben nach Kriterien der aufnehmenden Gesellschaft auch entscheiden können, wer zu uns kommt, wer bleiben kann, wer arbeiten kann, gleichwohl eine Verantwortung für die Staaten haben, wo diese Arbeitskräfte dann am Ende fehlen werden. Denn es ist ja auch keinem Staat damit geholfen, wenn die hoch qualifizierten Fachkräfte gehen und wir hinterher wieder mit Hilfe diese Staaten unterstützen müssen,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

weil es keine Fachkräfte mehr gibt. Auch das ist ja keine Lösung.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Gleichzeitig, gleichzeitig müssen wir nach wie vor einer humanitären Verantwortung gerecht werden. Und da habe ich manchmal so den Eindruck, wir sind in zwei Parallelwelten. Die Parallelwelten betreffen gar nicht die Migrantinnen und Migranten, von denen wir immer reden. Dass Sie in Parallel..., Sie leben auch in Parallelwelten. Sie wollen nicht hören, dass es positive Beispiele gibt, wie Sie nicht hören wollen,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das habe ich doch gesagt in meiner Rede.)

dass es negative Beispiele gibt.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das habe ich doch explizit formuliert in meiner Rede.)

Das wird hier immer nur am Rand ein bisschen hin und her ...

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Was ist das denn?!)

Ich habe damals gesagt, die großen Herausforderungen, lassen Sie uns eine Expertenkommission einsetzen, lassen Sie uns mal alle an einen Tisch kommen. Die Chance ist doch jetzt da. Wir sehen, es kommt Entlastung. Wir sehen, die Zahlen gehen zurück. Das kann aber nicht – und da bin ich bei Frau Oehlrich –, das kann nicht dazu führen, dass wir jetzt Integrationsbemühungen zurückschrauben,

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

ganz im Gegenteil, jetzt ist doch der Zeitpunkt, sich darum zu kümmern, die Menschen in Sprache, in Arbeit zu bringen und zu schauen, dass wir etwas gemeinsam mit ihnen gestalten, weil wir einfach darauf angewiesen sind. Wie passt denn das zusammen,

dass junge Menschen am Marienplatz tagsüber herumlungern und auf der anderen Seite am Bäckerladen oder wo auch immer in den Geschäften steht „Arbeitskräfte dringend gesucht“ und Restaurants schließen müssen, weil sie das gar nicht mehr besetzen können?!

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Das ist doch, das passt doch nicht mehr zusammen und das können wir den Bürgerinnen und Bürgern auch nicht mehr vermitteln. Und deswegen volle Konzentration jetzt auf die Integrationsbemühungen, aber auch volle Rechtsstaatlichkeit: Diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, müssen gar nicht erst verteilt werden im Land. Deswegen bin ich sehr dafür, dass man Dublin-III-Fälle zum Beispiel auch zentral betreut, bis sie zurückgeführt werden können. Warum werden die dann überhaupt bis auf die Gemeindeebene verteilt? Das macht keinen Sinn aus meiner Sicht.

Aber leider ist meine Redezeit schon zu Ende. Aber ich denke, es war nicht das letzte Mal,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass wir über diese Debatte gesprochen haben. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat die Abgeordnete Sandy van Baal.

(Unruhe bei Jens-Holger Schneider, AfD,
und René Domke, FDP)

Sandy van Baal, fraktionslos: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich erst nicht angemeldet zu dem Thema, aber als ich die Debatte hier verfolgt habe, habe ich mich berufen gefühlt.

Eine kleine Anekdote: Letzte Woche habe ich in Bad Doberan eine Flüchtlingsunterkunft mir angeschaut von den Maltesern, mich auch mit den Mitarbeitern ausgetauscht, mir das alles angeschaut. Die Dame vom Sozialamt vom Landkreis war auch dabei und wir haben über, was läuft gut und was läuft schlecht, uns ausgetauscht. Ich wollte mir eigentlich mal ein eigenes Bild machen. Kann ich bloß mal jedem empfehlen, das zu tun.

Da sind natürlich auch Herausforderungen angesprochen worden. Und ja, ich bin voll dabei, wir müssen Brücken bauen, aber wir dürfen auch nicht die Augen verschließen vor den Herausforderungen, die einem da auch entgegentreten. Das ist einfach so, das sind nicht nur die Sprachkurse, das ist auch das Erteilen von Arbeitserlaubnissen. Das Thema ist sehr komplex und auch über verschiedene Ebenen zu lösen. Wir hier allein auf Landesebene können es nicht lösen. Die Kommunen müssen da mit an den Tisch, deswegen bin ich ja dabei, alle an einen Tisch. Jetzt haben wir die Phase, wo es weniger wird, jetzt müssen wir auch die Chance nutzen, Integration wirklich qualitativ vernünftig zu bewerkstelligen.

Und auch das gehört zur Wahrheit dazu, nicht alle Migranten wollen integriert werden. Da gibt es Versuche und vor den wenigen Ausnahmen dürfen wir auch nicht die Augen verschließen. Und wer sich nicht an Recht und Ordnung hält, der muss halt auch mit den Konsequenzen leben. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

Und Integration ist keine Einbahnstraße, das will ich damit sagen. Ich bin ausnahmsweise, das passiert mir eher selten, auch bei Frau Oehlrich, darüber haben wir auch gesprochen: Es kann nicht sein, jetzt, wo wir die Luft haben, Integration wirklich qualitativ gut zu machen, dass wir da die Leistungen kürzen. Wenn wir jetzt anfangen, in dem Bereich Leistungen zu kürzen, fällt uns das finanziell in anderen Bereichen irgendwann auf die Füße. Was wir wohl machen müssen, uns die ganzen

Leistungen und Projekte anzuschauen und zu evaluieren, was hat Sinn gemacht und was macht noch Sinn. Das muss unbedingt passieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall René Domke, FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort der Abgeordnete Torsten Koplin.

Torsten Koplin, Die Linke: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich gemeldet, weil ich ganz gern auf Sie, Frau Oehlrich, noch mal eingehen wollte. Sie haben ja uns gelobt dafür, dass wir das Thema platziert haben, und das Lob nehmen wir gerne an. Und Sie haben das verbunden mit einer Kritik an uns, die Sie dergestalt angebracht haben, dass Sie an unserer Glaubwürdigkeit zweifeln.

Also, wir haben am 15. September bekanntermaßen den Haushaltspanentwurf in Erster Lesung behandelt, und bereits dort habe ich gesagt, dass der Integrationsfonds nicht so bleiben kann, wie er jetzt ist. Es ist in unserer Verantwortung, da eine Lösung für zu suchen. Und ich will Ihnen gerne sagen, und hier von dieser Stelle aus noch mal, wir sehen die Bedeutung von Integrationsleistungen überhaupt nicht anders als Sie und auch Frau van Baal eben. Wir werden an der Stelle nachsteuern, weil es notwendig ist. Ich wollte das hier nur nicht so stehen lassen für uns. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und ich schließe die Aussprache.

Ich möchte an der Stelle noch mal anzeigen, dass ich Teile der Rede von Herrn Tadsen noch mal prüfen werde bezüglich einer Verbindung der Abgeordneten Pulz-Debler zu Schlepperbanden. Das möchte ich mir noch mal anschauen.

(Thore Stein, AfD: Machen Sie das mal! –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Machen Sie das!)

Meine Damen und Herren, es liegt Ihnen ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 8/5383 zum Thema „Sozial- und Kita-Gipfel jetzt einberufen – Finanzierung der Kindertagesförderung und sozialer Leistungen sichern, Perspektivplan endlich vorlegen“ vor. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach angemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 25 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Auf den demografischen Wandel reagieren – Kita-Schließungen abwenden, Fachkraft-Kind-Relation verbessern, auf Drucksache 8/5110. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 8/5382 vor.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auf den demografischen Wandel reagieren –

Kita-Schließungen abwenden,

Fachkraft-Kind-Relation verbessern

– Drucksache 8/5110 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 8/5382 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Jutta Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um unsere Kinder, um ihre Zukunft, um die Frage, wer übernimmt Verantwortung oder spielt nur auf Zeit. Wir Bündnisgrünen sagen klar, Mecklenburg-Vorpommern hat gut ausgebildete Fachkräfte, überdurchschnittlich viele. Sie sind unser Kapital, unsere Chance, unsere Zukunft.

Und trotzdem, was passiert? Die Realität ist bitter, Mecklenburg-Vorpommern hat bundesweit die schlechteste Fachkraft-Kind-Relation.

(Torsten Renz, CDU: Hört, hört!)

Eine Fachkraft betreut hier fast doppelt so viele Kinder wie in westlichen Bundesländern. Die Ausbildung – hervorragend, die Zeit, sie anzuwenden – Fehlanzeige. Und während wir handeln wollen, lesen wir Mitteilungen anderer

Fraktionen, insbesondere derer, die derzeit im Bildungsministerium den Hut aufhaben – warme Worte,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

schöne Formulierungen, Zukunftskonferenzen, Workshops – alles sehr nett. Aber was passiert danach?

(Torsten Renz, CDU: Nicht die SPD wählen!)

Keine Taten, keine konkreten Schritte. Worte machen keine einzige Gruppe kleiner, sie füllen keine Lohntüte, sie verhindern keine Schließungen, sie entlasten keine überlasteten Fachkräfte.

Ich sage es deutlich: Wir können uns nicht mit warmen Worten zufriedengeben. Wenn Die Linke in ihrer Pressemitteilung von Impulsen aufnehmen und Impulse diskutieren spricht, sagen wir, wir brauchen konkrete Politik,

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

klare Entscheidungen, wirksame Maßnahmen.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Wir Bündnisgrüne setzen auf Qualität und Verlässlichkeit.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir fordern, 1 : 4 für Kinder unter drei, 1 : 10 für Kinder von drei bis sechs, 1 : 17 für Grundschulkinder. Ein bloßer Perspektivplan, liebe Kolleg/-innen von der CDU, reicht uns nicht aus.

(Torsten Renz, CDU: Das ist
auch noch mal ein Unterschied, ne?)

Kleinere Gruppen, gute Arbeitsbedingungen, verlässliche Kitastrukturen – das schützt Arbeitsplätze, das verhindert Schließungen, und es kommt den Kindern zugute. Wir brauchen ein langfristiges Finanzierungskonzept, das Qualität, Beitragsfreiheit und kommunale Handlungsfähigkeit zusammendenkt.

(Beifall Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur so bleiben unsere Kitas stark, leistungsfähig, kindgerecht – heute, morgen, in der Zukunft.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Chance, den demografischen Wandel als wirkliche Chance zu nutzen, nicht als Vorwand für Kürzungen, nicht als Rechtfertigung für schöne Worte ohne Taten. Frühkindliche Bildung ist keine Ausgabe, sie ist eine Investition, eine Investition in unsere Kinder, in unsere Familien, in unsere Fachkräfte, in die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns.

Und ich appelliere: Liebe Landesregierung, handeln Sie endlich! Liebe Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, Worte allein retten keine Kitas. Setzen Sie auf Qualität statt Kahlschlag und leere Versprechungen! Unsere Kinder haben nur diese eine Chance. Wir Bündnisgrüne stehen bereit, dafür einzutreten, heute und jeden Tag.
– Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich

sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Bildungsministerin Simone Oldenburg.

Ministerin Simone Oldenburg: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit 2017 verzeichnet Mecklenburg-Vorpommern einen Rückgang der Geburten. Bis zum Jahr 2033 werden voraussichtlich circa 40.000 unter 11-jährige Kinder weniger in unserem Bundesland leben. Darauf müssen wir uns alle einstellen, von den Trägern der Kindertagesstätten über die Kreise und kreisfreien Städte sowie die Gemeinden bis hin zu Bund und Land. Derzeit macht sich der Geburtenrückgang besonders in der Krippe und damit auch bei den Tagesmüttern bemerkbar.

Um dennoch die Erzieherinnen und Erzieher zu halten und weitere einzustellen, hat die Landesregierung gemeinsam mit den Trägern und auch den Kommunen in den vergangenen Jahren bereits mehrere qualitätssteigernde Maßnahmen eingeleitet, wie zum Beispiel die Weiterführung der Sprach-Kitas, den Abschluss des Landesrahmenvertrages – erstmalig in der Geschichte des Landes –, die Weiterentwicklung der Erzieherausbildung. Das alles führt zu einem zusätzlichen Bedarf von mindestens 1.200 zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern. Und gerade bei der Umsetzung des Landesrahmenvertrages rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einer wesentlichen Erhöhung der Personalbedarfe, genau wie bei der Umsetzung des Rechtsanspruches ganztags in den Horten. Um noch mehr Fachkräften die Möglichkeit zu geben, sich fortzubilden, um eventuell künftig nicht in der Krippe oder in der Kita, sondern im Hort tätig zu sein, bieten wir gemeinsam mit dem Weiterbildungsinstitut Schabernack dafür zusätzliche Seminare und Fortbildungen an. Auch wird durch die Senkung der Fachkraft-Kind-Relation auf 1 : 14 in der Kita ein weiterer Bedarf an Fachkräften von circa 2.500 notwendig werden.

Und es ist unbestritten, Frau Wegner, dass wir bei der Verbesserung der Qualität weiter vorankommen müssen, besonders in Krippe und im Hort. Gerade bei den ganz

Kleinen ist es ganz, ganz wichtig, und es muss auch als Allererstes verändert werden. Es geht nicht um die Frage, ob, es geht um die Frage, wann.

Aber das ist nicht die alleinige Aufgabe und Verantwortung des Landes, sondern es ist nur mit den Kreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden gemeinsam realisierbar, weil sie gemeinsam die Kindertagesförderung finanzieren, und die beläuft sich derzeit auf fast 1 Milliarde Euro jährlich.

(Torsten Koplin, Die Linke: Hört, hört!)

Das Land finanziert mit 55,22 Prozent den größten Anteil, den größten Anteil bundesweit – Landesanteil für Kita –, gefolgt von den Gemeinden mit 31,49 Prozent und den Kreisen beziehungsweise kreisfreien Städten mit 13,29 Prozent. Das bedeutet, dass alle drei Beteiligten nur gemeinsam die nächsten Schritte in der Qualitätsverbesserung gehen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linken)

Und selbstverständlich haben alle durch den Geburtenrückgang auch weniger Ausgaben, aber dennoch sind verschiedene Entwicklungen abzuwarten, bevor in weitere und wirklich noch mal notwendige Verbesserung investiert wird, denn wir wissen, weder den Kommunen noch dem Land geht es derzeit rosig.

In den Gesprächen, die wir seit mehr als einem Jahr mit den kommunalen Spitzenverbänden intensiv führen, betonen sowohl der Städte- und Gemeindetag als auch der Landkreistag, dass es vor der Umsetzung von Standarderhöhungen wichtig ist zu wissen, erstens, ob sich der Bund dauerhaft an der Finanzierung qualitativer Verbesserungen in der Kindertagesförderung für die Zeit ab 2026 beteiligt, zweitens, ob die geplante Verabschiedung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes mit der Festschreibung bundesweiter Standards im Achten Buch Sozialgesetzbuch zeitnah erfolgt, drittens, wie die Einführung der Umsetzung des Rechtsanspruches ganztags gelingt, viertens, wie sich die zur Verfügung stehenden Landes- und Kommunalfinanzen entwickeln, und fünftens, dass die Annahme der kommunalen

Spitzenverbände, dass es im ländlichen Raum weiterhin keinen Personalüberhang gebe, durch sie, also durch die kommunalen Spitzenverbände, mit der Realität abzugleichen ist.

Dieser gesamte Prozess wird von dem gemeinsamen Willen aller drei Beteiligten getragen, sich wirklich perspektivisch auf weitere Qualitätsmaßnahmen zu verständigen. Aber diese werden dennoch vermutlich nicht denen entsprechen, die im Antrag erwähnt werden, denn trotz der sinkenden Anzahl der Kinder sind die geforderten Verbesserungen, die ich nachvollziehen und auch versthen kann, mit erheblichen Zusatzausgaben verbunden. So beläuft sich allein die Senkung der Fachkraft-Kind-Relation für die 0- bis 2-Jährigen auf 1 : 4 auf jährlich 40 Millionen Euro. Die Senkung der Fachkraft-Kind-Relation in der Kita auf 1 : 10 schltzt mit weiteren 100 Millionen Euro jährlich zu Buche. Und die Senkung auf 1 : 17 im Hort kostet pro Jahr 35 Millionen Euro. Damit haben wir Ausgaben von 175 Millionen Euro pro Jahr, von denen alleine 97 Millionen Euro auf das Land, 55 Millionen auf die Gemeinden und auf die Kreise und kreisfreien Städte 23,25 Millionen Euro entfallen würden.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist wichtig, richtig, notwendig, dass weitere Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesförderung kommen müssen. Da beißt die Maus auch keinen Faden ab. Aber richtig ist auch, dass wir dazu die finanziellen Mittel benötigen, die sich nicht allein durch den Rückgang der Geburten kompensieren lassen. Das alles muss miteinander verzahnt werden, alle Beteiligten müssen dort an einem Strang ziehen.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Und deshalb werden wir auch weiterhin den guten Gesprächsfaden mit den kommunalen Spitzenverbänden mitnutzen, um hier auch nächste Schritte unter Beachtung der vom Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag erwähnten Einwendungen zu planen und Perspektiven für eine noch bessere Kindertagesförderung zu entwickeln.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Ministerin?

Ministerin Simone Oldenburg: Nee, ich bin ja fertig.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Der Kollege Renz stand aber schon da.

Ministerin Simone Oldenburg: Na klar!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Herr Renz!

Torsten Renz, CDU: Danke, Frau Präsidentin! Danke, Frau Oldenburg, dass Sie die Frage zulassen!

Nach Ihren letzten Ausführungen in dem Bereich in Millionenhöhe, was Sie aufgelistet haben – ich will die Zahlen ja auch nicht infrage stellen –, habe ich als Zuhörer sozusagen fast die Schlussfolgerung, dass es dann alles nicht leistbar ist. Sie machen also aus meiner Sicht möglicherweise eine realistische Faktendarstellung und gleichzeitig bauen Sie dann in Ihren Redebeitrag immer wieder ein, dass Sie dann trotzdem mit der kommunalen Ebene in konstruktiven Gesprächen sind, um – und das übersetze ich jetzt mal – Verbesserungen in der Fachkraft-Kind-Relation zu erreichen. Könnten Sie vielleicht das mal etwas deutlicher erklären, auf welchem Weg, auf welchen konkreten Fakten Sie sich bewegen, um auch der Öffentlichkeit irgendwann mal perspektivisch klarzumachen, wohin die Reise geht?

Ministerin Simone Oldenburg: Ja, sehr geehrter Herr Kollege Renz, um auf den Perspektivplan zurückzukommen: Da haben wir noch nicht gewusst, dass es eine neue Bundesregierung geben wird und dass wir jetzt komplett in der Finanzierung, was die Kita betrifft, vom Bund abhängig sind und wir nicht wissen, wie es weitergeht. Und gerne hätten wir auch die 5 Millionen Euro Landesgeld, die wir nehmen mussten, weil sich damals der Bund aus der Finanzierung der Sprach-Kitas gezogen hat und wir als

Land eingesprungen sind, hätten wir auch gerne für andere, weitere Qualitätsverbesserungen genommen.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Hört, hört!)

Und die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden sind dahin gehend, dass wir ja beide wissen, dass es Einsparungen gibt. Und diese Einsparungen, bin ich der Meinung, können teilweise dann in weitere Qualitätsverbesserungen gegeben werden. Aber erst, wenn sich alle drei darüber so einig sind und die Unsicherheiten, die großen Variablen, die wir nicht kennen – Bund, habe ich alles aufgezählt, gibt es weiter Geld vom Bund, wie entwickelt sich das Qualitätsgesetz, gibt es das, gibt es bundesweite Standards –, wenn wir das alles geklärt haben, dann ist eine Qualitätsverbesserung möglich. Das ist überhaupt nicht die Frage, aber das Wann.

Ich sage noch mal, es geht nicht um das Ob, es geht um das Wann. Und deswegen danke ich Ihnen sehr für die Frage, um das noch mal erklären zu können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Sie gestatten off... Gestatten Sie ...

Ministerin Simone Oldenburg: Nein.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... noch eine Nachfrage?

Bitte schön, Herr Renz!

Ministerin Simone Oldenburg: Nee, ich habe Nein gesagt.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ach Nein!

Herr Renz, nein.

Vielen Dank, Frau Ministerin!

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete Enrico Schult.

Enrico Schult, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Ja, die Angst geht um im Land. Glauben Sie mir, mein Telefon steht nicht mehr still.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Nächste Woche soll ja eine Demonstration hier stattfinden. Die Angst vor einem Kita-Sterben in Mecklenburg-Vorpommern treibt viele Erzieher um. Und insofern soll es, wie gesagt, nächste Woche dort eine Kundgebung geben, und diese Angst, sehr geehrte Damen und Herren, müssen wir ernst nehmen. Und deshalb bin ich den GRÜNEN auch dankbar, dass sie diesen Antrag hier auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Was ist der Hintergrund dieses Tagesordnungspunktes oder dieser Bedenken und Probleme, die bei den Kita-Trägern bestehen? Es ist der Sonderbericht des Landesrechnungshofes, der uns noch mal ins Stammbuch geschrieben hat, dass die Kita-Kosten aus dem Ruder laufen. Die Bildungsministerin führte es gerade an, fast 1 Milliarde Euro, und es wird sich jährlich um 100 Millionen Euro steigern. Und das ist natürlich logisch und nachvollziehbar, dass hier Handlungsbedarf besteht, werte Damen und Herren.

Wir haben zusätzlich noch eine Anfangslücke – da ist das Land, und die Kommunen und die Landkreise befinden sich noch in einem Rechtsstreit – von 150 Millionen Euro. Da lässt sich das Land im Übrigen noch von einer Topkanzlei vertreten. Ich weiß nicht, ob das so die richtige Gesprächs- und Handlungsgrundlage ist, um jetzt sozusagen mit den Kommunen und den Landkreisen über dieses Thema zu sprechen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen doch auch einmal die Ursache benennen, warum diese Kitakosten so aus dem Ruder gelaufen sind. Und ich weiß, insbesondere die Kollegen der SPD wollen es nicht gerne hören, aber die Kosten sind natürlich seit der Einführung der beitragsfreien Kita aus dem Ruder gelaufen, weil – es liegt auf der Hand – keiner mehr kontrolliert, keiner muss mehr bezahlen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

insofern wird das sozusagen auch dann abgerechnet und niemand kontrolliert die Kita-Kosten,

(Zurufe von Philipp da Cunha, SPD,
und Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

und deshalb besteht hier in der Tat auch Handlungsbedarf, und das hat ja der Landesrechnungshof in seiner Stellungnahme auch klar ausgeführt. Und wir haben im Haushaltbegleitgesetz, haben wir im Artikel 12 natürlich mehrere Möglichkeiten, um dem zu begegnen: Ausweitung der Prüfungsrechte, Aufnahme von retrospektiven Elementen in die Abrechnung, Berücksichtigung des demografischen Wandels, aber auch eine Reform des Schiedsstellenverfahrens.

Und, sehr geehrte Damen und Herren – ich bin auch Finanzpolitiker hier dieses Landtages –, wir müssen uns natürlich mit diesen Kosten auseinandersetzen. Aber ich sage es Ihnen ganz klar, wenn das Land, wenn die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die kostenfreie Kita ständig wie eine Monstranz vor sich herträgt, dann möge das Land auch das Geld in die Hand nehmen und die kostenfreie Kita da bezahlen,

(Rainer Albrecht, SPD: Machen wir ja auch. –
Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD:
Machen wir auch.)

sehr geehrte Damen und Herren, und nicht die Kosten auf die Landkreise und Kommunen abwälzen, die sozusagen unter dieser Kostenlast

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

natürlich mittlerweile ächzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –

Rainer Albrecht, SPD:

Da wird nichts abgewälzt.)

Und ich habe, und ich habe – ja, ich sagte es bereits – viele Telefonate geführt und mit Kitaträgern auch gesprochen. Und die Bedenken, die Sorgen sind nachvollziehbar und sie sind begründet. Wir haben einen massiven Geburtenrückgang hier in Mecklenburg-Vorpommern und die Kitaträger registrieren, dass die Anmeldungen in den Kindertagesstätten massiv zurückgehen. Das hat natürlich auch Folgen für die Infrastruktur, und Erzieher befürchten, dass sie ihre Arbeit verlieren. Und da, sehr geehrte Damen und Herren, müssen wir natürlich aufpassen, dass diese Erzieher nicht das Land verlassen, denn wir brauchen natürlich gut ausgebildete Erzieher. Das wurde vorhin ja angeführt, dass die Fachkraft-Kind-Relation in diesem Land einfach zu schlecht ist. Da müssen wir ansetzen, und deshalb müssen wir diese Erzieher unbedingt auch halten in diesem Land.

Die Bedenken der Träger gehen in diese Richtung, dass beispielsweise über das Haushaltsbegleitgesetz – ich führte es aus – die Mietkosten sich ändern werden. Jetzt werden tatsächlich, nur noch tatsächlich belegte Plätze sollen finanziert werden.

(Rainer Albrecht, SPD:

Das ist ja auch vernünftig.)

Vorher war es so, dass Plätze auch finanziert wurden, die gerade nicht belegt sind. Und das ist für einen Kitaträger natürlich schwierig, das zu planen. Genauso sieht es aus bei Stellen, bei Personalstellen, nur die tatsächlich belegt sind. Aber das ändert sich bei der Kita halt schnell. Die sind ständig auf der Suche auch nach Fachpersonal, und deshalb kommen sie in große Finanzierungsnoten.

Und es ist in der Tat auch so, dass Kritik am Landesrahmenvertrag dort geäußert wurde bei den Kitaträgern. Und zwar werden jetzt acht Betreuungsstunden, werden sozusagen, die möglichen zehn Betreuungsstunden werden nur noch auf acht Betreuungsstunden reduziert laut Landesrahmenvertrag. Und das ist in der Tat auch mit einiger Bürokratie verbunden.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist aber notwendig, dass wir natürlich unsere Kitas erhalten. Es ist notwendig, dass wir die Erzieher, die gut ausgebildeten Erzieher erhalten in unseren Kitas, denn Sie sehen doch alle, was los ist in diesem Land. Ich erinnere Sie an einen Bericht über die Einschulungsuntersuchung. Da kam gestern im NDR, jedes vierte Kind hat schon Defizite bei der Sprache, ja, bei motorischen Fähigkeiten. Und deshalb braucht es natürlich eine gute Fachkraft-Kind-Relation in den Kitas, und deshalb braucht es eben auch gute Erzieher. Allein mit den Sprach-Kitas ist es nicht getan. Die werden zwar natürlich gefördert – 140 Sprach-Kitas im Land –, aber wir haben ja über 1.300 Kitas, und insofern müssen wir auch diese anderen Kitas ganz anders, viel besser ausstatten.

Und, liebe GRÜNE, ich hätte mir gewünscht, dass Sie jetzt nicht nur, ja, wohlklingende Worte verlieren. Sie haben ja alles, Sie haben ja recht auch, Frau Wegner, mit dem, was Sie gesprochen haben. Aber Sie haben jetzt nichts mal auf den Tisch gelegt, wo man sagen könnte, wie wollen Sie diesen Umstand jetzt ausräumen, wie wollen Sie diese Probleme ausräumen. Wo, sagen Sie, müssen wir konkret ansetzen?

Und deshalb sagen wir, sage ich als AfD-Politiker, wo wir ansetzen würden. Wir würden natürlich in der Bürokratie einsparen. Mir wurde berichtet, das ist jetzt das aktuelle Stammdatenblatt, alle Kitas müssen jetzt ein Stammdatenblatt ausfüllen, um noch mal die Kinder einzuschätzen, das wird an die Grundschule dort dann geschickt. In der Sache mag das in Ordnung sein, aber das ist halt Bürokratie, die auch immer wieder auf die Kitas dann zukommt. Und das wird auch Probleme dann auch mit den Eltern, Debatten mit den Eltern nach sich ziehen. Und da müssen wir ansetzen, wir müssen tatsächlich die Bürokratie in den Kindertagesstätten reduzieren.

(Christine Klingohr, SPD:
Das haben wir immer gemacht.)

Oder beispielsweise ganz viele kleinteilige Förderprogramme, DESK oder das Alltagshelferprogramm, das ist, ja, sind hohe Kosten für Antragstellung, Zwischenberichte, Nachweise et cetera, Zeit und Geld für Träger und Kommunen. Und die verbrauchen fast genauso viel, genauso viel Aufwand wie das Förderprogramm selbst. Ich habe mir das mal aufgeschrieben, Alltagshelfer, gibt es 6.500 Euro im Jahr, davon bekommen Sie natürlich keine Fachkraft und auch keine Kraft mit einer pädagogischen Ausbildung. Und das DESK-Programm, 10.000 Euro gibt es dort im Jahr, und das ist natürlich auch viel zu hoher bürokratischer Aufwand, sehr geehrte Damen und Herren.

Oder schauen Sie sich die Verpflegungskosten an. Die Träger müssen oftmals die Verpflegungskosten übernehmen für die Migranten und für Bürgergeldempfänger.

(Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD:
Stimmt überhaupt nicht.)

Da müssen sie in Vorleistung gehen, da müssen sie in Vorleistung gehen

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist Unsinn.)

und müssen sie, nein, das ist in der Tat so, sie müssen – hören Sie doch mal zu! – sie müssen in Vorleistung gehen und dann kriegen sie das erstattet.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und
Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Aber die Vorleistung müssen sie natürlich, die Vor...

Ja, ich war doch noch gar nicht fertig, dann müssen Sie nicht immer so reinschreien.

Die Vorleistung müssen sie natürlich – und dann müssen sie das abrechnen. Und das ist Bürokratie, Herr Albrecht, das ist das, was ich anmerkte.

(Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD:
Das ist Quatsch.)

Insofern sagen wir als AfD-Fraktion, lasst uns diese Bedenken, die Sorgen ernst nehmen. Die Volksinitiative hat vor einem Jahr einen richtigen Ansatz gegeben, das Geld ist da.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, die Lampe leuchtet schon.

Enrico Schult, AfD: 680 Millionen allein für Flüchtlingskosten, sehr geehrte Damen und Herren, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Kommen Sie zum Ende!

Enrico Schult, AfD: ... hier im Landeshaushalt in Mecklenburg-Vorpommern 175 Millionen Euro.

Ja, da müssen Sie, da können Sie stöhnen, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, ...

Enrico Schult, AfD: 175 Millionen Euro ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Der Abgeordnete Enrico Schult beendet
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Erweitern

Sie Ihren Horizont, Herr Kollege! –
Zuruf von Dr. Anna-Konstanze Schröder, SPD)

Vielen Dank für Ihren Redebeitrag!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Torsten Renz!

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube schon, dass es bitter ist für die Linken, hier entsprechende Redebeiträge zu halten.

(Heiterkeit bei Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Nein, zu hören.)

Und irgendwie ist es ja auch mal die Zeit, nach vier Jahren so Bilanz zu ziehen. Und ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich den Bildungsbereich – und Kita gehört jetzt mit dazu – mal bilanziere, was Sie so versprochen haben und was Sie jetzt vorweisen können nach vier Jahren, das ist mehr als traurig. Ich würde sagen, Sie berufen sich ja immer als die Rächer der Gerechten, Sie sind für die soziale Kompetenz zuständig, und ich sage Ihnen am Ende, linke Politik in diesem Lande ist in den letzten vier Jahren in Regierungsverantwortung im Bildungsbereich gescheitert, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke: Oh!)

Ja, ich will das auch noch mal untersetzen, wenn ich zumindest einen Punkt mal aufrufe, Wahlprogramm der Linken: „... längerfristig muss ... die Fachkraft-Kind-Relation in Krippe, Kindergarten und Hort“ verbessert werden.

(Michael Noetzel, Die Linke: Richtig!)

„Deutschlandweit sind wir mit den jetzigen Fachkraft-Kind-Schlüsseln Schlusslicht.“

(Zurufe von Michael Noetzel, Die Linke,
und Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Das haben Sie damals aufgeschrieben. Was ist seitdem passiert? 1 : 14 ist die einzige Sache, die Sie gemacht haben.

(Zurufe vonseiten der Fraktion Die Linke: Ah!)

Ansonsten sind Sie im Krippenbereich und im Hortbereich nicht einen Millimeter vorangekommen.

(Michael Noetzel, Die Linke: Gesagt, gemacht.)

Sie sind einfach gescheitert.

Und den Redebeitrag von Frau Oldenburg für die Linke zusammengefasst, das ist ein ganz neuer Sound.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke:
Weil es ein hohes Niveau ist.)

Plötzlich ist für die Kita nur noch der Bund zuständig. Wenn der Bund nichts macht, sind wir im Land handlungsunfähig. Und wir können natürlich im Land nur noch was machen, wenn die Kommunen was machen. Also ich frage mich, als wir als Land von 1 : 18 schrittweise auf 1 : 14 abgesenkt haben, wo hat das Land einmal die kommunale Ebene gefragt. Das Land hat gehandelt, das Land hat gemacht unter der Regierung SPD und CDU.

(Rainer Albrecht, SPD: Das Land hat bezahlt.)

Und jetzt stellen die Linken sich hin und sagen, wir können gar nichts mehr machen. Nur noch der Bund ist zuständig und die Kommunen, und wir können gar nichts mehr machen. Also bei der Kostenfreiheit hat das Land auch nicht gefragt, das Land hat gemacht. Und insofern bin ich gespannt auf die Redebeiträge von SPD und Linken. Die Regierung habe ich in diesem Bereich abgeschrieben. Wollen mal sehen, ob Sie überhaupt sich noch bekennen zum Perspektivplan.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Sie schreiben ab. Jetzt haben Sie es zugegeben. –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Deswegen werde ich in meinem zweiten Redebeitrag mich mit denen auseinandersetzen, die möglicherweise in diesem Land was zu sagen haben, und das ist der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Und dann bin ich gespannt, was Rot-Rot hier jetzt platziert. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle hat noch mal um das Wort gebeten für die Landesregierung die Bildungsministerin Simone Oldenburg.

Ministerin Simone Oldenburg: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ach, Herr Renz,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

das ist tragisch, wenn man so viel nicht mitkriegt in vier Jahren! Das wundert mich wirklich. Sie sind ein intelligenter Mensch, und ich weiß jetzt nicht,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

welche, welche Dinge Sie ...

(Torsten Renz, CDU: Legen Sie mal los!)

Ich kann Ihnen das auch alles gerne noch mal aufschreiben, mache ich alles gerne.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Aber was wir alles in den vier Jahren in der Vergangenheit erreicht haben, zum Beispiel den gesamten Koalitionsvertrag umgesetzt, was den Bildungsbereich betrifft, und das haben wir schon ein Jahr vorfristig gemacht.

(Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke: Hört, hört!)

Und wenn Sie dann immer ankommen, das muss ich mal so sagen, mit „im Wahlprogramm steht“: Soll ich mal sagen, was bei Ihnen stand? 555 Polizisten! Wo sind die denn geblieben? Sie müssen doch einfach mal zur Kenntnis nehmen,

(Ann Christin von Allwörden, CDU, und
Torsten Renz, CDU: Stellen geschaffen,
die Stellen sind geschaffen.)

Sie müssen doch einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass das, was im Wahlprogramm steht,

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ein schlechtes Beispiel, Frau Oldenburg.)

ein Teil dessen, was im Wahlprogramm steht, ...

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Wo sind denn Ihre 1.000 Lehrer?)

Frau Allwörden,

(Glocke der Vizepräsidentin)

Sie können nachher hier vorne herkommen.

Ein Teil, was im Wahlprogramm steht,

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Torsten Renz, CDU)

wird in den Koalitionsvertrag immer Eingang finden, ein Teil. Vergleichen Sie bitte Ihre Wahlprogramme mit Ihren Koalitionsvereinbarungen! Das sind zwei verschiedene Schuhe, nämlich zwei Wahlprogramme von zwei Parteien, die sich zusammenfinden zu einer Koalition und aus zwei Wahlprogrammen einen Koalitionsvertrag machen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Gucken Sie sich an, was im Wahlprogramm der CDU für den Bund stand,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Schön, dass Sie uns erklären,
wie Koalitionsverträge entstehen!)

gucken Sie sich an, was bei herausgekommen ist jetzt in der Großen Koalition, die wir im Bund haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke)

Gern möchte ich, gern möchte ich mit weiteren Ungereimtheiten hier einmal aufräumen.

Es ist richtig – das gilt für beide, für Herrn Renz und für Herrn Schult –, dass das das Land macht. Das heißt, dass die Kostenfreiheit, anders als Herr Schult dargestellt hat, die Beitragsfreiheit wird gänzlich alleine vom Land getragen

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

und wird mit keiner müden Mark,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

mit keinem müden Euro auf irgendwelche Kommunen und auch nicht auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen.

(Rainer Albrecht, SPD: So viel zur Wahrheit!)

Das gehört dazu. Und diese Beitragsfreiheit beläuft sich insgesamt jetzt auf 250 Millionen Euro jährlich,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

250 Millionen Euro jährlich, die das Land komplett alleine finanziert.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
So ist es.)

Das ist außerhalb der Kosten, die in diese einzelnen Prozentregelungen dann reingehen. Die Einzigen, die für die Betreuung und für die Verpflegung der Kinder keinen einzigen Cent zahlen, sind die Träger.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Die Träger zahlen keinen einzigen Cent. Die Gemeinden bezahlen, also die Kommunen bezahlen, das Land bezahlt und die Eltern bezahlen dort, wo der Verdienst entsprechend ist, die Verpflegungskosten, die Träger nicht. Also das ist einmal ganz wichtig.

Und natürlich, Herr Renz, ist es auch richtig, dass man auf den Bund gucken muss. Man kann ja von der Ampel, die man vorher hatte, halten, was man wollte, aber da hatten wir für die Zeit eine ganz klare Perspektive,

(Torsten Renz, CDU: Das sind die,
die die Sprach-Kitas abgeschafft haben.)

was die Kita betroffen hat, nämlich 37 Millionen Euro jährlich, die wir vom Bund bekommen haben. Jetzt haben wir sie gerade einmal noch für 25.

(Zuruf aus dem Plenum:
Das war doch die Regierung davor,
das bringen Sie durcheinander.)

Wir wissen nicht, wie es weitergeht, das wissen wir nicht, Herr Renz. Und das müssen Sie einfach mit zur Kenntnis nehmen.

Genauso, wie Sie, Herr Schult, zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir hier nicht auf acht Stunden irgendetwas reduzieren. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen. Es gibt weiterhin den Ganztagsplatz mit zehn Stunden und den Teilzeitplatz mit sechs Stunden. Da gibt es überhaupt nichts, dass wir von zehn auf acht Stunden irgendwo runtergehen.

Und DESK kostet im Übrigen – das Dortmunder Entwicklungsscreening – 5 Millionen Euro, und das finden die Kindertageseinrichtungen eine sehr gute Möglichkeit, weil sie dort auch dann die Chance haben, noch zusätzliches Personal heranzuholen. Auch das ist wichtig.

Und das Stammbrett, was Sie meinen auszufüllen,

(Enrico Schult, AfD: Ja.)

zeigt mir, dass Sie nicht wissen, dass die Kindertagesstätten verpflichtet sind, dort, wo die Eltern es zulassen,

(Christine Klingohr, SPD: Genau!)

die Beobachtungs- und Dokumentationsbögen an die Grundschulen zu übergeben. Und das ist das Datenstammbrett,

(Enrico Schult, AfD: Weiß ich.)

nichts weiter ist das. Das heißt, wir haben es in Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten so gut verändert und strukturiert, dass die Kindertagesstätten damit wesentlich weniger Arbeit haben als vorher, wenn sie sich dafür entscheiden, dieses Angebot anzunehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Es liegen jetzt zwei Anträge auf Kurzintervention vor. Sie hätten jetzt die Gelegenheit, beide hintereinander zu hören und dann insgesamt zu antworten. (Zustimmung)

Das würden Sie gern so tun. Dann könnte Herr Renz sich dann auch schon nach vorne begeben und wir würden mit Herrn Schult beginnen.

Bitte schön!

Enrico Schult, AfD: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Oldenburg, ich sprach es an, DESK bezog sich auf diesen einen Träger, der das sozusagen auch ... Es ging nicht um das Gesamtbudget, 5 Millionen, sondern dieser eine Träger

meinte, 10.000 Euro, das ist nicht zu viel, das ist nicht Fisch, nicht Fleisch, davon kann man sozusagen auch keine Fachkraft beschäftigen.

Das Stammbuch habe ich in der Hand. Das ist durchaus auch, bei den Trägern muss viel diskutiert werden, um die Eltern davon zu überzeugen, dass sie diese Datenschutzerklärung unterschreiben.

Aber ich möchte auf einen anderen Punkt eingehen. Sie sagten, dass das Land, das Land die komplette Beitragsfreiheit übernimmt. Das habe ich auch nicht anders gesagt, Frau Oldenburg, ich habe lediglich gesagt, durch die Beitragsfreiheit ist sozusagen das Korrektiv weggefallen, das Korrektiv, dass die Eltern prüfen, wird der Betreuungsumfang jetzt in diesem Maße in Anspruch genommen. Und dadurch sind die Kosten aus dem Ufer gelaufen und aus dem Ruder gelaufen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und das können Sie ja, das können Sie ja auch gerne an den Zahlen nachlesen, denn es ist derzeit so – und das wurde uns im Bildungsausschuss auch dargelegt –, dass oftmals 15 Prozent der Leistungen falsch abgerechnet werden. Das heißt, dadurch – wo keiner fragt, prüft auch keiner nach – wird was abgerechnet, was aber gar nicht erbracht wird. Und das ist das Dilemma, was wir durch die Beitragsfreiheit haben, dass die Eltern als Korrektiv da fehlen. Also das bitte ich Sie, das auch klarzustellen, dass die Beitragsfreiheit durchaus das Land finanziert, aber durch die Beitragsfreiheit sind die Kosten insgesamt aus dem Ruder gelaufen.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Dann bitte schön, Herr Renz, Sie haben jetzt die Möglichkeit!

Torsten Renz, CDU: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin, ich will eigentlich durch meine Kurzintervention, durch meinen Beitrag Sie noch mal animieren, Dinge klarzustellen, die Sie möglicherweise falsch dargestellt haben.

Zum einen geht es um das Gute-Kita-Gesetz. Sie haben von den 37 Millionen Euro gesprochen, die das Land genommen hat für die Beitragsfreiheit. Da will ich noch mal darauf hinweisen, das hat überhaupt nichts zu tun mit der Ampel, sondern das war die Große Koalition. Und da war es tatsächlich so, dass es ausverhandelt wurde, dass dieses Geld in Mecklenburg-Vorpommern für die Beitragsfreiheit eingesetzt werden konnte.

Und zum Zweiten haben Sie dann ja immer so ein bisschen auf die CDU sozusagen geschimpft, so will ich das mal übersetzen. Und da will ich Sie auch einfach erinnern an die Tatsache, dass, wenn es um die Ampel und um die Sprach-Kitas ging, dass Sie insbesondere als Ministerin – aus meiner Sicht zu Recht – die SPD im Bund kritisiert haben, dass sie in diesem Bereich Kürzungen vornehmen und dass das Land die Finanzierung aufnehmen muss.

Insofern bitte ich Sie, das einfach noch mal klarzustellen, ob ich gut zugehört habe und das jetzt richtig wiedergegeben habe. – Herzlichen Dank!

(Zuruf aus dem Plenum: Nein.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ich gehe davon aus, Sie wollen darauf reagieren, ...

Ministerin Simone Oldenburg: Ach, na selbstverständlich, ...

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... Frau Ministerin.

Bitte schön!

Ministerin Simone Oldenburg: ... und zwar sehr gerne.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Schult, wenn ich mich richtig erinnere, und wir können dann im Protokoll gucken, haben Sie eben in Ihrer Rede gesagt, dass das Land nicht die Kosten für die

Beitragsfreiheit auf die Kommunen überwälzt. Das haben Sie gesagt aus meiner Sicht. Darauf hat sich mein Redebeitrag bezogen, dass ich sage, die 250 Millionen Euro jährlich für die Beitragsfreiheit zahlt einzig und alleine das Land.

Und wenn Sie jetzt sagen, weil die Eltern nichts mehr bezahlen, hätte sich das Korrektiv sozusagen ergeben oder überflüssig gemacht, bringe ich mein Kind hin, bringe ich mein Kind nicht hin: Wissen Sie, die Beitragsfreiheit bringt für alle Eltern für ein Kind vom ersten bis zum zehnten Lebensjahr 18.000 Euro Ersparnis je Kind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Das sind 18.000 Euro für mehr Teilhabe, das sind 18.000 Euro, die die Familien mehr zur Verfügung haben, ganz anders als in allen anderen Bundesländern. Durch die Beitragsfreiheit hat sich zum Glück das Gehalt der Erzieherinnen und Erzieher

(Rainer Albrecht, SPD: Jawohl!)

sehr, sehr gut entwickelt, weil nämlich vorher die Träger gesagt haben, ach Mensch – berechtigt –, wenn wir die Gehälter erhöhen, dann müssen wir die Elternbeiträge erhöhen, und das wollen wir nicht. Und deswegen hatten wir ein sehr niedriges Niveau. Und wir haben in den vergangenen Jahren seit der Beitragsfreiheit eine Erhöhung der Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern im Durchschnitt mit 1.000 Euro mehr im Monat. Und das ist das, was die Landesregierung will: gute Löhne für hervorragende Arbeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und das, und das hat die Beitragsfreiheit ebenfalls gebracht.

Und deswegen, weil bei der Beitragsfreiheit – natürlich kann es da vorkommen, dass Eltern die Kinder nicht abmelden –, deswegen hat der Landesrechnungshof gesagt, hier müssen mehr Prüfrechte her. Und natürlich müssen die Landkreise und kreisfreien

Städte auch die Prüfrechte, die sie schon haben, erst einmal überhaupt anwenden. Das ist das, was der Landesrechnungshof gesagt hat.

Und deswegen ist es wichtig, dass wir mit der fünften Novelle des KiföG die App einführen, die ganz viele Kindergärten schon haben aus Corona-Zeiten, dass nämlich genau gesagt wird, von wann bis wann ist ein Kind in der Kita, um überhaupt eine Datengrundlage zu haben. Das machen die Träger heute schon, weil sie das schon allein aus brandschutzrechtlichen Gründen wissen müssen, wie viele Kinder habe ich denn überhaupt in meiner Kita. Und nichts anderes ist das, als dass man sagt, man will wissen – und da hat der Landesrechnungshof recht, die Transparenz muss hergestellt werden –, wo wird das Geld, wofür wird das Geld ausgegeben.

Und das ist doch nicht mehr recht als billig, wenn man Steuergeld bekommt und sagt, wofür gebe ich das aus. Und Geld, was für die Kinder da ist, muss bei den Kindern ankommen. Geld, was für die Erzieher da ist, muss bei den Erziehern ankommen.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

So einfach ist das. Und dazu braucht man Datengrundlagen, und da hat der Landesrechnungshof zu Recht darauf hingewiesen, und deshalb setzen wir das um.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Habe ich jetzt was vergessen? Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich bei Herrn Renz jetzt etwas vergessen habe.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Wenn ...

Torsten Renz, CDU: Also mir würde das reichen, wenn Sie bestätigen, dass ich richtig ausgeführt habe.

Ministerin Simone Oldenburg: Nee.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Das mag die Politik der CDU sein, aber nicht meine. Erzählen Sie mal noch mal ganz kurz!

Torsten Renz, CDU: Okay.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Renz, ...

Ministerin Simone Oldenburg: Dann bin ich wieder drin.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... ich gebe Ihnen die Möglichkeit, kurz noch mal ...

Torsten Renz, CDU: Okay.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: ... zu reflektieren.

Torsten Renz, CDU: Erstens, das Gute-Kita-Gesetz, die 37 Millionen, die vom Bund gekommen sind, die wir für die Beitragsfreiheit genutzt haben, war ein Gesetz unter CDU/SPD, ...

Ministerin Simone Oldenburg: SPD/CDU.

Torsten Renz, CDU: Und zweitens ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Zweitens, die Ampel hat die Sprach-Kitas gestrichen, das Land musste die Finanzierung übernehmen, und Sie haben zu Recht – aus meiner Sicht – als Ministerin die SPD im Bund kritisiert.

Ministerin Simone Oldenburg: Ja.

Torsten Renz, CDU: Das bitte ich klarzustellen, ob ich richtig ausgeführt habe.

Ministerin Simone Oldenburg: Sie haben richtig ausgeführt, dass ich gesagt habe, dass wir die Regierung, die Ampel kritisiert haben dafür, dass sie sich aus den Sprach-Kitas herausgezogen haben, und mir ist auch vollkommen wurst, welcher Partei hier dann der jeweilige Minister/Ministerin angehört. Wir haben es als Land übernommen und haben dafür die 5 Millionen ausgegeben, das ist richtig, weil wir sagen, diese hohe Qualitätssteigerung in Mecklenburg-Vorpommern brauchen wir, die müssen wir erhalten.

Und das Gute-Kita-Gesetz, das hatte ja, das ist ja jetzt nicht mehr das, über das wir reden. Wir haben ja am Anfang, da haben Sie recht, bei der Regierung aus SPD und CDU haben wir die 37 Millionen ausgegeben für die Beitragsfreiheit. Also Sie haben das damals gemacht für die Beitragsfreiheit. Und das ist inzwischen aber längst alles so zurückgefahren worden, dass wir kein Bundesgeld mehr für die Beitragsfreiheit ausgeben, sondern für andere Qualitätsmaßnahmen, und die Beitragsfreiheit komplett als Land aus dem Landesgeld dann bezahlen.

Und es geht nicht um das Gute-Kita-Qualitätsgesetz, es geht um das nächste Qualitätsgesetz, was die Bundesregierung auf den Weg bringt mit verbindlichen, bundeseinheitlichen Standards. Kommt es oder kommt es nicht, das wissen wir nicht. Geht die Finanzierung hier weiter? Da geht es nicht um die Beitragsfreiheit, die 37 Millionen, das ist Geschichte, sondern bekommen wir weiter die 37 Millionen, vielleicht sogar mehr, und was ist mit dem Qualitätssteigerungsgesetz des Achten Sozialgesetzbuches, was dann wiederum besagt, dass es bundesweit verbindliche Standards gibt, die wir dann ja auch umzusetzen haben.

So ist das, glaube ich, richtig. Sie haben recht, ich habe die Bundesregierung kritisiert für die Sprach-Kitas, und Sie haben nur teilweise recht, weil es nur zum Anfang – die 37 Millionen – unter der Landesregierung der SPD und der CDU für die Beitragsfreiheit eingesetzt wurde, inzwischen ist dies nicht mehr der Fall.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Andreas Butzki, SPD: Eine gute
Nachhilfestunde für die CDU.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Durch die nochmalige Wortmeldung der Ministerin ergibt sich zusätzliche Redezeit für die Oppositionsfraktionen.

Für die Fraktion der SPD hat das Wort die Abgeordnete Mandy Pfeifer.

(Unruhe bei Andreas Butzki, SPD,
und Marc Reinhardt, CDU)

Mandy Pfeifer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Gar nicht so einfach, als Koalitionspolitikerin einzusteigen nach so einem engagierten Beitrag der Ministerin, aber ich will mal zu dem Titel des Antrages zurückkommen, liebe Jutta: „Auf den demografischen Wandel reagieren – Kita-Schließungen abwenden, Fachkraft-Kind-Relation verbessern“.

Ich hätte mir gewünscht, ich könnte anders in diesen Antrag einsteigen, aber vorgestern wurden Eltern in meinem Wahlkreis darüber informiert, dass ihre Kita geschlossen wird, und zwar schon zum Jahresende.

(Marc Reinhardt, CDU: Siehste!)

Und das hat mitnichten was mit dem demografischen Wandel zu tun, das hat auch mitnichten was mit sinkenden Kinderzahlen zu tun, sondern das hat was damit zu tun, dass ein Träger eine wirtschaftliche Entscheidung getroffen hat. Und ich würde wirklich darum bitten, weil ich glaube, dass diese polarisierende Debatte, die wir jetzt hier gerade erleben – und wir müssen über Kitas sprechen, das ist überhaupt gar keine

Frage –, dass die aktuell, so, wie sie öffentlich geführt wird, nur bei einer Partei einzahlt. Und da haben wir alle gemeinsam eine Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Und bevor ich in meinen Redebeitrag einsteige, Herr Schult, die Mär vom Korrektiv der Eltern, die kann ich auch nicht mehr hören, sage ich Ihnen ganz offen.

(Enrico Schult, AfD: Hat ja
Frau Oldenburg gerade bestätigt.)

Ich will Ihnen gerne sagen, dass ich auch Elternratsvorsitzende einer Kita war und dass ich da also durchaus das Interesse bekundet habe, an Entgeltverhandlungen teilzunehmen. Ich will Ihnen sagen, wie das gelaufen ist: Ich habe zwei Tage vorher den Termin gekriegt und nicht ein Stück Papier. Eltern sind gar nicht in der Lage, Korrektiv zu sein bei diesen Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltverhandlungen. Und das mag bei mir jetzt schon eine Weile her sein, aber ich höre, die Situation hat sich immer noch nicht verändert.

Also, dass Eltern kontrollieren können, ist kein Argument. Worüber man aber dringend nachdenken sollte, ist zum Beispiel eine Beteiligung der entsprechenden Betriebsräte in den Kitas. Die haben nämlich ein Interesse daran, dass das, was auf dem Zettel steht, am Ende auch in der Kita ankommt.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

Mandy Pfeifer, SPD: Bitte schön!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Herr Schult!

Enrico Schult, AfD: Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen!

Vielleicht habe ich mich falsch ausgedrückt. Die Eltern sind insofern ein Korrektiv, dass, wenn ich zum Beispiel zu meiner Frau sage, wir haben jetzt einen Ganztagsplatz, den nehmen wir in Anspruch oder bezahlen den, und das Kind holen meine Frau oder ich halt aber mittags ab, dann würde ich ja, in normalen Zeiten würde ich sagen, wir müssen dafür bezahlen, deshalb lass uns den Ganztagsplatz jetzt auf einen Halbtagsplatz reduzieren. Jetzt sieht es so aus, dadurch, dass die Eltern ja nichts mehr zahlen müssen und ihr Kind mittags abholen, würden Sie diesen Antrag gar nicht stellen, weil es ihnen schlichtweg egal ist. Also das war mein Korrektiv, was ich meinte – dass die Eltern nicht an Entgeltverhandlungen teilnehmen können, das liegt auf der Hand –, und das ist sozusagen das Korrektiv, was irgendwie verloren gegangen ist.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Sie müssten eine Frage formulieren.

Enrico Schult, AfD: Danke schön!

Sehen Sie das auch so?

Mandy Pfeifer, SPD: Herr Schult, nein, das sehe ich nicht so, tatsächlich. Ich kann Ihnen aus meiner Elternkarriere sagen, ich habe mir lange einen Kitaplatz geleistet, den ich nur noch zur Hälfte genutzt habe, einfach, weil es mir die Sicherheit gegeben hat zu wissen, wenn ich ihn noch mal brauche, kann ich ihn in Anspruch nehmen. Das habe ich bezahlt und das habe ich gerne gemacht.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Das ist schön, dass Sie sich das leisten konnten.)

Ich hoffe, dass diese öffentliche Debatte, die wir jetzt erleben und die ganz, ganz vielen Menschen Angst macht, dafür sorgt, dass Eltern bewusst wird, dass sie genau formulieren müssen, welchen Anspruch sie brauchen, damit wir bestimmte Leistungen auch aufrechterhalten können. Aber ich glaube nicht, dass die Keule, wir lassen euch gleich wieder bezahlen, notwendig ist, damit wir alle gut und planvoll mit den Leistungen, die wir haben, umgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jeannine Rösler, Die Linke)

Und jetzt würde ich gerne zu meinem vorbereiteten Redebeitrag kommen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Bündnisgrünen! Jeder möchte einen besseren Schlüssel in Kindertagesstätten. Zu glauben, das sei bei den regierungstragenden Fraktionen anders als bei Ihnen und bei euch, das ist einfach ungerecht, und das wisst ihr auch.

Sie haben heute einen Antrag vorgelegt, in dem Sie fair beschreiben, was wir alles tun für eine gute Kita in Mecklenburg-Vorpommern. Dafür danke ich Ihnen und würde gern noch hinzufügen, die allermeisten Bundesländer würden sich ein Kitasystem, wie wir es in M-V haben, wünschen.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Das dürfen Sie mir glauben, das höre ich in vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern.

Was Sie ausgelassen haben, ist, dass das Fachkräftegebot, das es in M-V gibt und das es nach wie vor gibt und auf das Erzieherinnen und Erzieher nach wie vor den allergrößten Wert legen, selbst in dieser Debatte überaus wichtig ist. Und wir vergleichen weiter Personalschlüssel oder Fachkraft-Kind-Relationen in anderen Bundesländern mit unserem Bundesland. Und Sie sagen eben nicht dabei, dass es hier einen Unterschied gibt.

Was Sie ausgelassen haben, ist, dass mitnichten alle Landkreise den Landesrahmenvertrag bereits umsetzen und mit ihren Leistungsanbietern auch verhandelt haben. Da steckt ganz viel Kraft drin, auch für Personal, auch für Personalsicherung. Und ich finde, das – und wir haben es schon geregelt im Gesetz,

dass wir die Regelungen des Landesrahmenvertrages mitfinanzieren werden –, ich finde, das ist ein Punkt, der ist noch nicht umgesetzt im Gesetz, und trotzdem kommen Sie mit dieser Forderung.

Was Sie ausgelassen haben, ist, dass mitnichten alle Kommunen die sozialräumliche Ausgestaltung ihrer Angebote tatsächlich ernsthaft vornehmen, um zielgenau dort für mehr Personal zu sorgen, wo es tatsächlich am dringendsten gebraucht wird, dort, wo die Kinder mit den größten Herausforderungen in die Kitas gehen.

Was Sie auch ausgelassen haben, ist die Frage, ob wir überall gleichmäßig einen Rückgang der Kinderzahlen sehen oder ob es regional Unterschiede gibt. Weil, dass es eine Gleichmäßigkeit gibt, ist ja auch die Voraussetzung dafür, dass wir landesrechtlich irgendetwas regeln können. Ich kann Ihnen da aus meiner Stadt berichten, da gibt es Stadtteile, da gibt es noch Wartelisten, und da gibt es Stadtteile, die müssen sich schon Gedanken machen, wie sie die nächste Krippengruppe gefüllt bekommen. Das ist auch das, worauf die Bildungsministerin hingewiesen hat.

Was Sie auslassen, ist die Frage – und darauf weist auch das Beispiel aus meinem Wahlkreis hin –, ob die Kitas schließen, weil sie klein sind und in Gegenden stehen, in denen Kinder nun schlicht aus dem Kitasystem rausgewachsen sind und die Besuchszahlen deshalb sinken. Dann treffen Träger so was als wirtschaftliche Entscheidung. In den ländlichen Räumen könnte es dafür Anhaltspunkte geben, weil sich eben die Menschen, die dort leben, nicht so schnell verändern wie in Städten.

Was Sie auch auslassen, ist die Antwort auf die Frage, ob das Betreiben einer Einrichtung unterhalb einer gewissen Kinderzahl für Kitaträger schlicht unwirtschaftlich ist und es sich bei den Schließungen um eine unternehmerische Entscheidung handelt – sagte ich gerade.

Das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN,

(Zuruf von Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das alles bleibt unausgesprochen und wird nicht hinterfragt.

Dafür kommen wir zu dieser Forderung, wir müssen jetzt die Fachkraft-Kind-Relation verändern. Und das kommt in einer Forderung, in einer Zeit, in der wir alle darum ringen, dass wir das, was wir haben, nicht verlieren, in der wir darum ringen, die Dinge, die wir haben, zu erhalten.

Wo sollen wir das Geld in der aktuellen Haushaltslage wegnehmen, Jutta? Bei den Schulen oder bei den Betreuungsvereinen oder beim Klimaschutz? Das, was wir hier zu treffen haben, ist ja keine politische Entscheidung. Wir machen mal nicht so, und die nahezu 100 Millionen, die die Ministerin jetzt hier skizziert hat, sind einfach mal eben da.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

Mandy Pfeifer, SPD: Ja, bitte!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Frau Wegner!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Sie über wirtschaftliche Entscheidungen ...

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Mandy, und ich bleibe gerne beim Du!

Wenn du darüber sprichst, und das ist ja richtig, dass es Träger zwingt zu wirtschaftlichen – also die wirtschaftliche Entscheidung, eine Kita zu schließen, das hat ja einen Hintergrund. Es hat ja den Hintergrund der Entscheidung, die jetzt im neuen KiföG drinsteht. Und meine Frage ist, welche Qualitätsverbesserung entsteht dadurch, dass die Kitas gezwungen werden, aus wirtschaftlichen Gründen zu schließen.

Mandy Pfeifer, SPD: Also erst mal haben wir noch kein neues ...

Darf ich?

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön!

Mandy Pfeifer, SPD: Also erst mal haben wir noch kein neues KiföG. Es mag eine Unruhe geben, weil es mal eine Anhörung gegeben hat, aber ich möchte dann an dieser Stelle einmal die Gelegenheit nutzen: Das KiföG hat diesen Landtag noch nicht erreicht, und das bedeutet, die Meinungsbildung der Landesregierung ist noch nicht abgeschlossen. Und ich würde alle mal bitten durchzuatmen, bis das denn so weit ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Jeannine Rösler, Die Linke)

und zu schauen, was uns am Ende wirklich vorgelegt wird.

Und ich mache zwei Punkte: Ich vermisste total – an so Häusern steht kein Rechtskreis dran –, ich vermisste total, dass wir über die Kinder- und Familienzentren sprechen. Die könnte man, da wird auch Personal gebunden und Fachkräfte gesichert. Ich vermisste total, dass Träger sagen, sie errichten eine Seniorenbegegnungsstätte, da wo Räume frei werden, weil Kitagruppen schließen müssen. Das würde auch eine qualitative Verbesserung bedeuten, aber darüber reden wir gar nicht. Wir reden gleich über Dinge, die aktuell in der finanziellen Lage – das wissen wir alle – nicht möglich sind.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine zweite oder noch eine Zwischenfrage von Herrn Renz?

Mandy Pfeifer, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Herr Renz!

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Kollegin, ich entnehme jetzt Ihren Äußerungen, aufgrund der finanziellen Situation, so, wie Sie sie darstellen, dass mit Blick auf einen möglichen Perspektivplan – was ja immer noch die Arbeitsgrundlage

per Beschluss des Landtages ist –, dass Sie sich sozusagen zumindest argumentativ davon verabschieden. Und ich will in diesem Zusammenhang erinnern, dass ich vorhin die Ministerin gefragt habe, mit welcher Zielstellung, mit welchen Ergebnissen dann die Gespräche mit der kommunalen Ebene geführt werden. Insofern würde mich dann aufgrund Ihrer Darstellung Ihre Einschätzung zur Perspektive im Erzieher-Kind-Bereich, in dieser Relation interessieren.

Mandy Pfeifer, SPD: Vielen Dank für die Frage, Herr Kollege!

Ich wäre noch darauf gekommen, aber dann geben Sie mir jetzt die Gelegenheit, auf die Ausschussdrucksache 8/280-2 zu verweisen. Da ist uns das Ergebnis, als Bildungsausschuss das Ergebnis des Kommunalgipfels aus November 24 vorgelegt worden. Da steht drin, dass das Bildungsministerium den Kommunen einen Vorschlag für einen Perspektivplan vorgelegt hat und die Kommunen darum gebeten haben, dass das erst 2027 beraten wird. Und wir müssen ernst nehmen, die Ministerin hat ausgeführt, warum wir, wenn die Kommunen uns darum bitten, aber in 2027 soll darüber beraten werden. Dann kann man auch schon sehen, welche Auswirkungen jetzt möglicherweise gesetzgeberische Entscheidungen getroffen haben. Wir nehmen als Koalitionsfraktionen die Bitte der Kommunen an dieser Stelle sehr ernst, und ich glaube, die CDU als Kommunalpartei sollte das auch tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank!

Da Frau Wegner noch steht, möchte Sie sicher noch eine Frage stellen. Würden Sie sie zulassen, Frau Pfeifer? (Zustimmung)

Bitte schön, Frau Wegner!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, dass ich die Frage noch stellen darf, weil ich würde gerne auf meine Frage noch mal zurückkommen: Wo ist die Qualitätsverbesserung, wenn Kitas schließen müssen?

Wir wissen, wir brauchen bessere Bedingungen in der Kita. Wir haben die Situation, dass wir Erziehende haben, und wir müssen gucken, wo wir das Geld hergeben. Aber meine Frage ist: Wie wollen Sie, wenn Sie das nicht, wenn wir nicht vorankommen, wie wollen Sie eine Qualitätsverbesserung erreichen?

Mandy Pfeifer, SPD: Ganz ehrlich, liebe Jutta, das habe ich ja gesagt.

Also wir können nicht so tun, als würde das Geld keine Rolle spielen. Das ist so und das schmerzt uns beide gleichermaßen. Aber wir haben Angebote, die wir aktuell schon haben und die darunter fallen, dass wir das, was wir haben wollen, sichern wollen. Da haben wir die KiFaZe, die kann man ansiedeln, dann muss vielleicht eine Kita nicht schließen. Und wir könnten Seniorenbegegnungsstätten machen, die ja auch Personal brauchen. Und dann muss das nicht schließen, und von beidem würde Kita qualitativ profitieren.

Wir wissen und wir reden immer wieder darüber, dass Alt und Jung sich gegenseitig beflügeln. Und wir reden auch darüber, dass wir eine enge Anbindung von Eltern brauchen. Wir haben dafür die Kinder- und Familienzentren, die Steffi Drese auf den Weg gebracht hat. Das ist ganz, ganz hilfreich. Wir wissen das aus der Enquete, dass alle die, die um die Kinder herum sind, in die gleiche Richtung gucken müssen, da würden so Kinder- und Familienzentren wirken. Und da sehe ich qualitative Maßnahmen, die möglich sind, trotz der finanziellen Situation tatsächlich.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Frau Wegner, ich würde Sie fragen, hat sich damit die Kurzintervention erledigt? (Zustimmung)

Ja, vielen Dank!

So, Frau Pfeifer, jetzt können Sie sich erst noch mal orientieren und dann ...

Mandy Pfeifer, SPD: Genau. Ich glaube, ich habe alles gesagt, was ich auch in meinem Redebeitrag hätte sagen wollen.

Wir müssen den Antrag deshalb ablehnen, wegen all der Ausführungen, die ich jetzt gemacht habe. Und wir würden auch wegen dessen, was ich an Herrn Renz gerichtet habe, den Änderungsantrag der CDU ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Gruppe der FDP hat das Wort die Abgeordnete Barbara Becker-Hornickel.

Barbara Becker-Hornickel, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, wer heute durch Mecklenburg-Vorpommerns Kitas geht, findet allerorts engagierte Fachkräfte, die täglich ihr Bestes geben und auch gut bezahlt werden, völlig in Ordnung. Aber sie arbeiten an ihrer Belastungsgrenze und darüber hinaus. Ein schlechter Betreuungsschlüssel, steigende Anforderungen, überbordende Bürokratie und Personalausfälle sind Realität. Das kann und darf doch nicht der Standard sein, wenn wir es ernst meinen mit Chancengerechtigkeit, bester Bildung und attraktiven Arbeitsbedingungen!

Ich bin schon dankbar für den Antrag der GRÜNEN, weil der demografische Wandel, den sehen wir allerorten. Und in diesem Fall bietet er aus meiner Sicht durchaus die Möglichkeit, den Betreuungsschlüssel, der bekanntlich in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit am schlechtesten ist, endlich kindgerecht anzupassen.

Für uns Freie Demokraten ist klar, frühkindliche Bildung ist nicht Aufbewahrung, sondern die erste und wichtigste Stufe unseres Bildungssystems. In diesen ersten Lebensjahren wird so viel für die Zukunft in den Kindern, in den kindlichen Köpfen gelegt, was sie für ihr ganzes Leben prägen wird. Und deshalb, finde ich, ist es wirklich wichtig, sich mit diesem Thema – ich stelle ja nicht infrage, dass es hier nicht der Fall ist –, aber sich dem wirklich besonders zu widmen.

Hervorragend ausgebildete Fachkräfte, die, denke ich, haben wir. Weniger Kinder, schlechter Betreuungsschlüssel, da sollte es auf der Hand liegen, den

Betreuungsschlüssel anzupassen. Aber nein, da wird diskutiert – und das haben wir in Rostock –, Erzieherinnen zu entlassen oder die Arbeitszeiten zu verkürzen auf zum Beispiel 20 Stunden. Wo bleiben denn da die Fragen nach Altersversorgung, eine auskömmliche Rente für diese Menschen, meist Frauen? Ja, das sind Themen, die uns hier Tag für Tag begegnen.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind uns einig, es sind die Kleinsten unserer Gesellschaft, denen wir den besten Start ins Leben ermöglichen müssen. Sie sollen von Anfang an ihre Persönlichkeit frei entfalten, Talente entdecken und stärken, Kreativität und Neugier ausleben dürfen. Deshalb brauchen wir einen bedarfsgerechten, verbesserten Betreuungsschlüssel.

(Beifall David Wulff, FDP)

Er muss pädagogische Arbeit genauso berücksichtigen wie Ausfallzeiten und Verwaltungsaufwand. Nur so gewinnen wir Zeit für das Wesentliche: unsere Kinder.

Zugleich fordern wir den konsequenten Abbau unnötiger Bürokratie, damit sich pädagogische Fachkräfte auch auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. Und wir setzen uns für den Einsatz multiprofessioneller Teams ein, um bessere Bildung für alle und Inklusion endlich zu ermöglichen. Erzieherinnen und Erzieher brauchen bedarfsgerechte Unterstützung von Sozialarbeitern, Sprachförderkräften und Heilerziehungspflegern. Wer Qualität will, muss priorisieren. Wer Menschen Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen will, muss dafür bereits bei den Kleinsten die Grundlagen schaffen. Der vorliegende Antrag enthält wichtige Impulse zur Verbesserung der Qualität unserer Kitas.

Aber ich finde auch die Ideen, die zum Beispiel meine Vorrrednerin hier aufgeworfen hat, es ist alles noch in der Diskussion, aber ich habe jetzt nicht wirklich verstanden die Ideen mit den Seniorenbegegnungsstätten. Was hat das jetzt wirklich zu tun mit der frühkindlichen Bildung? Das erschließt sich mir wirklich nicht.

Wir stimmen dem Änderungsantrag der CDU zu und genauso dem Antrag der GRÜNEN. – Danke!

(Beifall David Wulff, FDP)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke die Fraktionsvorsitzende Frau Rösler.

Jeannine Rösler, Die Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Unsere 13.000 Erzieherinnen und Erzieher betreuen und fördern jeden Tag circa 116.000 Kinder. Sie wenden sich ihnen fürsorglich zu, bauen eine Bindung auf, hören zu, beantworten Ztausende neugierige Fragen, erschließen ihnen verschiedenste Lebenswelten. Die Anforderungen an unsere Fachkräfte sind sehr hoch – frühkindliche Bildung, Sprachförderung, Inklusion, Digitalisierung, Gesundheitsbildung, Kinderschutz, Elternarbeit und, und. Ohne Frage, jedem Kind gerecht zu werden, ist ein täglicher Spagat, und das ist uns allen, glaube ich, sehr, sehr bewusst. Und daher gilt allen Beschäftigten in den Kitas Anerkennung und Respekt für ihre Leistung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Mecklenburg-Vorpommern hat landesweit mit 59,2 Prozent die höchste Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren erreicht, das ist deutschlandweit spitze. Auch bei den Drei- bis Fünfjährigen führt Mecklenburg-Vorpommern mit beeindruckenden 94,5 Prozent Betreuung und liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das gilt im Übrigen auch für die Fachkraftquote. Und ich meine, das ist eine Leistung, die es auch zu würdigen gilt, weil diese Betreuungssituation, die wir hier in Mecklenburg-Vorpommern haben, wie wir wissen, eben nicht so selbstverständlich ist in vielen anderen Bundesländern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Und ja, wir wissen auch, dass die Betreuungsqualität nicht automatisch mit dieser Quantität verbunden werden kann. Entscheidend ist – das ist doch hier völlig unbestritten –, wie viele Fachkräfte sich um die Kinder kümmern. Und deshalb ist es auch nachvollziehbar, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag die Fachkraft-Kind-Relation erneut in den Fokus rückt. Denn – das ist gar keine Frage – sie ist ein wichtiger Punkt für den Rahmen, der eine gute pädagogische Arbeit ermöglicht. Insofern sind wir, wenn wir uns aber die Entwicklung auch anschauen, doch ein Stück vorangekommen. Vor zehn Jahren lagen wir noch bei 1 : 16 im Kindergartenalter. Aber klar ist auch, wir müssen diesen Weg weiter beschreiten, und das ist hier auch deutlich zum Ausdruck gekommen. Wer würde sich nicht einen Schlüssel von 1 : 4 für unter 3-Jährige, 1 : 10 im Kindergarten und 1 : 17 im Hort wünschen? Das ist ...

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Fraktionsvorsitzende, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jeannine Rösler, Die Linke: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Frau Wegner!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben ja gerade letzte Woche nach der Zukunftskonferenz Kita von „Impulsen aufnehmen und diskutieren“ gesprochen. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie denn umsetzen, wenn Sie jetzt, so, wie Sie jetzt im Moment reden, wenn Sie sagen, das ist alles gut, um die Gruppen zu verkleinern, um Fachkräfte zu entlasten und um Schließungen zu verhindern? Oder soll das alles dann erst nach 2027 passieren?

Jeannine Rösler, Die Linke: Also ich komme dazu noch in meiner Rede, und ...

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, okay.

Jeannine Rösler, Die Linke: ... ich würde dann gerne weitermachen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wer würde sich eben nicht einen Schlüssel, so, wie Sie ihn hier vorgeschlagen haben, wünschen? Das ist etwas, wo wir hinkommen müssen, ganz ohne Frage. Und doch müssen wir ehrlich reflektieren – das haben wir hier auch schon gemacht –, dass diese Zahlen ein gewaltiger Sprung wären. Sie würden trotz rückläufiger Kinderzahlen in Mecklenburg-Vorpommern jährliche Mehrausgaben in dreistelliger Millionenhöhe erfordern, die Ministerin sprach von fast 200 Millionen Euro.

Und genau hier liegt ja das Problem des Antrags. Er benennt ambitionierte Ziele, aber eben kein Finanzierungskonzept, keinen Stufenplan, keine Aufschlüsselung der Kosten, keine Aussage zur Finanzierungsquelle, keine Strategie zur Beteiligung von Bund und Kommunen. Aber ohne all dieses funktioniert es eben auch nicht. Sie wissen, der Haushalt wächst nicht beliebig,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und die gegenwärtigen und künftigen finanziellen Herausforderungen lassen sich eben nicht einfach so ausblenden.

Im Jahr 2024 flossen insgesamt 923 Millionen Euro in die Kindertagesförderung – ein historischer Höchststand. Und, meine Damen und Herren – und an den Kollegen Schult gerichtet –, aus dem Ruder läuft hier gar nichts, was die Kosten betrifft. Der Landesrechnungshof hat sehr wohl auch festgestellt, dass die Kosten in Mecklenburg-Vorpommern diesbezüglich vergleichbar sind mit denen auch in anderen Bundesländern.

(Enrico Schult, AfD: Aber die haben
eine bessere Fachkraft-Kind-Relation. –
Zuruf von Thore Stein, AfD)

Es ist wichtig, auch anzuerkennen, was bereits erreicht wurde. Die vollständige Beitragsfreiheit seit fünf Jahren ist ein bildungspolitischer Meilenstein.

(Der Abgeordnete Torsten Renz
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Im Jahr 2025 stellt das Land Mecklenburg-Vorpommern rund 47 Millionen Euro für zusätzliche qualifizierte Qualitätsmaßnahmen im Kita- und Hortbereich zur Verfügung, und bereits im Jahr 2024 waren es 33,5 Millionen Euro. Und damit wurden innerhalb von nur ...

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Fraktionsvorsitzende, ich muss leider noch mal unterbrechen. Gestatten Sie eine erneute Zwischenfrage?

Jeannine Rösler, Die Linke: Nein, an dieser Stelle nicht.

Damit wurden innerhalb von nur zwei Jahren fast 80 Millionen Euro zusätzlich in die qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesförderung investiert. Das Programm für Alltagshilfen, das es bereits seit 2023 gibt, mit rund 4 Millionen Euro jährlich finanziert, hat sich auch als ein wichtiger Beitrag zur Entlastung des pädagogischen Personals erwiesen. Ein weiterer Teil der Strukturförderung sind die Mittel zur weiteren Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation im Kitabereich auf 1 : 14. Parallel dazu wird im Rahmen von Leistungsentgelt und Qualitätsvereinbarungen an der Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität gearbeitet. Dies umfasst Investitionen in Sprachförderung, inklusive Arbeit, digitale Infrastruktur, multiprofessionelle Teams, Supervision und Fortbildungsprogramme für das Fachpersonal.

Und insofern will ich hier dem auch widersprechen, was Frau Becker-Hornickel sagte. Ja, wir wollen mehr multiprofessionelle Kräfte in den Kitas, aber wir haben sie auch schon, wir haben diese Fachkräfte in den Kitas. Schauen Sie sich da gerne mal um, das werden Ihnen die Einrichtungen so auch bestätigen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Wir haben die Nichtanrechnung von Auszubildenden im ersten und zweiten Ausbildungsjahr durchgesetzt, ein Schritt, der rechnerisch 1.200 pädagogische

Vollzeitäquivalente zusätzlich ermöglicht. Die Sprach-Kitas wurden fortgeführt, eine Fachstelle für Mehrsprachigkeit aufgebaut. Mit Aqua-Kitas und dem Projekt „Niederdeutsch-Kitas“ sind neue inhaltliche Impulse gesetzt worden.

Qualität braucht eben nicht nur Ziele, sondern auch finanzielle Ressourcen, die alle beteiligten Ebenen auch leisten können müssen. Und deshalb müssen wir leider den Antrag in der vorgelegten Form – ohne eine realistische Umsetzungsstrategie – ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Mir liegen jetzt zwei Kurzinterventionen vor, die erste von Frau Wegner und die zweite von Herrn Renz.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Jeannine, ich wiederhole meine Frage von eben, weil du ja gesagt hast, es kommt jetzt in der Rede, welche Maßnahmen sind denn konkret geplant, um ...

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, ich muss aber darauf hinweisen, dass Sie die Kurzintervention gewählt haben und insofern keine Frage stellen dürfen. Sie müssten Ihre Formulierung vielleicht noch etwas verändern.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich formuliere kurz noch ein bisschen um, ja, vielen Dank!

Ich habe in Ihrer Rede nicht gehört, was Sie unternehmen wollen, um die Gruppen zu verkleinern, Fachkräfte zu entlassen und Schließungen zu verhindern. Und das ist der Grund, warum ich hier jetzt noch einmal stehe.

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Fraktionsvorsitzende, möchten Sie jetzt antworten oder die zweite Kurzintervention noch hören?

Jeannine Rösler, Die Linke: Ich würde erst mal antworten.

Ja, sehr geehrte Frau Kollegin, wir sind als Land, schließen ja zunächst erst mal keine Kitas. Das entscheiden die Träger, das entscheidet, ja, das entscheiden die jeweiligen Träger. Über die Maßnahmen, die wir ergreifen, wurde ja hier heute auch schon deutlich ausgeführt von der Ministerin. Sie finden auch im Doppelhaushalt, im Entwurf des Doppelhaushaltes eine ganze Reihe von Maßnahmen, die auch finanziell unterstellt sind, zu Qualitätsverbesserungen.

Wir halten an dem, was bewährt ist, weiterhin fest, wollen das auch sichern, und es ist ja hier deutlich zum Ausdruck gekommen, dass wir im Gespräch sind auch mit der kommunalen Ebene, mit der Bundesebene, um genau die Ressourcen zu haben, um dann auch einen Schritt weiter zu kommen, die Fachkraft-Kind-Relation weiter zu verbessern. Die Ministerin hat es gesagt, besonders notwendig ist es eben im Krippenbereich, hier nachzusteuern, und ich glaube, das ist der Schritt, den wir auch tun werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Die zweite Kurzintervention hält jetzt Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr, sehr viele Zahlen sind immer wieder in den Raum gestellt worden und die Ministerin hat auch wieder diese 18.000 Euro in den Raum gestellt, das ist die Entlastung für eine Familie, und Sie haben alle enthusiastisch geklatscht. Ich habe jetzt schon den einen oder anderen SPD-Abgeordneten gefragt, ob er mir mal die 18.000 Einsparung erklären könnte. Insofern, glaube ich, ist jetzt der richtige Moment, dass Sie – weil ich keine

Erklärung bekommen habe – das vielleicht mal der Öffentlichkeit darstellen können, wie wir auf diese 18.000 Euro Einsparung für die Familien kommen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Jeannine Rösler, Die Linke: Herr Kollege, das ist ein Durchschnittswert, den kann man, der ist errechnet worden als Einsparung für die Eltern,

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

die ersparten Kitagebühren sozusagen über einen Zeitraum, den ein Kind eben von der Krippe bis zum Hort durchläuft. Und das ist die Ersparnis von circa 18.000 Euro im Durchschnitt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Der Abgeordnete Torsten Renz
spricht bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

(Julian Barlen, SPD: Krippe, Kindergarten, Hort.)

Das Wort ...

Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Weitere Fragen sind jetzt nicht möglich.

(allgemeine Unruhe – Julian Barlen, SPD:
Krippe, Kindergarten, Hort. –
Torsten Renz, CDU: Zehn Jahre.)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Wegner.

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 20 Minuten?

(Die Abgeordnete Jutta Wegner
wendet sich an das Präsidium. –
Schriftführer Michael Noetzel: 20 Sekunden.)

Okay, ich komme auch so hin.

(Julian Barlen, SPD: Ja,
das sind 150 Euro im Monat. –
Jeannine Rösler, Die Linke:
Das ist der Durchschnitt. –
Unruhe bei Julian Barlen, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie bitten, jetzt Ihre Rechenspiele zu beenden und dass wir der Rednerin zuhören, wenn sie denn anfängt.

Bitte, Frau Wegner!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, vielen Dank!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute über frühkindliche Bildung gesprochen. Gehört haben wir Zahlen, Konzepte, Absichten. Aber hören Sie genau hin: Am Ende zählt nicht, wie wir reden, am Ende zählt, welchen Start wir unseren Kindern ermöglichen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Fachkräfte sind exzellent, engagiert, motiviert, aber sie sind überlastet. Mecklenburg-Vorpommern: schlechteste Fachkraft-Kind-Relation bundesweit, fast doppelt so viele Kinder pro Fachkraft wie anderswo –

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Christian Albrecht, Die Linke)

Alltag, jeden Tag, für jede Fachkraft, für jedes Kind. Und unter diesen Bedingungen dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn bei der Schuleingangsuntersuchung jedes vierte Kind auffällig ist. Da helfen auch die Mittel offensichtlich nicht, die für die Sprach-Kita zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Qualität kostet Geld. Schlechte Bedingungen kosten viel mehr.

(Tilo Gundlack, SPD:
Was für schlechte Bedingungen?)

Wir zahlen, wir zahlen den Preis, nur sehr viel später kostet das zu viel.

(Tilo Gundlack, SPD:
Was erzählt sie da vorne wieder?!)

Vor einem Jahr gab es eine Volksinitiative. Vor einem Jahr hat die Regierung versprochen, einen Stufenplan zu erstellen, der jetzt, wir haben es gehört, auf 2027 verschoben wird – auf Bitten der Kommunen, ich will das nicht unterschlagen.

(Glocke der Präsidentin)

Wir haben viel Geld in die Ausbildung von Erzieher/-innen gesteckt, die jetzt, wenn sie ihre Ausbildung abschließen, Angst haben, ob sie denn übernommen werden. Was ist passiert? Nichts, keine Umsetzung, nur Worte,

(Jeannine Rösler, Die Linke:
Das stimmt doch nicht.)

viel Lärm und nichts dahinter.

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke:
Das ist ungerecht.)

Kitas werden nicht durch Worte gerettet, Kitas werden durch Entlastung gerettet, durch kleinere Gruppen,

(Jeannine Rösler, Die Linke:
Sie werden auch entlastet.)

durch verlässliche Arbeitsbedingungen, durch ein finanzielles Fundament, das Bestand hat. Punkt!

Wir hören oft vom demografischen Wandel. Ja, wir erwarten in Zukunft weniger Kinder. Und das ist keine Krise, das ist eine Chance.

(Tilo Gundlack, SPD: Was?!)

Weniger Kinder bedeuten, bei gleichen Kosten können wir die Fachkraft-Kind-Relation deutlich verbessern.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Kleinere Gruppen, mehr Zeit für jedes Kind, bessere Qualität, das war doch Ihr Plan, liebe Koalition.

(Der Abgeordnete Enrico Schult
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Wir fordern deshalb kleinere Gruppen für alle Altersstufen, sichere Arbeitsbedingungen, damit Fachkräfte bleiben, ...

(Rainer Albrecht, SPD: Haben die auch
das Finanzierungskonzept dabei?)

Präsidentin Birgit Hesse: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein.

... nachhaltige Finanzierung, die Qualität, Beitragsfreiheit und kommunale Handlungsfähigkeit zusammendenkt.

Frühkindliche Bildung ist keine Last, sie ist die Zukunft. Wer in Kinder investiert, legt den Grundstein für kluge Köpfe, legt den Grundstein für Zusammenhalt, legt den Grundstein für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern. Jeder Euro zählt, jede Stunde zählt, jede Fachkraft zählt.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen nicht zulassen, dass schöne Worte unsere Kinder warten lassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Impulse liegen bleiben, weil andere sich nicht durchsetzen oder nicht durchsetzen wollen. Jetzt ist die Zeit zu handeln. Jetzt ist die Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Wir Bündnisgrüne stehen bereit – heute, morgen, jeden Tag, für unsere Kinder, für unser Land. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Mir liegt jetzt eine Kurzintervention von Herrn Schult vor.

Bitte, Herr Schult!

Enrico Schult, AfD: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Frau Wegner, Sie haben gesagt, die Bündnisgrünen stehen bereit. Ich hatte das ja bei meinem ersten Redebeitrag schon mal erwartet oder gefordert, dass Sie mal konkret sagen, was wollen Sie ändern, wo wollen Sie ansetzen. Also Sie haben das jetzt mit vielen Worten auch alles richtig formuliert. Aber jetzt erwarte ich von Ihnen auch mal eine klare Ansage, wo wollen wir denn jetzt ansetzen. Sollen die Prüfrechte gestärkt werden, soll mehr Geld ins System gepumpt werden, um diese Fachkraft-Kind-Relation zu verbessern? Das liegt ja auf der Hand, das ist ja auch richtig, wie die Volksinitiative im letzten Jahr ja auch forderte, deshalb stimmen wir Ihrem Antrag heute auch zu. Aber das ist mir ein bisschen substanzlos. Also sagen Sie jetzt mal konkret, wo wollen Sie ansetzen, wenn Sie Bildungsministerin werden, was würden Sie als Erstes jetzt machen, um die Kitas zu entlasten!

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich würde als Allererstes damit beginnen

...

Ach so, Entschuldigung!

(Die Abgeordnete Jutta Wegner
wendet sich an das Präsidium. –
Präsidentin Birgit Hesse spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ich würde als Allererstes damit beginnen, einen Plan zu haben. Der Stufenplan, der angekündigt ist – die Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, die laufen doch längst, und Sie sind uns immer noch einen Stufenplan schuldig. Und den brauchen wir, um zu sehen, wie wir zu unserer Forderung ... Und das sind nicht die Zahlen, die in der Betreuungsrelation in den Bundesländern im Westen des Landes gelten,

(Rainer Albrecht, SPD: Das kann man nicht
vergleichen, das wissen Sie doch.
Der Vergleich hinkt doch.)

wir sind ja weit auch davon noch entfernt.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und dafür brauchen wir eine Perspektive, wir brauchen einen Plan, wir brauchen diesen Stufenplan. Und wir brauchen ihn nicht erst 2027, sondern wir brauchen ihn jetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine beeindruckende Diskussion, insbesondere, wenn ich den Redebeitrag von Frau Pfeifer reflektiere für die SPD-Fraktion.

(Rainer Albrecht, SPD: Gut, ne?)

Auf der einen Seite erleben wir ständig, dass Sie sich abfeiern, Ihre Koalition, für die Erfolge im Kitabereich. Sie starten gerade wieder Social-Media-Kampagnen, wo Sie die 18.000 Euro rund um die Uhr verkaufen, kostenlose Kita ist Ihr Verkaufsschlager. Und dann stellen Sie sich heute hier hin, Frau Pfeifer – ich glaube, es ist nur der erste Schritt –, und sagen, jetzt, wo Gegenwind entsteht, wo ein Brief in der Öffentlichkeit ist von der LIGA der Spaltenverbände, ich sage nur noch mal die Überschrift: „Unstrukturierte Kürzungen im sozialen Bereich gefährden den sozialen Frieden“, 277 Einrichtungen sind Unterzeichner, und dann stellen Sie sich heute hier hin und sagen, diese Diskussion hilft nur einer Partei und einer Fraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Horst Förster, AfD:
Das ist doch nicht schlecht. –
Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD)

Ich glaube, dann können Sie, wenn das Ihr Ansatz ist, Politik einstellen. Sie sollten sicherlich nach vorne schauen, aber sich auch mal rückblickend fragen, ob die Politik, die Sie bisher betrieben haben – und ich muss ja ganz einfach feststellen, dass Sie in diesem Politikbereich, gescheitert ist vielleicht übertrieben, aber eine Riesenbaustelle hinterlassen. Und dann sollten Sie sich fragen,

(Julian Barlen, SPD: Da waren Sie doch lange Jahre Teil von. Was ist das jetzt?)

wie sind Sie in diesem Bereich, wie sind Sie in diesem Bereich mit dem Parlament, aber auch mit den Bürgern umgegangen. Und dann sollten Sie vielleicht zuerst die Fehler bei sich suchen.

Und dann erinnere ich Sie ganz einfach an den Landtagsantrag, den wir als Beschlussempfehlung auf den Weg gebracht haben, und ich erinnere Sie daran, was Sie damals in Vertretung Ihrer Kollegin Dr. Wölk hier vorgetragen haben, aber auch die Linken vorgetragen haben, nämlich dass Sie sehr wohl einen Perspektivplan entwickeln wollen. Das haben Sie in allen Reden zu Protokoll gegeben, und dieser Landtagsbeschluss gilt weiter.

Wir haben Ihnen letztes Mal schon, im Jahre 24, ganz konkret die CDU-Fraktion, gesagt, wir reichen Ihnen die Hand, lassen Sie uns einen Perspektivplan ohne diese konkreten Formulierungen, die die GRÜNEN heute in ihrem Antrag haben, formulieren und beschließen und auf den Weg bringen. Sie haben das damals nicht angenommen, Sie haben gesagt, wir, Rot-Rot, kriegen das alleine in den Griff.

Heute muss ich feststellen, klar, Sie haben richtig ausgeführt, dass Sie im Dezember 24 die Ausführungen im Bildungsausschuss der Bildungsministerin zur Kenntnis genommen haben, dass ein Vorschlag der Landesregierung den kommunalen Spitzenverbänden übermittelt wurde. Wir kennen diesen Vorschlag nicht, ich weiß

nicht, ob Sie den kennen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Ministerin heute ausgeführt hat, und das zweifle ich auch nicht an, dass die kommunalen Spitzenverbände sagen, wir brauchen Luft zum Atmen, wir wollen kein Ergebnis herbeiführen.

Aber wenn Sie dann hier am Rednerpult stehen und auch auf meine Nachfrage hin wiederholt sagen – auch heute –, Sie sind weiterhin in Gesprächen, dann frage ich mich, ob das ehrliche, vertrauensvolle Politik ist. Und wenn ich die NDR-Berichterstattung vom 11.09. – das ist im Prinzip auch gestern – noch mal nehme und da die Ministerin zitiere, man befindet sich dazu noch in Gesprächen mit den Kreisen und dem Bund:

(Torsten Koplin, Die Linke: Manche Gespräche dauern länger, das ist so.)

Was suggerieren Sie dann? Sie sagen uns, wir sollen die Diskussion und die Arbeit einstellen. Sie schieben gegenüber auch der Volksinitiative, gegenüber den Interessenverbänden die Themen einfach in die Zukunft. Sie bieten – und das ist ein großer Vorwurf von mir – keine Spitzengespräche an, Sie kommen nicht, vielleicht nicht Sie als Fraktion, aber die Landesregierung,

(Julian Barlen, SPD: Die laufen schon. Die muss man nicht anbieten, wenn die schon laufen.)

Sie kommen mit einem Artikelgesetz um die Ecke und wundern sich dann, dass 277 Einrichtungen so einen Brief hier unterschreiben.

Ich sage Ihnen, kommen Sie zurück zu den Inhalten und kommen Sie nicht mit so einer Argumentation!

(Julian Barlen, SPD: Dann kommen Sie bitte zurück zu den Fakten!)

Dann können wir nämlich alle die Politik einstellen, wenn wir hier Missstände diskutieren, dass Sie sagen, wir sollen das nicht mehr diskutieren, davon profitiert nur einer. Nein, wir brauchen in der Politik die Benennung von Schwachstellen, wir brauchen aber Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit. So werden wir diese Krise in dieser Gesellschaft, so hoffe ich es, aus der Mitte heraus dann auf den Weg bringen.

Deswegen werden wir auch dem Antrag der GRÜNEN in dieser Form mit diesen Zahlen nicht zustimmen. Ich glaube, das wäre in der jetzigen Situation nicht seriös. Wir kommen mit einem Änderungsantrag, der im Prinzip wiederum die Hand ausstreckt und sagt, wir wollen einen Perspektivplan. Da berufen wir uns auf den Landtagsantrag, den Sie beschlossen haben. Und wenn Sie Realität und Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit wieder an den Tag legen wollen, dann müssen Sie sich hierinstellen und den Landtagsantrag per Beschluss aufheben. Oder aber es bleibt weiterhin die Arbeitsgrundlage, und dann müssen wir uns nicht wundern, wenn der eine oder andere in der Gesellschaft ausschert in eine Richtung, die wir alle nicht wollen.

Insofern ist für uns das weiter die Arbeitsgrundlage. Wir sagen erneut, lassen Sie uns einen Perspektivplan auf den Weg bringen mit allen Akteuren in diesem Politikfeld! Und machen Sie sich ehrlich, stimmen Sie unserem Antrag zu!

Ich beantrage für die CDU-Fraktion ziffernweise Abstimmung und sage schon mal voraus, dass wir dem Antrag der GRÜNEN in dieser Form nicht zustimmen mit diesen konkreten Zahlen, sondern wir werben bei den GRÜNEN, insbesondere jetzt auch nach dieser Diskussion, nach dem Austausch von inhaltlichen Argumenten, dass Sie unseren Änderungsantrag übernehmen. – Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Renz, vielen Dank!

Darf ich noch einmal eine Nachfrage stellen? Sie meinen die ziffernweise Abstimmung bei Ihrem Änderungsantrag?

Torsten Renz, CDU: Ziffernweise den ganzen Antrag, und zu ...

Präsidentin Birgit Hesse: Ja, bei welchem Antrag? Den Änderungsantrag ...

Torsten Renz, CDU: Von den GRÜNEN.

Präsidentin Birgit Hesse: Okay.

Torsten Renz, CDU: Und wir haben ja zu dem einen Punkt einen Änderungsantrag.

(Torsten Koplin, Die Linke: Was
meinst du jetzt, den GRÜNEN-Antrag
oder den Änderungsantrag?)

Wird die Präsidentin ...

(Schriftführer Michael Noetzel:
Römisch oder arabisch? –
Der Abgeordnete Torsten Renz
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
allgemeine Unruhe –
Präsidentin Birgit Hesse
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Ich präzisiere dann noch mal, weil es Rückfragen gibt: Wir beantragen die ziffernweise Abstimmung zum Antrag der GRÜNEN, und zu dem einen entsprechenden Punkt unter II.1 haben wir einen Änderungsantrag.

Und ich brauche, wie gesagt, nicht solche Bemerkungen, so unter dem Motto, ja, wir machen uns jetzt auf den Weg, und dann wird ohne eine Begründung irgendetwas abgelehnt. Ich sage Ihnen, wir brauchen ein selbstbewusstes Parlament, wir brauchen selbstbewusste Fraktionen. Und das, was wir gestern erlebt haben, dass ein Redner

der SPD einen Überweisungsantrag uns vom Pult zuspricht, in einen zusätzlichen Ausschuss zu überweisen,

(Christine Klingohr, SPD:

Das hat er nicht getan.)

nach Rücksprache mit dem Innenminister, der nickt und sagt, ja, das machen wir so, und anschließend, auf welchem Weg auch immer,

(Beifall und Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

ohne, ohne in die Diskussion hier im Parlament zu gehen, dann das Ganze wieder ablehnt, ...

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,

und Marcel Falk, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, ich weise darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist.

Torsten Renz, CDU: ... also diese Spielchen brauchen wir nicht, deswegen sage ich

...

(Der Abgeordnete Torsten Renz beendet

seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –

Julian Barlen, SPD: Wenn wir jetzt mal

eine Liste aufmachen, wo die CDU

nicht das gemacht hat, was Sie wollen,

dann sitzen wir morgen Abend hier noch. –

Der Abgeordnete Torsten Renz
wendet sich an das Präsidium.)

Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Es gab ein kleines Missverständnis. Frau Wegner hat sich noch mal als Rednerin gemeldet und nicht die Kurzintervention.

Insofern – aber, Frau Wegner, Sie sind noch nicht dran –, ich habe noch einen weiteren Redner auf meiner Rednerliste, möchte aber die Gelegenheit nutzen, Gäste zu begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am Tannenberg. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier im Landtag sind!

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der SPD Herrn Pegel.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Christian Pegel, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Den Zwischenruf habe ich leider nicht gehört, sonst würde ich gerne reagieren.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, ich würde zunächst auf den letzten Hinweis, der außerhalb dieser Diskussion nicht gleichwohl von Herrn Renz aufgerufen wurde ... Ich bin gestern nur gefragt worden, ob verfassungsrechtliche Prüfungen im Justizministerium oder im Innenministerium stattfinden.

(Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

Und da habe ich aufs Justizministerium verwiesen, ich habe keinerlei anderen Dingen zugestimmt –

(Christine Klingohr, SPD:
Das weiß Herr Renz auch.)

um einfach nur deutlichen Missverständnissen, die hier perpetuiert werden sollen, entgegenzuwirken.

(Torsten Renz, CDU:
War Herr Butzki alleine schuld.)

Jetzt gehe ich ...

(Unruhe vonseiten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf aus dem Plenum: So ist es.)

Da ist Herr Butzki, ist er alleine, ausnahmsweise alleine schuld. Ich stehe Ihnen sonst gerne bei, an der Stelle ...

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich, als unsere Lütten in die Kita gingen, da hatten wir gute Freunde – die haben wir zum Glück immer noch – in Schleswig-Holstein. Er ist studierter Betriebswirt, bei einer Bank tätig, sie studierte Pharmazeutin in einer Apotheke, und unsere Kinder mussten zur gleichen Zeit in die Kita, damals in die Krippe. Und ich erinnere mich, wie die völlig entgeistert waren, wie sie ihren Job noch machen sollen. Schleswig-Holstein bot denen einen Kindergartenplatz zwei Gemeinden weiter, 08:00 Uhr bis 12:30 Uhr, ohne Mittagessen.

(Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ohne Essen.)

Und dann guckten die uns in die Augen, und wir sagten, zwischen 06:30 Uhr und 17:30 Uhr – natürlich nicht die gesamte Zeit, aber das ist für uns einen Tick leichter. So viel im Übrigen zu der Unfairness, die wir Menschenkindern, Eltern und so weiter in diesem Lande zumuten. Unter den Bedingungen, die wir hier haben, würden viele andere sofort, sofort in vielen Bundesländern ihre Kitaplätze tauschen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Zweitens, ich sehe viele Punkte, die wünschenswert sind, das gilt für viele Politikfelder. Und ich drücke mich auch um die Diskussionen nicht, ich habe die jeden Abend zu Hause, ich bin mit einer Erzieherin verheiratet. Aber ich diskutiere in gleicher Weise mit ihr wie mit Ihnen, weil ich gewisse Offenheiten mag. Alles, was wir tun, muss bezahlt werden. Und als wir über einen Perspektivplan gesprochen haben, meine Damen und Herren, war man in einer Situation, als wir haushalterisch uns deutlich leichter so etwas zu wuppen in der Lage sahen. Und wir haben zwischenzeitlich Kommunen, die uns sehr klar sagen, wenn ihr weitere Veränderungen vornehmt, sind die konnex – zu gut Deutsch: Das Land bezahlt die Party, die zusätzlich bezahlt werden muss, gefälligst komplett allein, und dafür redet ihr bitte vorher mit uns.

Und vor dem Hintergrund – und auf die ausdrückliche Bitte – einer in der Tat durchaus prekären grundsätzlichen Haushaltssituation im Land wie in den Kommunen hat sich die Bildungsministerin – dafür bin ich dankbar – bereit erklärt zu sagen, ja, ich sehe, dass ihr Dinge erst sortieren müsst und wir dann in die Diskussion erneut eintreten können. Meine Damen und Herren, noch einmal, vieles ist wünschenswert, aber nicht alles ist sofort finanziert.

Und ein letzter Satz auch an anderer Stelle: Die Diskussionen klingen so, als ob wir hier gerade Geld rauskürzen.

(Christine Klingohr, SPD: Ja.)

Ich bin ja bildungspolitischer Laie, mein Zugang sind zwei Kinder in der Schule und vorher zwei Kinder in der Kita.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ich schaue einfach nur in einen Landesrechnungshofbericht, der mich im Innenministerium in kommunalen Kontexten interessiert hat, und der sagt in einer Prüfung der Kitalandschaft und der Finanzierung dieses Landes in seiner Ziffer I, die

Ausgaben des Landes für Kindertagesförderung sind von 2012 auf 2025 vervierfacht worden, vervierfacht worden. Sie sind ursprünglich 1,9 Prozent des gesamten Landeshaushalts gewesen, sind 2025 5 Prozent,

(Rainer Albrecht, SPD: Genau!)

von 2 auf 5. So sehr, meine Damen und Herren, so schlecht behandelt dieses Bundesland seine Kinder und deren Eltern und deren Erzieherinnen und Erzieher meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Mein eigentlicher Grund war aber ein Punkt, den Sie ein bisschen noch anders nuanciert haben zwischenzeitlich. Trotzdem will ich ihn, weil ich die Diskussion kenne und auch dieser Bericht eine wunderbare Antwort darauf gibt, gerne aufrufen die ewige Mär, die Kitabeitragsfreiheit hat die Kostenexplosion herbeigeführt:

Erstens, die Elternbeiträge hat das Land 1 : 1 übernommen, findet sich in wunderbarer Weise ebenfalls in diesem Bericht, von knapp 25 Prozent auf knapp 55. Das Land hat das Tortenstück „Eltern“ in Prozenten 1 : 1 zu sich genommen, erstens.

Zweitens, wir rechnen seitdem spitz die Kosten ab, anders als vor der KiföG-Reform, wo es eine Pauschalierung gab und man so tat, als ob mit einer gerechneten Inflationsquote damit die Kosten ausgeglichen würden, die in Wahrheit bedeutet haben, Städte, Gemeinden und Eltern haben massive prozentuale Erhöhungen gehabt und Kreise und Land deutlich weniger. Die haben wir in eine echte Spitzabrechnung umgewandelt, das heißt, 5 Prozent Kostensteigerung gehen auch mit 5 Prozent Steigerung beim Land ein, 2 Prozent mit 2 Prozent. Wir begleiten ernsthaft auf den Punkt mit 55 Prozent. Das ist ein Versprechen, was Sie ebenfalls bundesweit nicht so häufig finden werden, meine Damen und Herren.

Aber mich ärgert bei dem Punkt, zu sagen, die Elternbeitragsfreiheit, die ist jetzt schuld, dass die Kosten explodieren. Aber ich kann es ja nicht ausschließen. Und dann

finde ich den Bericht ein Geschenk, weil der Bericht nämlich 16 Bundesländer, Kostenentwicklung der Kindertagesförderungskosten, miteinander in Grafiken vergleicht. Und dann gucken Sie auf eine Grafik, wo lauter Graphen nach oben gehen und unserer schwimmt auf gleicher Höhe mit. Und der Bericht des Landesrechnungshofes formuliert es mit einem wundervollen Satz, im zweiten Bullet Point heißt das, glaube ich, „die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns im Ländervergleich“ bei den Kindertagesförderungskosten ist „nicht außergewöhnlich auffällig.“ Es ist eine Mär, es gibt keinen Kontext dieser Kostensteigerung. Wir bewegen uns in einer 16 Mal gleichen Graphenentwicklung nach oben. Ja, da ist eine ganz kleine Nuance drin, aber wir sind weiterhin im Mittelfeld dieser Linien – bei einer überobligatorisch hohen Kinderbetreuungsquote. Eigentlich müssten unsere Kosten viel, viel höher ausfallen als bei den anderen,

(Andreas Butzki, SPD: Und viel länger.)

stattdessen bewegen wir uns im Mittelfeld, meine Damen und Herren. Der Elternbeitrag hat keine Auswirkungen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Natürlich führt er mit den Kostensteigerungen bei Lohn und Gehalt zu Steigerungen, aber wie bei allen anderen. Es ist eine Mär, und das war mir ein Anliegen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Der Abgeordnete Christian Pegel
wendet sich an das Präsidium.)

Entschuldigung, ich bin fertig.

Meine Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit. Ich war jetzt in der Erwartung, weil ich Ihre Wortmeldung gesehen habe. Entschuldigung!

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen ...

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Christian Pegel, SPD: Ach so, ich dachte, Sie wollten intervenieren.

Präsidentin Birgit Hesse: Nein, aber Herr Schult, Sie sind auch noch nicht dran, sondern das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Wegner.

(Die Abgeordnete Jutta Wegner
wendet sich an das Präsidium. –
Präsidentin Birgit Hesse spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Okay! Ja, vielen Dank!

Danke auch an Herrn Renz! Das gibt mir noch einmal Gelegenheit, zum Änderungsantrag der CDU zu sprechen. Der Perspektivplan, den Sie als Änderungsantrag in unserem Antrag unterbringen wollen, ist offen. Er zeigt keine Lösung, sondern wir werden am Ende weiterreden und werden weiter gute Wörter hören und nichts am Ende in der Hand haben.

Wir wollen ein konkretes Ziel. Wir wollen mit konkreten Zahlen, dass darauf hingearbeitet wird, dass wir das 2035 erreichen können. Wir wollen nichts Unmögliches, und wir wollen ja auch gar nicht sofort dieses Ziel erreichen. Auch der Landesrechnungshof hat nicht von Kostensenkungen in seinem Bericht gesprochen, sondern er hat sehr deutlich gesagt, wir stehen vor einer Entscheidung, und diese Entscheidung heißt, das hat er so deutlich nicht gesagt, aber die heißt für mich, wollen wir mehr Geld in Qualität stecken, dann müssen wir sehen, wo wir das herbekommen – da bin ich ja mit Ihnen einig –, oder wollen wir das eben nicht. – Vielen Dank!

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD –
Unruhe im Präsidium)

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Die Abgeordnete Jutta Wegner
wendet sich an das Präsidium.)

Präsidentin Birgit Hesse: Ja, vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das tut mir leid, dass wir jetzt zunächst etwas hier hin und her diskutiert haben. Das hängt damit zusammen, dass durch den Präsidiumswechsel wir nicht ganz nachvollziehen konnten, wie sich die Redezeiten zusammensetzen. Da die Ministerin noch einmal ans Pult getreten ist und gesprochen hat, steht Herrn Schult oder der AfD-Fraktion jetzt noch das Viertel zur Verfügung, also zwei Minuten.

(Torsten Renz, CDU: Der CDU dann aber auch?)

Bitte, Herr Schult, Sie haben das Wort.

Enrico Schult, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Gäste!

Ja, Herr Pegel, wenn Sie die Mär ansprechen von der Beitragsfreiheit, dann muss ich Ihnen sagen, dass es eben nicht reicht, mit einer Erzieherin verheiratet zu sein. Sie hätten im Bildungsausschuss an den Ausschusssitzungen teilnehmen sollen. Wir haben wie gesagt den Sonderbericht des Landesrechnungshofes da umfangreich debattiert. Und da wurde eben auch darauf hingewiesen, dass natürlich viele Abrechnungen so nicht korrekt sind, weil halt keiner nachprüft, weil – das führte ich vorhin aus, und die Bildungsministerin hat es ja in Teilen auch bestätigt –, weil einfach

als Eltern habe ich kein Interesse daran, sozusagen nachzuprüfen, wenn ich einen Ganztagsplatz,

(Zuruf von Minister Christian Pegel)

wenn ich einen Ganztagsplatz nehme oder einen Ganztagsplatz in Anspruch oder beantragt habe, aber nur einen Halbtagsplatz sozusagen brauche, dann melde ich den nicht ab, weil ich halt nichts bezahlen muss. Und das ist dieses Korrektiv, was ich sage, Herr Pegel. Und das zieht sich ja wie ein roter Faden durch die Kitafinanzierung.

Aber eines ist doch auch klar, es gibt doch einen kausalen Zusammenhang zwischen der Beitragsfreiheit und der schlechten Fachkraft-Kind-Relation.

(Zuruf von Beatrix Hegenkötter, SPD)

Das Gute-Kita-Gesetz von 2019 hat dazu geführt, hat dazu geführt, dass Mecklenburg-Vorpommern als einziges Bundesland von elf Handlungsfeldern, als einziges Bundesland sämtliches Geld in die Beitragsfreiheit gesteckt hat. Wir haben kein Geld aufgewendet für Erzieher, wir haben kein Geld aufgewendet für Kitaleitung, nein, Mecklenburg-Vorpommern hat sich als einziges Bundesland hingestellt und die Kita komplett kostenfrei gemacht,

(Julian Barlen, SPD: Wir haben
sogar sehr viel aufgewandt.)

kostenfrei gemacht. Warum, sehr geehrte Damen und Herren, warum? Weil am 01.01.2020 das gesamte Land mit Großplakaten aufgestellt war: „Gutes neues Jahr! Die Kita ist jetzt kostenfrei!“

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist ja auch
vernünftig, das war ja auch richtig so.)

Und wer war darauf zu sehen? Natürlich unsere Ministerpräsidentin, weil sie das genutzt hat. Auf Kosten der Erzieher,

(Rainer Albrecht, SPD: Das ist doch Quatsch.)

auf Kosten der Kinder hat sie sich da wichtig gemacht.

(Julian Barlen, SPD: Nein, zum Nutzen
der Erzieherinnen und Erzieher.)

Und das ist dieser kausale Zusammenhang, der zwischen dem Gute-Kita-Gesetz
besteht

(Glocke der Präsidentin)

und vor dem wir jetzt natürlich stehen und wo wir das Problem haben.

(Julian Barlen, SPD: Die Löhne
der Erzieherinnen und Erzieher sind
gestiegen durch die Kitareform.)

Schauen Sie nach, elf Handlungsfelder im Gute-Kita-Gesetz, Mecklenburg-
Vorpommern hat lediglich die Beitragsfreiheit umgesetzt. Und das müssen Sie zur
Kenntnis nehmen!

Und das führt natürlich auch zu den erheblichen Kostensteigerungen im Kitabereich
von 1 Milliarde Euro,

(Julian Barlen, SPD: Das ist falsch,
und das wissen Sie.)

wo wir natürlich jetzt erheblichen Handlungsdruck haben.

(Julian Barlen, SPD: Wider besseres Wissen.)

Das liegt ja auf der Hand, werte Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schult!

(Julian Barlen, SPD: Da klatscht noch jemand!

Ja, das sieht Ihnen ähnlich.)

Ich rufe auf noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Dr. Terpe.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Also Sie sehen mich hier in einer ungewöhnlichen Position, Bildungspolitik. Ich bin ja nicht im Bildungsausschuss, aber natürlich bin ich Betroffener. Wenn man sechs Kinder großgezogen hat über Kitas und so weiter, ist man in irgendeiner Weise betroffen.

Vorgegangen bin ich aber eigentlich aus einem anderen Grund.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich bin ja auch Finanzpolitiker, und da habe ich die Ausführungen unseres Innenministers gehört, der gesagt hat, die Kosten haben sich vervierfacht, hat dann aber eine Wendung gemacht, hat gesagt, von zwei auf fünf Prozent. Ich wollte nur sagen, dass das dann nicht die Vervierfachung der Kosten abbildet, also da ...

(Julian Barlen, SPD: Doch, wenn die Grundgesamtheit entsprechend gestiegen ist. –
Torsten Koplin, Die Linke: Das eine ist eine absolute Zahl, das andere ist relativ.)

Ja, ja, er hat es aber anders ausgedrückt, also ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber was ich ihn dann auch noch fragen wollte, dass er gesagt hat, im Geleitzug der Kosten in den anderen Bundesländern liegen wir sozusagen in der Mitte und machen diesen Geleitzug genau mit. Und nun bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, mal auf unseren Antrag zu gucken. Das steht im Punkt 1 der Forderungen, „sicherzustellen, dass bis 2035 ...“

(Martin Schmidt, AfD: Richtig!)

Das sind zehn Jahre, und er hat auch eine Zehnjahresperspektive mit dem Geleitzug eingenommen, bis dahin soll diese neue Relation sichergestellt werden. Also das sind lange Zeiten, und ich glaube, dass sich damit die Möglichkeit ergibt, tatsächlich so einem Antrag zuzustimmen,

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil das diese lange Zeit ist, wo man im Geleitzug sozusagen auch Finanzierung sicherstellen kann, insbesondere, wenn man dann Punkt 2 noch berücksichtigt, wo steht, dass man „unter Berücksichtigung der Hinweise des Landesrechnungshofes ein langfristiges Finanzierungskonzept“ – also nicht eines in den nächsten Jahren und schon gar nicht mit dem Doppelhaushalt 26/27 – aufstellt. Also man muss diese Sachen auch richtig lesen und auch aus finanzieller Sicht sich die Frage stellen, ist es nicht möglich, also für unsere Kinder sozusagen so einem Konzept zuzustimmen, das sicherstellt, dass das in zehn Jahren passiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, soweit meine Einwendungen auch gegen das – oder im Grunde ja gar keine Einwendungen, sondern eine Argumentation dafür, sich dieses Gedankens anzunehmen.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Renz? Weil Kurzintervention kann er nicht mehr stellen.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?! Schade, ich hätte gerne mal in Bildungsfragen von ...

Torsten Renz, CDU: Lieber Herr Kollege, der Landtag hat eine Beschlussfassung vom 04.03.24 unter der Drucksache Nummer 8/3487. Und dieser Landtag, egal mit welcher Mehrheit,

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist gut.)

hat beschlossen in einem Punkt 7: „Der Landtag hält es ebenfalls für geboten, Perspektiven für eine langfristige und kontinuierliche Verbesserung in der Qualität in den Kindertageseinrichtungen aufzuzeigen. Insofern bittet der Landtag die Landesregierung, einen langfristigen Perspektivplan zu entwickeln.“

Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wie euer Abstimmungsverhalten war, Fakt ist, die Mehrheit dieses Landtages, der Landesgesetzgeber hat der Landesregierung diesen Auftrag gegeben und der gilt bis heute fort. Ist es dann nicht eher logisch – ich werbe sozusagen jetzt gleich für unseren Änderungsantrag –, wenn man das schon nicht aufhebt, dass man zumindest noch mal per Beschluss bekräftigt, dass das umgesetzt werden muss? Und ist es dann nicht in der Folge eher unlogisch, dass ihr mit dem Antrag kommt und diese Zielstellungen, die für 35 definiert worden sind, jetzt nicht zur Abstimmung stellt?

Also insofern ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Renz, ich weise darauf hin, dass die Redezeit für die Zwischenfrage jetzt abgelaufen ist ...

Torsten Renz, CDU: ... werbe ich mit meiner Frage um unseren Änderungsantrag aufgrund ...

(Der Abgeordnete Torsten Renz spricht
bei abgeschaltetem Saalmikrofon.)

Präsidentin Birgit Hesse: ... und Herr Dr. Terpe jetzt die Möglichkeit hat zu antworten.

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, in der Hoffnung, dass ich es richtig verstanden habe,

(Heiterkeit bei Martin Schmidt, AfD)

Torsten, würde ich jetzt sagen, wir stellen das zur Abstimmung, dieses Konzept bis 2035 mit dem Antrag. Wir haben nicht die Absicht, das jetzt zurückzuziehen. Und ich habe die Argumentation dafür aufgemacht, warum ich denke, dass man dem auch gut zustimmen kann. Und inhaltlich stehen wir als bündnisgrüne Fraktion voll hinter diesem Beschluss, der damals gefasst worden ist, den ich jetzt gar nicht so in Erinnerung gehabt hätte, nämlich, es geht um die Qualitätsverbesserung der Versorgung unserer Kinder in den Kindertagesstätten.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich schaue noch mal in die Runde. Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor.

(René Domke, FDP: Nee, bitte nicht!)

Damit schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 8/5382 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmennthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU, der Gruppe der FDP sowie der fraktionslosen Abgeordneten,

(Heiterkeit bei Martin Schmidt, AfD)

Gegenstimmen durch die Fraktionen der AfD, SPD und Die Linke und Enthaltung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 8/5110. Im Rahmen der Debatte ist seitens der Fraktion der CDU beantragt worden, die Ziffer I und die Ziffer II Nummer 1 und 2 einzeln abzustimmen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wer der Ziffer I des Antrages auf Drucksache 8/5110 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist die Ziffer I des Antrages auf Drucksache 8/5110 bei Zustimmung durch die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, Gruppe der FDP, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen durch die Fraktionen Die Linke und SPD abgelehnt.

Wer der Ziffer II Nummer 1 des Antrages auf Drucksache 8/5110 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Darf ich noch einmal ... Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist die Ziffer II Nummer 1 des Antrages auf Drucksache 8/5110 bei Zustimmung durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gruppe der FDP und AfD, Enthaltung durch die Fraktion der CDU und der fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen durch die Fraktionen Die Linke und SPD abgelehnt.

Wer der Ziffer II Nummer 2 des Antrages auf Drucksache 8/5110 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist die Ziffer II Nummer 2 des Antrages auf Drucksache 8/5110 bei Zustimmung durch die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, Gruppe der FDP, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen durch die Fraktionen Die Linke und SPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** ...

(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der CDU liegt Ihnen auf Drucksache 8/5383 ein Antrag zum Thema „Sozial- und Kita-Gipfel jetzt einberufen – Finanzierung der Kindertagesförderung und sozialer Leistungen sichern, Perspektivplan endlich vorlegen“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Nummer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Ich sehe, ja.

Herr Ehlers, bitte!

Sebastian Ehlers, CDU (zur Geschäftsordnung): Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, kaum ein Thema ist aktueller als dieses. Wir haben es in den letzten Tagen erlebt, die Diskussion rund ums Thema Kita, damit begann es, aber mittlerweile ja insgesamt eine Diskussion zu den sozialen Kosten und wie geht es weiter bei den sozialen Trägern, nächsten Mittwoch eine große landesweite Demonstration hier auch angekündigt. Und wenn man sich anschaut, mittlerweile eine Onlinepetition, die minütlich dort an Zuwachs erfährt – ich habe jetzt gerade noch mal geschaut, mehr als 21.000 Unterzeichner mittlerweile –, zeigt, glaube ich, den Bedarf auch, dass wir heute hier drüber diskutieren.

Und um das Gegenargument auch gleich zu entkräften, wir haben vorhin das Thema Kita diskutiert, aber der Antrag, glaube ich, war von vor der Sommerpause. Und heute hier geht es natürlich um vieles mehr. Deswegen bin ich ganz dankbar, dass es ja die Signale gibt, dass es heute Abend hier die entsprechende Zustimmung auch gibt und wir die Debatte dann auch hier führen können. Und deswegen werbe ich auch um Zustimmung zur Dringlichkeit. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Wird etwas zur Gegenrede gewünscht? – Dann bitte schön!

(Nikolaus Kramer, AfD: Wird
etwa die Gegenrede gewünscht?!)

Es geht aber jetzt erst mal um die Dringlichkeit.

(Julian Barlen, SPD: Wir waren
gerade bei der Meinungsfreiheit.)

Es geht noch nicht um die Einordnung in die Tagesordnung.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Ja, das weiß die Kollegin.)

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (zur Geschäftsordnung): Danke schön, Frau Präsidentin! Danke schön, liebe Kolleg/-innen, dass ich hier ein/zwei Argumente gegen die Dringlichkeit dieses Antrages vorbringen darf!

Dringlichkeitsanträge sind dafür da, aktuelle Themen zu setzen, die noch nicht auf der Tagesordnung des Landtags sind.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sind sie ja auch nicht.)

Und das Thema, was hier gesetzt werden soll, ist aber schon längst auf der Tagesordnung des Landtags gewesen. Das haben wir gerade eben, ich glaube, drei Stunden, nein, gefühlt drei Stunden diskutiert,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

und zwar zu unserem Antrag, zum Antrag meiner Fraktion „Auf den demografischen Wandel reagieren – Kita-Schließungen abwenden, Fachkraft-Kind-Relation verbessern“. Da haben wir uns längst mit den drohenden Kitaschließungen befasst. Und der einzige neue Aspekt,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

den die CDU jetzt hier in die Debatte bringen will, ist die Durchführung eines Kitagipfels. Doch auch den hätte die CDU ja längst über einen Änderungsantrag vorhin mit in die Debatte einbringen können.

Deswegen haben wir große Skepsis sozusagen daran, dass das jetzt hier eine dringliche Debatte sein soll, auch wenn wir natürlich es begrüßen, wenn am 15.10. hier in Mecklenburg-Vorpommern die Demos zum Thema „MV: Bleibt sozial! Keine Kürzungen bei Kitas, Inklusion & Beratung!“ stattfinden sollen.

Die Dringlichkeit lehnen wir ab. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Wir stimmen jetzt über die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage ab. Wer stimmt dieser Erweiterung zu? – Vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen sehe ich nicht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Ablehnung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Zustimmung aller übrigen Fraktionen, Gruppen und der fraktionslosen Abgeordneten beschlossen.

Jetzt müssen wir noch über die Einordnung bestimmen. Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung behandeln?

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, sehr gut! –

Zurufe aus dem Plenum: Nein! –

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Viel besser als der Vorschlag jetzt hier.)

Bitte schön!

(Unruhe im Präsidium)

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Torsten Koplin, Die Linke (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, wir plädieren dafür, nach dem Tagesordnungspunkt 29 einzuordnen. Zum einen ist dann noch genug Zeit, sich vorzubereiten, und zum anderen ist sichergestellt, dass alle Rednerinnen und Redner, die dafür vorgesehen dann auch reden würden, am Platze sind.

(Beifall Julian Barlen, SPD, und

Thomas de Jesus Fernandes, AfD –

Julian Barlen, SPD: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Nach TOP 29.

Da gibt es eine Gegenrede, sehe ich.

Bitte schön, Frau Oehler! Oehlrich!

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (zur Geschäftsordnung): Oehlrich, genau. Danke schön, Frau Präsidentin!

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD)

Liebe Kolleg/-innen, auch hier die Gegenrede meiner Fraktion, denn auf der Tagesordnung, nämlich TOP 30, ist ein Dringlichkeitsantrag meiner Fraktion vom letzten Mal „Die Uhr tickt – Klima schützen, Abkommen von Paris einhalten“. Ich glaube, es gibt nichts Dringlicheres. Deswegen sind wir gegen eine Einordnung des Dringlichkeitsantrags der CDU vor unserem Antrag, weil wir davon ausgehen, dass unser Antrag dann von der Tagesordnung fallen würde. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Enrico Schult, AfD,
und Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

So, wir kommen dann jetzt zur Abstimmung, an welcher Stelle wir den Tagesordnungspunkt einordnen.

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer
tritt an das Präsidium heran.)

Was gibt es denn?

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Constanze Oehlrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, wir stimmen jetzt also darüber ab, ob wir diesen zusätzlichen Tagesordnungspunkt nach TOP 29 einreihen. Wer diesem Vorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Vielen Dank! Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist die Einreihung nach TOP 29 bei Stimmenthaltung der ...,

nein, bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP und ansonsten Zustimmung beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: ...